

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. März 1911.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Demokratische Probleme.

In den letzten Wochen ist in Hamburg eine sehr lebhafte Diskussion geführt worden, die ihren Ausgangspunkt von einem Vortrage „Massen und Führer“ des Genossen v. Elm nahm. Der Vortrag knüpfte an die Entlassung zweier Beamten des Metallarbeiterverbandes an, die mit den Mitglieder in Konflikt geraten waren. Elm wandte sich sehr entschieden gegen diese Entlassung, wofür er das unbegründete Mißtrauen, das in manchen Gewerkschaftskreisen gegen die Beamten herrsche, verantwortlich machte. Im Anschluß daran machte er einige allgemeine Ausführungen über das Verhältnis der Massen zu den Führern, die sowohl in der Versammlung als in der Presse auf Widerstand stießen und den Anlaß zu weiteren Erörterungen gaben, die leider nicht immer frei von persönlichen Geizigkeiten blieben. Der Tenor des Elmschen Vorschlags ging aber auf den Vorschlag hinaus, die gewerkschaftliche Verfassung durch stärkere Vertretung repräsentativer Einrichtungen auszubauen und so den demokratischen Einfluß der Mitglieder zu stärken, zugleich das beste Mittel, dem Entstehen von Differenzen zwischen Massen und Führern vorzubeugen. Elm vertrat den Vorschlag in einem Artikel „Massen und Führer“ in der „Neuen Zeit“ (Nr. 15) und seine Ausführungen wurden wesentlich unterstützt durch die interessanten aus gründlicher Sachkenntnis stammenden Darlegungen Adolf Drauns über „Gewerkschaftliche Verfassungsfragen“ in Nr. 19. Nun benützt Karl Kautsky die Gelegenheit, daß seine Schrift „Parlamentarismus und Demokratie“ demnächst in neuer Auflage erscheint, um in seiner so klaren und lehrreichen Art das Problem zu behandeln. Wir geben daher im folgenden unseren Lesern einen Abdruck dieser Ausführungen.

I. Massen und Führer.

Seit einiger Zeit erstarbt wieder die Kritik des Parlamentarismus in unserem Lager. Man spricht von seinem Niedergang, hält ihm zwar nicht mehr die Volksgesetzgebung, wohl aber die direkte Aktion entgegen. Diese Anschauungen stützen sich auf die Tatsache, daß die Parlamente, auch die „Volkshäuser“, wie das österreichische, immer weniger leisten, immer mehr versagen. Das ist eine notwendige Folge davon, daß die bestehenden Massen politisch immer konservativer werden, daß sie sich durch jede größere Aenderung des Staatslebens in ihrem Bestande bedroht fühlen. Bei den bestehenden Machtverhältnissen muß das auch bei der freiestmöglichen Verfassung zu einer zunehmenden Stilllegung der politischen Maschinerie führen.

Aber nur zu leicht sieht man als Schuld des Werkzeuges an, was Schuld derjenigen ist, die es handhaben. Statt vom Niedergang der bürgerlichen Parteien zu sprechen, der sich überall, also auch in den Parlamenten äußert, spricht man vom Niedergang des Parlamentarismus auch in dem Sinne, daß die Einrichtung des Parlaments und die Teilnahme des Proletariats an den Kämpfen im Parlament und um das Parlament für seinen Emanzipationskampf immer zweckloser werde.

Da erscheint es mir nicht für überflüssig, das Interesse und das Verständnis für den Parlamentarismus wieder neu zu beleben. Sollte es meinem Schriften gelingen, dazu beizutragen, dann wird es schon dadurch seinen Zweck erfüllen.

In den letzten Jahren hat aber auch die Idee der Volksgesetzgebung wieder Aktualität gewonnen, freilich in einem anderen Sinne, als zur Zeit der ersten Auflage meiner Schrift. Die Frage wird heute diskutiert nicht mit Beziehung auf die Organisation des Staats, sondern mit Beziehung auf die innere Organisation der proletarischen Organisationen, der Gewerkschaften, Genossenschaften, der Partei.

Je umfangreicher diese Organisationen werden, desto schwieriger und schwerfälliger wird für sie die „direkte Gesetzgebung“ durchs Volk, die in diesen Fällen allerdings weniger Gesetzgebung als Verwaltung und Kampfführung durchs Volk darstellt. Gleichzeitig wachsen die Aufgaben ihrer Verwaltung und Leitung, die immer weniger nebenbei, als Nebenarbeit, neben oder nach der Erwerbsarbeit erledigt werden können, die eigene Beamten erfordern, deren ganze Zeit und Kraft diesen Aufgaben gehört. Damit entstehen Verhältnisse, die repräsentative Einrichtungen, „Volkvertreterungen“, „Parlamente“ wünschenswert machen.

Seit dem Jahre 1848 unterscheidet es sich von ihnen — wenigstens in Westeuropa — durch das Vorwärtstreiben überhaupt.

Der Bauer und der Kleinbürger und noch mehr der eigentliche Bourgeois unterscheiden sich vom Proletariat dadurch, daß sie etwas zu verlieren haben. Schon das macht sie ängstlich. Andererseits haben sie keine Welt mehr zu gewinnen, wie sie vor den bürgerlichen Revolutionen noch glaubten. Eine neue, bessere Welt ist nur noch zu erobern auf der Grundlage des Sozialismus, durch Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, also durch die Aufhebung der Grundlage der bestehenden Klassen.

Etwas höher als die Masse in den liberalen Parteien stehen ihre Führer. Diese werden meist aus der Intelligenz genommen, ihre Einkommen fließen vornehmlich aus ihren geistigen Fähigkeiten, nicht aus ihrem Besitz. Sie haben also weniger zu verlieren als jene Elemente, die nur auf ihren Besitz, nicht auf ihre Persönlichkeit vertrauen. Sie sind aber auch durch ihre Vorbildung und Beschäftigung in der Regel weiterblickend als der liberale Philister; sie erkennen leichter als dieser manche Notwendigkeiten der Entwicklung.

Daraus ergeben sich manche Disharmonien zwischen Führern und Massen liberaler Parteien, daraus folgt aber auch, daß wir uns nicht durch das Entgegenkommen täuschen lassen dürfen, das uns zeitweise manche jener Vorführer in Presse und Parlamenten beweisen; denn bei jedem ernsthaften Schritte und entgegen, werden sie von ihrem Gesolge im Stiche gelassen. Das hat der Freisinn bei Stichwahlen und ähnlichen Gelegenheiten unzählige Male bewiesen.

Ganz anderer Art ist der Unterschied zwischen Führern und Massen in den proletarischen Kampforganisationen. Er entspringt vor allem daraus, daß wohl der einzelne Arbeiter nichts zu verlieren hat als seine Ketten, daß es aber mit seiner Organisation nicht ebenso steht.

In vollstem Gegensatz zu der Geringsfügigkeit des individuellen Aufstiegs des Arbeiters, die am Zustand der Gesellschaft gemeinen ein Abstieg ist, steht der Fortschritt der proletarischen Organisationen — Partei, Gewerkschaft, Genossenschaft. Aus lächerlich unbedeutenden, zweckhaften Anfängen sind sie zu riesenhaften Dimensionen angewachsen, die an Ausdehnung und Kraft die anderen gesellschaftlichen Gebilde immer mehr überholen und die Macht der Arbeiterklasse enorm steigern, auch wenn sie nicht immer ihr Einkommen zu erhöhen vermögen. Durch sie ist der Proletariat ein Faktor geworden, vor dem die Herren der märchenhaftesten Reichtümer, der unbeflegbarsten Armeen Respekt gewonnen haben, vor dem sie nicht selten zittern. Durch seine Organisationen erscheint ihm das Größte erreichbar, durch sie hofft er zum Herren der Welt zu werden.

Man hat mich vor einiger Zeit gescholten, als ich in meinem „Weg zur Macht“ konstatierte, daß in den letzten Jahren die Steigerung der Löhne von der der Lebensmittelpreise überholt wurde. Damit hätte ich die Werbestraft der Gewerkschaften geschädigt. Aber man unterschätzt diese Kraft, wenn man annimmt, sie hänge bloß von dem Vermögen ab, die Löhne der Arbeiter zu steigern. Auch wo sie dies nicht vermag — und mit solchen Situationen hat jede Gewerkschaft zu rechnen —, ist sie unschätzbare für den Arbeiter, den sie in einen anderen Menschen verwandelt, aus einem scheuen, hoffnungslosen Paria in einen aufrechten, freien Mann, der seinen Höheren über sich erkennt, der sich jedem Macht-haber ebenbürtig fühlt.

Jedes wollende Wesen entwickelt aufs stärkste aus dem Willen zum Leben den Willen zur Macht, zur Kraft, sobald es auf Widerstände stößt, die nur durch Machtentfaltung zu überwinden sind. Beim Proletariat wird naturgemäß der Wille zur Macht der Wille zur Organisation. Sein Weg zur Macht ist der Weg zur Organisation. Daraus beruht deren Lebenskraft, auch wenn sie dem Arbeiter nicht sofort eine Lohnerhöhung schafft, sondern von ihm Opfer heischt, wie es ja am offenkundigsten bei der politischen Organisation der Fall ist.

Die Organisation, das ist die Errungenschaft im kapitalistischen Produktionssystem, die der Proletariat zu verlieren hat. An ihr hängt er, sie gefährdet er nicht ohne Not.

Dadurch wird bei jedem organisierten Arbeiter die Rücksichtslosigkeit und Unbekümmertheit etwas abgeschwächt, mit der sich der unorganisierte in den Kampf wirft, wo nur immer eine Gelegenheit dazu vorhanden. Innerhalb der organisierten Arbeiterkraft selbst aber wird sich das Bedürfnis nach Behutsamkeit wieder stärker bei jenen äußern, die die Organisation leiten, die Verantwortung für ihren Bestand und ihre Leistungsfähigkeit tragen, deren ganze Persönlichkeit der Organisation gehört, als bei jenen, die einfache Mitglieder sind, nur für sich selbst eine Verantwortung tragen und in der Organisation nur ein Stückchen ihres Tätigkeitsgebietes sehen. Der Unterschied zwischen ungeduldig vorwärtstreibenden Massen und zur Behutsamkeit mahnenden Führern wird in dem Maße größer, als die Organisationen wachsen und die Aufgaben ihrer Leitung zur dauernden Berufarbeit eignen dazu bestellter Beamter werden, die den psychologischen Einwirkungen dieser Arbeit natürlich viel stärker unterworfen sind als Funktionäre, die gelegentlich aus der Masse emporsteigen, um nach einiger Zeit wieder in ihr zu verschwinden.

Je größer die Organisation, desto unübersehblicher aber auch ihr Gebiet, desto zahlreicher und meist auch geschlossener ihre Feinde, desto mehr steht bei jedem Kampfe auf dem Spiele. Damit wächst nicht nur das Maß der Verantwortung der Leiter, es wachsen auch die Anforderungen an ihre Kenntnisse. Sie müssen sich jetzt mit Dingen vertraut machen, die dem einfachen Mitglied nicht nahe liegen, die die Masse oft nicht genügend kennt.

So wird mit steigendem Wachsen der Organisationen der Unterschied im Denken und Empfinden zwischen Führern und Massen, den sie vom Anfang an im Keime in sich tragen, immer

mehr entwickelt, und aus dem Unterschied kann schließlich ein Gegensatz werden, und mitunter ein recht scharfer Gegensatz, wenn nicht starke Gegenströmungen auftreten, die diese Entwicklung hemmen.

Wo es zu einer derartigen gegenseitigen Entfremdung kommt, wird sie natürlich von beiden Seiten unliebsam empfunden, und die nächste Folge ist in solchen Situationen immer die moralische Entrüstung: hier über die „ängstliche Reisetreterei“, dort über den „Unverstand der Massen“. Jedes, wie immer, wo es sich um Erscheinungen handelt, die nicht zufällige individuelle Besonderheiten darstellen, sondern aus den gesellschaftlichen Verhältnissen mit Notwendigkeit entspringen, hilft auch hier die moralische Entrüstung nicht viel. Nicht ein Verurteilen, sondern ein Begreifen tut not.

Das rücksichtslosere Vorwärtstreiben der Massen, die größere Behutsamkeit der Führer sind beide gleich unvermeidlich. Wer in der proletarischen Bewegung wirkt, tut gut, mit beiden zu rechnen. Und man kann auch nicht sagen, daß eine der beiden Erscheinungen schädlicher oder nützlicher wäre als die andere. Durch die harmonische Zusammenfassung beider hat die Arbeiterbewegung bisher ihre größten Fortschritte erzielt, wenn diese Zusammenfassung begleitet war von Entschlossenheit und Klarheit.

Das ist aber keine so einfache Sache und gelingt oft nicht. Dann kommt es zu Fraktionen, die der Sache des Proletariats nicht förderlich sind. So finden wir augenblicklich in England die Erscheinung, daß in manchen Gewerkschaften die Mitglieder gegen die taktischen Anordnungen ihrer Führer nicht bloß protestieren, sondern auch handeln, daß sie im Gegensatz zu ihnen streiken. Sie fühlen sich von den Beamten ihrer Gewerkschaften förmlich verkauft und verraten, häumen sich mit größter Erbitterung gegen deren Abmachungen mit den Unternehmern auf, und nicht selten mit Erfolg.

Aber so gerechtfertigt solche Streiks jetzt in England sein mögen, so sehr die Energie und Einsicht zu begrüßen ist, die dabei zutage trat, so ist der scharfe, unüberbrückbare Gegensatz zwischen Führern und Massen, der sich dabei geltend macht, doch ein großes Uebel. Es herbeizuführen, kann nur dann gerechtfertigt sein, wenn dadurch ein noch größeres Uebel, das Versagen der Führer, aufgehoben wird. Wiederholt es sich, dann bedeutet es die Vertreibung des Teufels durch Beelzebub, die Auflösung der Disziplin und der Organisation selbst. Die Lähmung der Organisation durch die Führer wird dann geheilt auf dem Wege der Lähmung der Organisation durch die Massen.

Wo solche Differenzen vorkommen, ja schon dort, wo sie drohen, wird es dringend notwendig, nach Einrichtungen zu suchen, die verhindern, daß die Entfremdung zwischen Massen und Führern so weit fortschreitet; Einrichtungen, die es beiden Teilen erleichtern, in erspriechlicher Weise aufeinander und miteinander zu wirken.

Aber genügen nicht schon die bestehenden Formen der Demokratie in den Organisationen des Proletariats dazu? Die Beamten werden von den Mitgliedern gewählt; die Anordnungen der Beamten unterliegen oft, wenn sie einschneidender Bedeutung sind, der Bestätigung durch die Urabstimmung der Mitglieder. Genügt das nicht? Die jetzigen Erfahrungen in England zeigen, daß diese demokratischen Formen nicht stets genügen.

Sicher werden die Beamten der proletarischen Organisationen von den Mitgliedern gewählt. Aber das besagt nur, daß sie im allgemeinen vollkommenes Vertrauen genießen, keineswegs aber, daß auch jeder ihrer einzelnen Schritte allgemein gebilligt wird. Und die Aufgaben eines Gewerkschaftsbeamten sind heute so mannigfaltige, sie erfordern so viele Spezialkenntnisse, sollen sie richtig erfüllt werden, daß man nicht wegen einer vorübergehenden Differenz einen eingearbeiteten Fachmann fallen läßt, um einen unerprobten Neuling an seine Stelle zu setzen. Dazu kommt noch, daß die Verschiedenheiten zwischen Massen und Führern, von denen hier die Rede ist, nicht zufällige sind, sondern solche, die aus der Verschiedenheit der Funktionen von Führern und Massen in der Organisation entspringen.

Da so ziemlich alle Beamten übereinstimmende Funktionen und übereinstimmende Mittel der Information haben, stimmen sie auch so ziemlich in ihren Auffassungen überein. Durch die Volkswahl der Beamten wird daran nichts geändert. Sie kann nur die Personen ändern, nicht aber die Verhältnisse, die deren Denken und Fühlen bestimmen.

Aber die „direkte Gesetzgebung durchs Volk“, die Urabstimmung? Sie ist ein ganz zweckmäßiges Mittel bei kleinen Organisationen, aber sie wird immer umständlicher und schwerfälliger bei großen. Die Frage, die am ehesten eine Differenz zwischen Massen und Führern hervorruft, ist die, ob eine Aktion im gegebenen Falle wünschenswert ist oder nicht. Diese Frage erheischt oft die rascheste Beantwortung. Mitunter liegt die einzige Aussicht des Erfolgs in der überraschenden Schnelligkeit des Losschlagens. Andererseits erheischt die Beantwortung dieser Frage, daß man die eigenen Kräfte sowie die des Gegners kennt, während es gleichzeitig notwendig ist, diesen über die eigene Leistungsfähigkeit im dunkeln zu halten. Endlich, daß man weiß, wie nicht nur in der eigenen Lokalität, sondern in allen Lokalitäten, die in Betracht kommen, die Verhältnisse liegen.

Bei einem großen Industrieverband, der zum Beispiel über das ganze Deutsche Reich verzweigt ist und mannigfache Berufe umfaßt, vermag man das nicht leicht festzustellen. Die Massen der einzelnen Lokalitäten werden immer der Gefahr unterliegen, von isolierten Gesichtspunkten übermäßig beeinflusst zu werden. Oft fehlt die Zeit, sie über alle Verhältnisse aufzuklären, vielfach verbietet es sich sogar, denn nichts ist törichter, als sich am Vorabend einer Aktion vom Gegner in die Karten schauen zu lassen.

Alles das bewirkt, daß die Urabstimmung als Mittel der Einleitung einer Aktion immer mehr verfallt. So wie die Staaten, so wachsen auch die Organisationen des Proletariats, so bald sie

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgealtene Kolonelle oder deren Raum 10 Flg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Flg., „Kleine Anzeigen“, das erste (stille) Wort 10 Flg., jedes weitere Wort 10 Flg., Stellengebote und Schlußstellen-Anzeigen das erste Wort 10 Flg., jedes weitere Wort 5 Flg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

große Massen umfassen, inwiefern mehr aus dem Stadium der Volksgeschichte heraus.

Es geht jedoch nicht an, diese demokratische Form einfach beiseite zu schieben, ohne einen Versuch an ihre Stelle zu setzen. Es liegt ebenso im Interesse der Führer wie der Massen, daß diese nicht bloß das Recht der Wahl ihrer Führer haben, sondern nicht minder das Recht und die Möglichkeit, Einfluß auf jede einzelne Aktion zu nehmen, deren Erfolg doch von ihrer eigenen Tatkraft, Opferwilligkeit und Einsicht abhängt. Je weniger eine solche Einflußnahme auf direktem Wege erfolgen kann, je mehr dieser durch die wachsende Größe der Organisation ungangbar gemacht wird, desto notwendiger wird der indirekte Weg durch Ausbildung des Repräsentativsystems, durch Ausdehnung und Veredlung seiner Anfänge, die ja in den Jahreskongressen und anderen Institutionen bereits vorliegen. Praktische Vorschläge in dieser Richtung zu machen, ist nicht meine Aufgabe. Ich darf aber darauf hinweisen, daß gewerkschaftliche Praktiken bereits für Schaffung repräsentativer Einrichtungen in den Gewerkschaften eingetreten sind. Auf jeden Fall müßten die neuen Repräsentativversammlungen kleinere Körperschaften sein, mit etwa fünfzig bis hundert Mitgliedern, die ohne große Kosten öfter zusammentreten und in vertraulicher Weise mit den leitenden Beamten beraten, über Krieg und Frieden entscheiden könnten. Im Unterschied von den Beamten, die die dauernden Vertrauensmänner der Mitglieder bilden, hätten sie die Anschauungen der Masse der Mitglieder in jedem gegebenen Falle zu repräsentieren, wären also von diesen von Fall zu Fall oder doch in kurzen Zwischenräumen zu erwählen. Dadurch würden sie in jedem Moment die jeweiligen Anschauungen der Masse wiedergeben können; ihre Zusammenkunft unterschiede sich jedoch von den lokalen Versammlungen der einzelnen Mitgliedschaften dadurch, daß die Vertreter der verschiedenen Lokalkomitees hier Fühlung miteinander gewinnen, so daß jeder Delegierte nicht bloß auf Grund lokaler Eindrücke, sondern der Gesamtlage urteilen würde. Dann aber auch dadurch, daß die repräsentative Körperschaft einen kleinen geschlossenen Kreis bilden würde, dem die leitenden Beamten Ausschlässe geben könnten, deren Kenntnis für die Beurteilung der Sachlage notwendig ist, deren Veröffentlichung die eigene Sache schädigen müßte. Endlich vermöchte eine solche Versammlung rasch, ja überraschend zu entscheiden, während das unmöglich ist bei Entscheidungen, die durch Abstimmungen zu fällen sind.

Eine derartige Körperschaft dürfte wohl am ehesten geeignet sein, Differenzen entgegenzuwirken oder vorzubeugen, wie sie heute in England zwischen Massen und Führern in den Gewerkschaften vorkommen, und ein harmonisches Zusammenwirken von vorwärtsstürmendem Enthusiasmus mit kühler Ueberlegung herbeizuführen — ein Zusammenwirken, das schwer, aber keineswegs unmöglich ist, wie die deutsche Arbeiterbewegung sehr deutlich bezeugt, die es ebenfugot versteht, zu wägen wie zu loogen.

Nochmals die „Berichtigung“ des Kriegsministers.

Der Kriegsminister v. Seeering hat mit seiner Berichtigung, die er dem „Vorwärts“ schickte, entschieden Aufsehen erregt. Ein großer Teil der bürgerlichen Presse nimmt von dieser höchst eigenartigen Leistung des Kriegsministers Notiz, allerdings wird Herrn v. Seeering ziemlich allgemein bestätigt, daß er mit seiner absonderlichen Stillhaltung kein Glück gehabt habe. Vielleicht steht er allmählich selber ein, daß es besser gewesen wäre, er hätte geschwiegen. Da er nun aber unbedingt den Eindruck erwecken wollte, als ob die Militärverwaltung von vornherein mit offenen Karten gespielt habe, so ist es doch notwendig, an der Hand der Beratungen der Budgetkommission festzustellen, daß die Enthüllung der wirklichen Kosten der Militärvorlage nicht nur den Reichschatzsekretär in einen gelinden Schred versetzt hat, sondern daß die Budgetkommission des Reichstages nach dieser Mitteilung die Sitzung auch vertagte, um den einzelnen Parteien Gelegenheit zu geben, zu den so plötzlich aufgetauchten Mehrkosten erst Stellung zu nehmen!

In dem Gesetz, das die Friedenspräsenzstärke des Heeres neu regelt, war angegeben, daß die Kosten sich auf 21,8 Millionen Mark fortbauern und 82,4 Millionen Mark einmalige Ausgaben belaufen. Das konnte zu der Annahme führen, daß mit den 104,2 Millionen Mark die wirkliche Höhe der neuen Belastung angegeben worden sei. Wir haben von vornherein dieser Anschauung allerdings nicht gehuldigt. Es wäre aber Pflicht der Heeresverwaltung gewesen, ausdrücklich festzustellen, daß die Ausgaben natürlich ganz erheblich über den Betrag von 104,2 Millionen Mark hinausgehen werden. In der 68. Sitzung der Budgetkommission unterbreitete der Referent Abg. v. Dyzern folgende Rechnung:

Fortdauernde Ausgaben	Einmalige Ausgaben	Wider- einnahmen	Zu- sammen
1911 3,7 Mill.	4,2 Mill.	— Mill.	7,9 Mill.
1912 3,7 + 4,9 = 8,6	17,0	0,1	25,7
1913 3,7 + 4,9 + 2,0 = 10,6	22,1	0,1	32,8
1914 3,7 + 4,9 + 2,0 + 3,7 = 14,3	23,5	0,1	37,9
1915 3,7 + 4,9 + 2,0 + 3,7 + 4,6 = 18,9	14,7	0,1	33,7
Zusammen 56,1 Mill.	81,5 Mill.	0,4 Mill.	138,0 Mill.

Dazu noch Hinübergründend in die Jahre 1916 2,6 Mill. 0,5 Mill. — Mill. 3,1 Mill. und 1917 0,3 — — — 0,3

Geldauswand = 59,0 Mill. 82,0 Mill. 0,4 Mill. 141,4 Mill. Die Wirkung dieser Darstellung war auf die Kommission eine geradezu verblüffende, und man konnte es dem Kriegsminister anmerken, daß er auch nicht gerade sehr erbaunt von dieser Wirkung war. Der Abg. Erzberger bestätigte die Richtigkeit dieser Auffassung noch ganz ausdrücklich. Auf das Verlangen des Abg. Dr. Semler, das vom Referenten gegebene Zahlenmaterial dem Protokoll beizufügen, sah sich der Schatzsekretär Wermuth genötigt, das Wort zu ergreifen. Wir zitieren nun nach dem amtlichen Protokoll, Seite 6. Danach hat der Staatssekretär erklärt:

„Er habe nicht verstanden, von was für einer Zusammenstellung die Referenten gesprochen haben. Wenn die gegebene Zusammenstellung eine Lüge sein sollte, für die vom Jahre 1912 bis 1917 erforderlichen Ausgaben, so erkläre er, daß die Reichsfinanzverwaltung einer Verteilung der Ausgaben auf die einzelnen Jahre fernstehe. Das Reichschatzamt halte sich lediglich an das, was in dem Gesetz und seiner Begründung stehe. Nach § 1 solle vom 1. April 1911 die Friedenspräsenzstärke des deutschen Heeres als Jahresdurchschnittsgröße annähernd derart erhöht werden, daß sie im Laufe des Rechnungsjahres 1915 die Zahl von 513 321 Gemeinen, Gefreiten und Ubergewreiten erreiche und in dieser Höhe bis zum 31. März 1916 bestehen bleibe. Nach § 3 solle dann in den einzelnen Rechnungsjahren die Erhöhung der Friedenspräsenzstärke nach Maßgabe des

soeben angeführten Paragraphen und die Verteilung jeder Erhöhung auf die einzelnen Waffengattungen, ebenso wie die Zahl der Stellen für Offiziere, Sanitäts- und Veterinäroffiziere, Beamten und Unteroffiziere der Feststellung durch den Reichschatzamt unterliegen. Hiernach sei keineswegs festgelegt, wie die Verstärkung ansteigen solle. Auf Seite 14 der Begründung zum Gesetzentwurf sei angegeben, daß die fortdauernden Ausgaben auf 21,8 Millionen Mark sich belaufen werden. Die Summe der einmaligen Ausgaben betrage 82 Millionen Mark. Auf weiteres habe sich die Finanzverwaltung nicht vorbereiten können.“

Wenn Worte einen Sinn haben sollen, dann können sie doch nur den haben, daß auch das Reichschatzamt die gesamten Ausgaben auf nicht mehr als 104,2 Millionen Mark angenommen hätte. Genau so ging es aber auch einer Anzahl der folgenden Redner. So wies der Abg. Osann (natl.) darauf hin, daß man mit dieser Militärvorlage auf einen schwanfenden Boden trete, denn man wisse nicht, wie sich die Ausgaben auf die einzelnen Jahre verteilen. Die gleiche Auffassung vertrat der Abg. Dr. Siemer (Sp.), der noch bemerkte, daß man vor einer erheblichen Ausgabe stehe, namentlich in den letzten Jahren des Quinquennats, und daß man über die Vorlage nicht so leichtfertig urteilen dürfe, wie das zum Teil in der Presse geschehen sei. Schatzsekretär Wermuth, der noch einmal das Wort ergriff, wies darauf hin, daß es auch in den kommenden Jahren nur mit größter Anstrengung gelingen werde, das Gleichgewicht auf den bisherigen Grundlagen zu erzielen. Nicht möglich sei es, für die einzelnen Jahre die Beträge bereits jetzt festzulegen, welche für die Heeresverstärkung verwendet werden sollen. Feststehend sei nur der Endbedarf der Jahre 1915 beziehungsweise 1917.

Abg. Kocke führte nach dem Protokoll (Seite 4) aus: „Der Staatssekretär des Reichschatzamts habe gestern und heute betont, daß die Absicht der verbündeten Regierungen dahin gehe, sich der Bereitstellung der Mittel für die neue Heeresvorlage streng nach der Finanzlage zu richten. Um so beachtenswerter sei es, daß gestern den Referenten von dem Kriegsministerium eine Aufstellung gegeben sei, die nach anderen Gesichtspunkten bearbeitet sei. Auch ihm sei überraschend gewesen, daß die Ausgaben der Vorlage sich auf 141 Millionen Mark belaufen. Der Kriegsminister habe sich allerdings bereit, die Versicherung abzugeben, daß er den Darlegungen des Reichschatzamts zustimme, und daß die Aufstellung, die mitgeteilt sei, nur als ein Bild zu betrachten sei, das man sich im Kriegsministerium gemacht habe. Soviel sei jedenfalls aus der Aufstellung ersichtlich, daß die Wünsche des Kriegsministeriums über die Wünsche des Schatzamts hinausgingen.“

Abg. Dr. Semler erklärte ausdrücklich (Seite 5), daß die jetzige Vorlage gegen frühere den Nachteil habe, daß die Bedürfnisse für die einzelnen Jahre und die jeweilige Deduktion dafür in dem Gesetz nicht festgelegt sei und fuhr dann fort:

„Bei der neuen Heeresvorlage seien diese Erläuterungen erst durch den Referenten gegeben und man sei überrascht worden durch die Tatsache, daß das Kriegsministerium allein dem Korreferenten bestimmte Erklärungen gegeben habe, wie es die Ausgaben auf die nächsten Jahre zu verteilen gedenke. Der Staatssekretär des Reichschatzamts habe zum allgemeinen Verstand mitgeteilt, daß er von dem im Kriegsministerium aufgestellten und vom Korreferenten vorgetragenen Zahlen nichts wisse.“

Damit ist einwandfrei festgestellt, daß von den wirklichen Kosten der Militärvorlage weder die Kommission noch auch das Reichschatzamt Kenntnis hatte!

Der Kriegsminister beruft sich dann zum Beweise dafür, daß von einer Irreführung gar keine Rede sein könne, auf die Erklärung des Vorsitzenden der Kommission, Freiherrn v. Camp-Massauen. Diese Erklärung kann aber dem Kriegsminister gar nichts nützen. Freiherr v. Camp hat nur erklärt:

„Er halte sich für verpflichtet, festzustellen, daß wenn irgendwelche Mißverständnisse durch die Ausführungen des Korreferenten entstanden seien, diese durch die Erklärung des Kriegsministers und des Staatssekretärs des Reichschatzamts beseitigt seien.“

Diese Erklärung hat aber der Reichschatzamt etwa im Auftrage der Kommission abgegeben, es war dies vielmehr seine rein persönliche Auffassung, und diese Auffassung stand in einem strikten Gegensatz zu der Erklärung, die am Tage vorher der Reichschatzamtsekretär abgegeben hat. Aus diesen, dem amtlichen Protokoll entnommenen Zitaten geht also hervor:

1. Die wirklichen Kosten der Militärvorlage betragen nicht 104,2, sondern 141 Millionen Mark.

2. Von der Tatsache dieser erheblich höheren Ausgabe hat die Budgetkommission erst durch die Mitteilungen des Referenten erfahren.

3. Von diesen Zahlen hat das Reichschatzamt nichts gewußt.

4. Der Kriegsminister oder einer seiner Vertreter haben in der Generaldiskussion mit keinem Worte auf die erheblich höhere Summe hingewiesen.

Was bleibt nun von der Berichtigung des Kriegsministers eigentlich noch übrig? Nur noch die Versicherung, daß die Heeresverwaltung die Absicht gehabt habe, die Öffentlichkeit irre zu führen. Daß die Heeresverwaltung diese Absicht hatte, können wir nicht beweisen, wenngleich die hier zusammengestellten Tatsachen denn doch recht bedenklich erscheinen. Die Heeresverwaltung hat aber auf alle Fälle nicht die genügende Aufklärung gegeben, sonst hätte sie, als in der Presse die Heeresvorlage kritisiert wurde und man die Kosten auf 104,2 Millionen Mark bezifferte, sofort erklären müssen, daß das nicht die ganzen Kosten seien, sondern daß die Kosten in Wirklichkeit 141 Millionen Mark betragen. Wenn der Kriegsminister schon das Gebiet der preßgesetzlichen Verdictigungen betreten zu müssen glaubt, wäre es erfreulicher gewesen, wenn er der Darstellung, daß die Kosten 104,2 Millionen Mark betragen, damit entgegengetreten wäre, daß er berichtet hätte, die Kosten betragen in Wirklichkeit 141 Millionen Mark!

Das Ministerium Monis vor der Kammer.

Paris, 6. März. Der heutigen Kammer Sitzung wurde mit Spannung entgegengesehen. Haus und Tribünen sind dicht besetzt. Trotz der unangünstigen Aufnahme in der Presse hält man dafür, daß dem Ministerium zunächst eine geschlossene radikale Majorität zur Verfügung stehen werde. Gleich nach Eröffnung der Sitzung nimmt Ministerpräsident Monis das Wort, um das Regierungsprogramm zu entwickeln. Monis skizziert zunächst die auswärtige Politik, wobei er sich an das herkömmliche Schema hält. Er sagt:

„Unveränderlich wie die großen Interessen, auf denen sie beruht, wird unsere auswärtige Politik dafür Sorge tragen, unsere Allianz und unsere Ententen zu pflegen, die es Frankreich bereits gestattet haben, wirksam zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Da wie von denselben Empfindungen getragen werden, welche die Regierungen der anderen Mächte befehlen, und da wir, wie sie, in einer zuverlässigen militärischen Organisation eine der wichtigsten Friedensgarantien erblicken, werden wir unsere Streit-

kräfte zu Lande und zu Wasser zum Gegenstand unserer besonderen Fürsorge machen.“

Dann wendet er sich der inneren Politik zu, die Kammer wird aufmerksam, die Rechte unruhig. Monis führt aus:

Die Regierung ist entschlossen, alle republikanischen Errungenschaften zu behaupten, in ihrer Entwicklung fortzuführen und ihr Vorgehen zu konzentrieren, um eine größere Wirksamkeit zu erzielen. Das Kabinett wird im Senat die Hauptzüge des in der Kammer angenommenen Einkommensteuerverwurfs vertreten und das Wahlgesetz schnell zur Abstimmung bringen, wobei sie den Entwurf in der Kommissionsfassung zur Grundlage der Debatte machen wird. Die Regierung wird ferner die Abstimmung über das Budget beschleunigen und unmittelbar darauf die Vorlage zur Unterdrückung der Sabotage und des eigenmächtigen Verlassens des Dienstes zur Abstimmung bringen sowie die Vorlage, die dem Pensionsgesetz der Eisenbahnbeamten rückwirkende Kraft verleiht, ebenso die Vorlagen betreffend Kollektivverträge und das Statut für die Beamten und die Arbeiter der Staatsbahn sowie das Vermittlungs- und Schiedsgerichtsverfahren. Das Kabinett wird mit Güte und Duldsamkeit die Verwaltung der Staatsbahnen leiten, die bereits den größten Teil ihrer wegen Vergehens während des Ausstandes gemahregelten Leute wieder angestellt haben. Sie wird die Prüfung der Ämter fortsetzen und diejenigen ausschließen, welche die Gerichte wegen gewalttätiger Handlungen oder anarchistischer Umtriebe bestraft hatten. Sie wird die Anwendung dieses Systems auch von den Eisenbahngesellschaften fordern, deren Verträge nach gegenseitiger Vereinbarung einer Revision unterzogen werden können, um eine Verbesserung des Verkehrs sicherzustellen, ohne den Aktionären zu schaden. Die Regierung wird sich bemühen, die Anwendung des Arbeiterversicherungsgesetzes vom 3. Juli durchzuführen. Sie wird endlich ohne Schwäche aber auch ohne Härte die Gesetze über die Kongregationen und über die Trennung der Kirche vom Staate zur Anwendung bringen, die Laienschulen vor Angriffen schützen und das Werk der Verweltlichung der Schulen verteidigen, nötigenfalls durch neue Gesetze.

Das Zentrum nahm den Passus über die Einkommensteuer mit Wohlwollen auf, während die Linke lebhaft applaudierte. Die Versicherung der Regierung, daß die Aktionäre der Eisenbahnen keine Einbuße erfahren sollten, wurde ebenfalls seitens der Rechten und des Zentrums mit Wohlwollen begrüßt. Der Ankündigung neuer Gesetze gegen die Kongregationen sollte die Linke Beifall. Bei der Erklärung über die auswärtigen Beziehungen wurden ungemein langanhaltende Beifallsäußerungen laut.

Im Senat wurde die Erklärung vom Justizminister unter Beifall der Linken und Protestrufen der Rechten verlesen.

Die Debatte.

Nach der Regierungserklärung nahm der konservative Deputierte Delehahe zur Begründung seiner Interpellation über die Zusammensetzung des Kabinetts das Wort. Nach dem Schreiben Briand an den Präsidenten hätte, das in Wahrheit eine Botschaft an die Nation bedeute, sei das Parlament in Miskredit gekommen und die Republik habe sich überlebt. Beweis dafür sei der verfassungswidrige Druck, der von der Minorität unter Mitwirkung des Präsidenten der Republik auf die Mehrheit ausgeübt worden sei. Redner kritisierte sodann die Wahl jedes einzelnen neuen Ministers.

Im weiteren Verlauf der Sitzung fragte Berard (Demokratische Linke), ob die Regierung die Mitarbeit der Sozialisten und also auch die Mitarbeit des Allgemeinen Arbeiterverbandes annehme. Collin (gezügelter Sozialist) sprach die Befürchtung aus, daß die entlassenen Eisenbahner nicht wieder angestellt werden würden. Sembat (gezügelter Sozialist) lobte Monis, weil er nicht dieselbe Sprache führe, wie sie Combes geführt haben würde. Der Ministerpräsident täusche sich, wenn er glaube, alle Welt befriedigen zu können. Beauregard (Progressist) gab der Ansicht Ausdruck, daß das Ministerium mehr nach rechts neigen werde als das Kabinett Briand. Das jetzige Kabinett sei entgegen den Grundzügen der Verfassung gebildet worden.

Die Abstimmung über die Vertrauensfrage.

Paris, 6. März. Die Deputiertenkammer nahm mit 309 gegen 114 Stimmen eine Tagesordnung an, in der der Regierung das Vertrauen ausgesprochen wird.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 6. März 1911.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Montag nach Erledigung des Etats der Bauverwaltung die Beratung des Etats des Finanzministeriums. Die Debatte drehte sich im wesentlichen um den Kurs der Staatspapiere, deren Hebung den Rednern, die bisher zu Worte gekommen sind, ebenso sehr am Herzen liegt wie dem Finanzminister. Herr Dr. Lenge nahm den Vorsitz seines Amtsvorgängers auf und empfahl einen Beschluß, der die Staatspapiere anzulegen. Von dieser Selbstoperation wollen aber die Konservativen und das Zentrum nichts wissen.

Daneben wurde über das alte und das neue Opernhaus in Berlin gesprochen. Die Konservativen wünschten in ihrer Mehrzahl, wie Herr v. Kamin erklärte, den Verlauf des alten Opernhauses nicht, das Zentrum steht auf einem anderen Standpunkt. Ihm ist es vor allem darum zu tun, daß die Stadt Berlin sowohl zu dem neuen Opernhaus als auch zur Erhaltung des Tiergartens möglichst scharf herangezogen wird. Was zur endgültigen Entscheidung werden die Blodbrüder sich ja wohl einigen, und das Ende vom Lied wird eine gehörige Schröpfung der Reichshauptstadt sein.

Die Debatte wurde in später Stunde abgebrochen, sie soll erst nach Erledigung des Kultusetats fortgesetzt werden, dessen Beratung Herr v. Bethmann Hollweg in höchst eigener Person am Dienstag einleiten will.

Kammerstimung.

Daß sie mit den Nationalliberalen in Konflikt geraten sind, ist einem Teil der Konservativen höchst unangenehm. Sie befürchten davon eine weitere Schwächung ihrer Fraktionsstärke bei der nächsten Reichstagswahl. Graf Kanitz hat in seinem Wahlkreise aus Anlaß seiner Wiederaufstellung zum Reichstagskandidaten eine Rede gehalten und dabei auf die „Schwierigkeiten“ hingewiesen, die bei der nächsten Reichstagswahl zu überwinden sein würden. Dahin gehören vornehmlich die bedauerliche Zwietracht zwischen den staatsbehaltenden Teilen, die 1907 Hand in Hand gingen, aber jetzt auf verschiedene Wege geraten sind. Er, Redner, beabsichtige nicht, diesen beklagenswerten Zustand zu verschärfen; er werde deshalb keinerlei Angriffe auf diejenigen Parteien richten, mit welchen wir uns lieber vertragen als verfeinden sollten, wie er auch niemals im Reichstage an den scharfen Auseinandersetzungen zwischen den Konservativen und nationalliberalen Parteiführern sich beteiligt habe. Eine Brücke

der Verständigung müsse durchaus gefunden werden, widrigenfalls nur die Sozialdemokratie einen Gewinn aus der verwerflichen Situation ziehen würde.

Auch der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen hat anlässlich des Zusammentritts des Provinziallandtages eine Friedensrede gehalten und die „leidige Politik“ verdammt, die gerade jetzt im Vordergrund stehe und durch die Aufspaltung der Parteileidenschaft das ganze öffentliche Leben zu vergiften drohe.

Die Matrifalarbeiträge.

Die nach dem Reichshaushaltsetat für 1911 von den Einzelstaaten zur Deckung der Gesamtausgaben des ordentlichen Etats aufzubringenden Beiträge im ganzen 212 004 700 M. Im Etat für 1910 waren 228 512 000 M. angesetzt, so daß die Summe der aufzubringenden Matrifalarbeiträge im neuen Etat um 16 1/2 Millionen Mark niedriger als in dem für 1910 ist. Den Matrifalarbeiträgen stehen an Ueberweisungen aus der Brauntweinsteuer 163,49 Millionen Mark entgegen, so daß 48,51 Millionen Mark ungedeckt bleiben. Für die Gesamtheit der Bundesstaaten stellt dieser Betrag eine Belastung von etwa 0,80 M. auf den Kopf der Bevölkerung dar. Im einzelnen haben die Bundesstaaten je nach ihrer Heranziehung zu den Matrifalarbeiträgen einen höheren oder niedrigeren Satz zu zahlen.

Der Ausweg aus der Klemme.

Aus Elßah-Lothringen wird und geschrieben: Im „Nouveliste“ des Abgeordneten Weiterlé wird zur elßah-lothringischen Verfassungsfrage eine Lösung empfohlen, die, wie von unterrichteter Seite versichert wird, schon vor Monaten in regierenden Kreisen des Reichslandes für den Fall der Komplikation des Ganzen erwogen wurde: die Lösung, daß die Verfassungsvorlage bei der Unmöglichkeit einer Verständigung auf der Basis dieser Vorlage von der Regierung zurückgezogen wird und daß nur das Wahlgesetz für die Zweite Kammer als Entwurf eines Wahlgesetzes für den Landesaus-schuh aufrecht erhalten wird. Das Organ des Abg. Weiterlé meint, daß einige der hohen Staatsbeamten in Straßburg diese Maßnahme bereits vorbereiten beginnen; sie könnten dies nicht offen tun, daher würde es ihnen recht angenehm sein, wenn der Anlaß dazu von den elßah-lothringischen Reichstagsabgeordneten ausginge, — ein Gefallen, den man ihnen ja tun könnte.

Unsere beiden elßah-lothringischen Parteiblätter haben von dem wohl-begründeten Richter aus, daß sie mit Bezug auf eine Verfassungsänderung durch die im Reich maßgebenden Machtfaktoren beiseite, diese Anregung des „Nouveliste“ spontan aufgenommen mit der Betonung natürlich, daß das neue Wahlgesetz nur Verbesserungen bringen darf: das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht (geheim ist das Wahlrecht schon jetzt, und auch der Entwurf eines Wahlgesetzes für die Zweite Kammer will daran nicht tippen). Es muß geradezu als selbstverständlich erscheinen, daß eine reine Wahlrechtsreform, wenn in verfassungsmäßiger Hinsicht alles beim Alten bleiben soll, nicht nach Verschlechterungen, wie das vorgeschlagene Alters-Pluralwahlrecht und die Wohnsitzklausel mit der Anforderung des drei- bzw. einjährigen Wohnsitzes in Wahlbezirk oder Gemeinde, bringen darf! Der Reichstag kann und darf sich auf derartiges natürlich nicht einlassen, es ist vielleicht erlaubt, zu hoffen, daß selbst Zentrum und Nationalliberale sich dabei auf die Seite der Erweiterung der Wollrechte schlagen, sobald der falsche Schein eines größeren Selbständigkeits des Landes nicht mehr nebenherläuft. Die Parteien, die sich früher schon für die Einführung des Reichstagswahlrechtes als Wahlrecht zum Landesaus-schuh für Elßah-Lothringen ausgesprochen haben, werden sich dem Sturme des Unwillens, den eine andere, rückgrifflose Haltung in diesem Augenblick hervor-rufen müßte, nicht gerne aussetzen. Eine starke Mehrheit im Reichstag für eine demokratische Umänderung des Wahlrechtes zum elßah-lothringischen Landesaus-schuh erscheint also gesichert.

Die Regierung aber hat schon früher und vor wenigen Wochen wieder in der Reichstagskommission mit aller Deutlichkeit erklären lassen, daß sie mit dem heutigen Notablenparlament in Elßah-Lothringen nicht mehr auskommen könne — schon wegen der Haltung in der Frage der Steuerreform. Die Regierung muß in wohlverstandener Staatsinteresse ein anderes, fortschrittlicheres Parlament im Lande haben, — warum sollte sie diesen Ausweg aus der Klemme nicht wählen?

Er ist für die „wiedergewonnenen Brüder“ im Reichslande annehmbar, weil ein neues, vollständigeres Landesparlament ihnen die Gewähr bietet, daß die Frage der verfassungsrechtlichen Gleichstellung Elßah-Lothringens, die damit keine Scheinlösung erfahren, sondern einfach verdrängt werden würde, mit aller Energie weiterverfolgt wird. Auch Weiterlé hat das Bedürfnis, in seinem „Nouveliste“ zu betonen: „Wir würden mangels eines Besseren diese vorläufige Lösung annehmen, im voraus sicher, daß das neue Parlament, das auf dieser Grundlage gewählt würde, noch energischer als das alte unsere Interessen verteidigen wird.“ Und Weiterlé ist einer der Tapfersten unter den Tapferen im gegenwärtigen Landesaus-schuh! Wenn er selber zugeben muß, daß man gerade im Interesse der elßah-lothringischen Sache diesen Landesaus-schuh zweckmäßig zum alten Eisen wirft, warum sollten die Gegner dieser von Volk und Regierung gleichmäßig als Hemmschuh empfundenen Versammlung noch länger zögern?

Die elßah-lothringische Verfassungsvorlage des Philosophen-Kanzlers Wehmann Holweg ist tot — sie war eine Totgeburt, die man nur aus parlamentarischer Konvenienz wie ein lebendes Kind behandelte. Sinab in den Ortus mit ihr! Desto mehr aber ist jetzt der Augenblick, den Ruf zu erheben: Es lebe die elßah-lothringische Wahlrechtsreform!

Pflichtfortbildungsschule.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus ist der Gesetzentwurf betr. die Errichtung und den Besuch von Pflichtfortbildungsschulen zugegangen. Der Entwurf legt den Gemeinden mit mehr als 10 000 Einwohnern die Pflicht der Errichtung und Unterhaltung von Fortbildungsschulen auf. Zum Besuch dieser Schulen sind sämtliche in den betreffenden Gemeinden in öffentlichen oder privaten Diensten beschäftigten männlichen Personen unter 18 Jahren drei Jahre lang verpflichtet. Hat ein Schulpflichtiger innerhalb dieser Zeit das Ziel der Fortbildungsschule nicht erreicht, so bleibt er bis zu dessen Erreichung, jedoch höchstens bis zum Schlusse des Schulhalbjahres, in welchem er das 18. Lebensjahr vollendet, zum Schulbesuch verpflichtet. Arbeitslosigkeit hat innerhalb des Schulhalbjahres eine Befreiung vom Schulbesuch nicht zur Folge. Auf weibliche Personen erstreckt sich also der Pflichtfortbildungsschulunterricht nicht, sie können lediglich durch Ortsstatut dazu angehalten werden. Der Unterricht soll für jeden Schüler jährlich 240 Stunden umfassen, die in der Regel auf 40 Wochen zu verteilen sind. Durch statutarische Bestimmung kann die Stundenzahl erhöht oder mit Genehmigung der

Aufsichtsbehörde bis auf jährlich 100 ermäßigt werden. Der Pflichtunterricht ist auf die Werktage und in die Tagesstunden von 7 Uhr morgens bis 8 Uhr abends zu legen. Auf einen Nachmittag dürfen für den Schüler nicht mehr als vier Unterrichtsstunden gelegt werden. Für die Verwaltung der Fortbildungsschulen sind Schulvorstände zu errichten, welche aus ernannten und gewählten Mitgliedern bestehen. Die gewählten Mitglieder bedürfen der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde. Also auch hier wieder jene schikanöse Bestimmung, die in der Hand der Regierung ein Mittel ist, tüchtige Leute, deren politische Gesinnung ihr nicht gefällt, von den Schulvorständen fernzuhalten. Für die Mitglieder der Fortbildungsschuldeputationen in den Gemeinden bestand bisher kein Bestätigungsrecht. In der Begründung gibt die Regierung selbst zu, daß der bisherige Zustand sich bewährt hat. Trotzdem verlangt sie, daß ihr ein Bestätigungsrecht eingeräumt wird. Es scheint nachgerade unmöglich zu sein, daß in Preußen ein Fortschritt erzielt wird, wenn nicht zugleich ein erheblicher Rückschritt damit verbunden ist.

Der Entwurf gibt, so sehr wir auch das Prinzip der Pflichtfortbildungsschule billigen, im einzelnen zu sehr erheblichen Bedenken Anlaß.

Thüringisches Oberverwaltungsgericht.

Der weimarsche Landtag genehmigte in seiner heutigen Sitzung einstimmig den Staatsvertrag wegen Errichtung eines gemeinschaftlichen thüringischen Oberverwaltungsgerichtes. Hierbei wurde der Wunsch ausgedrückt, daß es gelingen möge, sämtliche thüringischen Staaten zum Beitritt zu diesem Staatsvertrag zu bewegen.

Neuer Madan in Mex.

In Mex ist es am Sonntag wieder zu Madanfeste gekommen. Drei betrunzene Schlächtergefallen zogen, französische Lieder singend, die Straße entlang. Als Passanten eine Militärpatrouille zum Eingreifen veranlaßten, sammelte sich sofort eine nach Hunderten zählende Menschenmenge an. Die Soldaten zogen blank. Die herbeigerufene Polizei verhaftete die drei Madanmacher. Hierbei wolle einige die Ausrufe „Vivo la Lorraine sportiva“ und „Vivo la France“ gehört haben. Man glaubte anfangs an einen neuen Zwischenfall der Lorraine sportiva, aber die näheren Er-fundlungen ergaben, daß keiner der Verhafteten Mitglied des genannten Vereins war.

Es handelt sich demnach um eine gewöhnliche Madanfeste junger Burken, die mit Politik nichts zu tun hat. Auch die angesammelte Menge zerstreute sich alsbald ohne jeden Zwischenfall.

Konservative Agitationskünste.

Unter dem Titel „Glendindustrie“ veröffentlicht der konservative „Reichsbote“ einen längeren Artikel, der sich mit der Lage der Heimarbeiter beschäftigt. Von einer gesetzlichen Regelung der Heimarbeiterfrage will das konservative Blatt nichts wissen. Dagegen hat das Blatt einen anderen Plan. Es schließt seinen Artikel wie folgt:

„Wohl aber scheint und hier für die standhaltenen Parteien ein dankbares Feld erfolgreichster Tätigkeit gegeben zu sein. Die armen Heimarbeiter bedürfen der Organisation. Das steht unzweifelhaft fest. Ohne verständige Organisation werden sie niemals eine Lohnaufbesserung erreichen, die ihnen ein menschenwürdiges Dasein schafft und ohne solche Lohnaufbesserungen werden die schönsten Gesetze für die Heimarbeiter ein Schlag ins Wasser sein. Darum empfehlen wir unseren Freunden dringend: Gehet hin in die Bezirke der Glendindustrie, organisiert die bedrängten Menschen, die der unglücklichen und wohlwollenden Führung bedürfen, aber tut Geld in Euermbeutel und fordert von den Herren dieser Armen zunächst nichts.“

Der konservative Plan ist recht durchsichtig, es handelt sich für die Konservativen darum, die meist auf dem Lande zerstreut wohnenden Heimarbeiter für die konservative Partei einzufangen und zu Wahlhelfern zu machen, ohne daß man es durch gesetzlichen Heimarbeiter-schutz mit den kapitalistischen Kreisen verdirbt.

Hermann Dingelstad.

Wie aus Münster gemeldet wird, ist dort Bischof Hermann Dingelstad heute vormittag 10 1/2 Uhr gestorben. Der Verstorbene wurde 1835 als Sohn eines Landmannes in der Nähe der Stadt Brodt geboren, studierte in Münster Theologie und war dann Lehrer in Gaeßdonk; 1875 wurde er Gymnasiallehrer in Westfa und 1880 Bischof von Münster. Der Papst hatte ihn zum Hausprälaten und Ehrenprälaten ernannt. Auch schriftstellerisch ist er tätig gewesen; 1895 hat er eine Schrift „De Euripididis Helena“ und 1899—1904 „Hirtensprüche“ erscheinen lassen. Besonders war er um den Bau von Kirchen besorgt. In den 21 Jahren seiner Verwaltung sind in der Diözese Münster über 100 neue Kirchen errichtet worden.

Frankreich.

Der syndikalistische Handwurf.

Paris, 6. März. Der Sekretär des Syndikats der Elektrizitätsarbeiter, Pataud, richtete an Baron Rothschild ein Schreiben, worin er mit Nachdruck verlangt, daß der Baron die infolge des Ausstandes vor fünf Monaten entlassenen Mitglieder des Syndikats wieder anstelle. Er wisse, daß der Baron, wenn er auch den Verwaltungsräten der vereinigten Elektrizitäts-gesellschaften nicht angehöre, sich doch durch seine Strommänner der Wiederanstellung der Elektrizitätsarbeiter wie auch der Eisenbahner widersetze. Pataud schließt mit der Drohung, daß die Arbeiter in das antisemitische Lager übergehen würden, falls Baron Rothschild ihren Forderungen kein Gehör schenke. Gleichzeitig forderte Pataud das Kabinett auf, nicht nur für die Wiederanstellung der Eisenbahner, sondern auch für die Elektrizitätsarbeiter einzutreten.

Portugal.

Kirchenpolitische Konflikte.

Lissabon, 5. März. Wie ein republikanisches Blatt aus Oporto meldet, sind Truppen aufgeboden worden, um die von dem dortigen Bischof angeordnete Verlesung des Hirtenbriefes durch die Pfarrer zu verhindern. An verschiedenen Orten ist es zu Kundgebungen gekommen, mehrere Pfarrer sind verhaftet, und zahlreiche Exemplare des Hirtenbriefes sind beschlagnahmt worden.

Rußland.

Die Budgetdebatten.

Petersburg, 6. März. Die Reichsduma begann heute die Beratung des Staatsbudgets für 1911. Die Vorlage des Finanzministers sieht einen Ueberschuß von 11 376 394 Rubel vor. Nach dem Bericht der Budgetkommission balanzieren die Gesamteinnahmen und Gesamtausgaben mit 2 712 100 000 Rubel, wobei die Einnahmen die Ausgaben um 43 400 000 Rubel übersteigen. Die Kommission schlägt vor, den Ueberschuß zur Tilgung von Staatsschulden zu verwenden. Die für das laufende Jahr erwarteten ordentlichen Einnahmen übersteigen die ordentlichen Ausgaben um 178 Millionen. In seinem Kommissionsbericht konstatiert der Berichterstatter Abgeordneter A. I. K. G. beim Etat

für das Kriegsministerium, daß dieses Ministerium bei den Kreditforderungen ohne feststehenden Plan gehandelt habe, vom vorgezeichneten Programm abgewichen sei und die Kredite nicht bestimmungsgemäß verwendet habe. Das erkläre sich wohl durch die enorme Arbeit der Reorganisation der Armee, immerhin sei das Vorgehen der Verwaltung inkorrekt. Zu Beginn der Nachmittags-sitzung ergriß der Finanzminister das Wort zu einer eingehenden Rede über das Budget.

Nachgiebigkeit Chinas.

London, 6. März. Die „Times“ meldet aus Peking: Die russische Ermüdung auf die Antwort des Chinesen fordert dem Vernehmen nach eine Erklärung, wie China den Freihandel für die Mongolei nach den Bestimmungen des Vertrages von 1881 auffasse. Die chinesische Regierung hat der russischen nunmehr offiziell mitgeteilt, daß sie keine Revision des Vertrages wünsche, weil andere Mächte, die jetzt keine Vorrechte besitzen, die Gelegenheit der Revision benutzen könnten, um ähnliche kompromittierte Vorteile zu verlangen, wie sie speziell Rußland zugesichert seien. Die Tatsache, daß jede Revision des auf die Mongolei bezüglichen Vertrages notwendigerweise eine Diskussion der Zollbestimmungen für die nördliche Mandchurei in sich schließt, läßt China fürchten, Japan möchte für die südliche Mandchurei dieselben Vorrechte verlangen. Dadurch, daß die russische Regierung jetzt anscheinend eine verständlichere Haltung gegenüber China annimmt, zeigt sie den Wunsch, eine Aktion zu vermeiden, die den status quo in der Mandchurei berühren könnte.

Rumänien.

Die Kammerwahlen.

Bukarest, 6. März. Bei den Kammerwahlen im dritten Distriktskollegium wurden 85 Konservative und 1 Liberale gewählt. Eine Stichwahl ist erforderlich.

China.

Hungernot.

Schanghai, 5. März. Die Hungernot in Anhui und Kiangsu wird immer größer und ist erster als die des Jahres 1908, zumal die geleistete Hilfe nur einen kleinen Teil des betroffenen Gebietes umfaßt. Die Bevölkerung wandert aus dem Hungergebiet vielfach südwärts. Eine etwa 2000 Menschen zählende Menge ist bereits in der Nähe von Schanghai erschienen.

Aus der Partei.

Enrico Ferri berichtet.

Rom, 1. März. (Fig. Ver.) Der „Avanti“ vom 1. März veröffentlicht einen Brief Enrico Ferris, in dem er sich gegen die Kritik des Parteivorstandes an seiner Stellung auf dem Land-arbeiterkongreß von Mantua verteidigt. Ferri setzt auseinander, daß er keineswegs an die Zusammenarbeit der Klassen im Sinne Zurats glaube, sondern weiter auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehe. Wenn er annehme, daß die Grundbesitzer durch Einsicht und guten Willen diesem Kampfe mildere Formen verleihen könnten, so glaube er sich damit nicht im Gegensatz zu den sozialistischen Prinzipien zu befinden. Was die „ländliche Demokratie“ betrifft, von der in Mantua die Rede gewesen ist, so erklärt Ferri, daß es sich dabei keineswegs um eine Vereinigung von Arbeitern und Grundbesitzern handle, sondern vielmehr um die ausschließliche aus modernen denkenden Grundbesitzern bestehende Partei, deren Gründung übrigens bis jetzt noch ein frommer Wunsch sei. Der „Avanti“ bekämpft in einer Anmerkung die Auffassung Ferris und bezeichnet sie als im Widerspruch zu den sozialistischen Prinzipien stehend. An anderer Stelle weist das Zentralorgan darauf hin, wie sehr die sozialistische Bewegung in Mantua zurückgegangen sei, und macht dafür die Verquickung von gewerkschaftlicher und politischer Organisation, die in Mantua durchgeführt ist, verantwortlich. Die eigentlich politische, der Zentralpartei angeschlossene Parteiorganisation sei in der Provinz Mantua ganz in den Hintergrund gedrängt worden, so daß wir in einigen Orten die Stadtverwaltung in Händen der jogen. sozialistischen Gewerkschaften sehen, ohne daß in dem Ort überhaupt eine Parteiorganisation existiert. Weiter wird der sozialistischen Tageszeitung von Mantua der Vorwurf gemacht, Ferri durch Die und Dumm die Stange zu halten und all seine Wandlungen mitzumachen, was die theoretische Konfusion in den Köpfen der Parteigenossen der Provinz notwendig erhöhen muß.

Was alles „politisch“ ist.

Wegen Verleumdung der Essener Polizei wurde Genosse Steinbühl von der Essener Arbeiterzeitung zu 600 M. Geldstrafe, ein mitangellagerter jugendlicher Arbeiter wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes zu 50 M. Geldstrafe verurteilt, ein zweiter freigesprochen, da angenommen wurde, daß er nicht die erforderliche Einsicht zur Erkenntnis der Strafbarkeit seiner Handlung gehabt habe. Die „Arbeiterzeitung“ hatte das Vorgehen der Polizeibehörde gegen Jugendliche kritisiert, die an Vorträgen des Genossen Rühle teilgenommen hatten. Die Polizei behauptete, diese Vorträge seien politischer Natur, Jugendliche dürften ihnen also nicht zusehen. Der Kriminalkommissar Veschnil hatte eines Abends nach dem Vortrage die Personalien der beiden jugendlichen Teilnehmer festgestellt, die jetzt der Vereinsgesetzübertretung angeklagt waren. Der Kommissar, als Zeuge vernommen, berief sich zur Rechtfertigung seiner Behauptung, daß die Vorträge Rühles, die von der Wirtschaftsgesellschaft handelten, politische gewesen seien, auf die Verträge seines „Gewährmannes“ aus der Sozialdemokratie“. Den Namen des Spitzels zu nennen, weigerte sich der Herr Kommissar — seine vorgelegte Behörde hätte ihm die Nennung verboten. Die Angaben, die der Spitzel über den Inhalt der Vorträge gemacht hatte, wurden durch das Zeugnis des Vortragenden selbst, des Genossen Rühle, total widerlegt, so daß selbst der Staatsanwalt erklärte, daß er auf die Behauptungen des „Gewährmannes“ kein Gewicht lege. Aber er hielt trotzdem erweisen, daß die Vorträge politischen Inhalt gehabt hätten. Dem obgleich nur wissenschaftlich verfahren sei, hätten die Vorträge doch die Tendenz, für sozialdemokratische Zwecke zu werden. Er beantragte gegen Steinbühl sechs Wochen Gefängnis, da eine Geldstrafe doch von der Parteiliste gezahlt werde. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Staatsanwalts an und erkannte auf die oben angegebene Geldstrafe.

Die Begründung der Annahme, daß die Vorträge politischen Inhalts gewesen seien, mit der Behauptung, sie hätten die Tendenz gehabt, für sozialdemokratische Zwecke zu werden, ist mehr als billig. Natürlich veranlaßte die Sozialdemokratie solche wissenschaftlichen Vortragskurse, weil sie weiß, daß das Wissen über das Werden der heutigen Produktionsverhältnisse für der Erkenntnis befähigt, daß der Sozialismus die Konsequenz unserer wirtschaftlichen Entwicklung ist. Aber das beweist noch lange nicht, daß die Vorträge politisch sind. Schließlich kann man mit solcher Begründung wie sie in Essen beliebt wurde, auch Kurse in Lesen und Schreiben für politisch erklären, weil Leute, die lesen und schreiben können, eher den Sozialismus erfassen können, als Analphabeten und also, wenn Sozialdemokraten solche Kurse veranstalten, daraus geschlossen werden müsse, daß sie so für sozialdemokratische Zwecke werden wollten.

Jugendbewegung.

Der Kampf gegen den „Unterricht“.

In der mit dieser Stichmarke versehenen Notiz in Nr. 54 des „Vorwärts“ fehlt infolge eines Versehens die Ortsangabe. Wir tragen deshalb nach, daß das unglückliche Vorgehen der Polizei und der ergößliche Heroinfall der Behörde in Pichienberg-Friedrichsfelde vorgekommen ist.

Gewerkchaftliches.

Die belgische Arbeiterdelegation,

Die sich in Berlin eine Woche dem Studium der deutschen Partei- und Gewerkschaftsbewegung widmete, hat nun den deutschen Boden verlassen, um sich nach der Heimat zu begeben. Die belgischen Gewerkschaften hatten 23 Vertreter, die Partei 4 Vertreter entsandt.

Deutschland wurde in letzter Zeit vielfach von Studienkommissionen aus dem Auslande besucht. Besonders aus England kamen wiederholt Delegationen, die sich aber weniger dem Studium der Arbeiterbewegung widmeten, sondern Material für den in England entbrannten Kampf um Schutz- und Freihandelszoll sammelten.

Die belgische Delegation suchte nur die Art der Arbeiterorganisationen und deren Einrichtungen zu erforschen und sie wandte sich zu diesem Zwecke an die richtige Adresse: an die deutschen Zentralverbände und an die sozialdemokratische Partei.

Am Montag, den 27. Februar, wurde das Berliner Gewerkschaftshaus besichtigt die Herberge, die Versammlungs- säle, die Bureaus der Generalkommission, das Arbeitersekretariat und die Gewerkschaftsschule. Der Abend diente einem geselligen Beisammensein.

Am Dienstag wurde die Zentralverwaltung des Holz- arbeiterverbandes und die der Lokalverwaltung besichtigt, wobei ein Angestellter über die Arbeitsvermittlung, Aus- zahlung der Unterstützungen usw. ein kurzes Referat hielt. Am Nachmittag wurden die Heymannsche Bibliothek und ein Jugendheim besichtigt. Abends 8 Uhr hielt Genosse Legien einen Vortrag über: Grundlagen und Entwick- lung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Die Diskussion und Fragestellung durch unsere belgischen Genossen war eine so ausgiebige, daß sie bis 12 Uhr nachts dauerte.

Mittwoch früh 9 Uhr wurde der Zentralarbeitsnachweis besichtigt. Nachdem gings zum Gebäude der Lokalverwaltung des Metallarbeiterverbandes. Der Vorsitzende Cohen legte hier unseren belgischen Freunden in instruktiver Weise die inneren Einrichtungen der Organisation und ihre Tätigkeit dar. Eine ausgiebige Diskussion und Fragestellung und ein Rundgang durch die Bureaus und den Druckereibetrieb dauerte bis kurz vor 3 Uhr nachmittags. Von hier gings in Eile nach der Arbeiterwohlfahrtsausstellung in Char- lottenburg, die von den belgischen Genossen mit großem Interesse besichtigt wurde. Die Teilnahme an einer Ver- trauensmännerversammlung des Metallarbeiterverbandes beschloß den Tag.

Der Donnerstag galt dem Besuch der Parteieinrichtungen. Mit der Besichtigung der Parteischule wurde der Anfang gemacht. Hierauf folgte ein Besuch beim Parteivorstand, wo- selbst Genosse Pfannkuch die belgischen Genossen im Namen des Vorstandes begrüßte. Darauf hielt Genosse Ebert ein kurzes Referat über unsere Parteiorganisation. Ein Rundgang durch das „Vorwärts“-Gebäude, durch das Parteiarchiv, Pressebureau, die „Vorwärts“-Redaktion und Druckerei folgte dem. Für den Abend war ein Referat des Genossen Kautsky über: Die politische Arbeiterbewegung in Deutschland vorgesehen. Kautsky konnte wegen persön- licher Unpäßlichkeit den Vortrag nicht halten, er hatte jedoch diesen Vortrag in ein Exposé in französischer Sprache schrift- lich niedergelegt und ließ es den Belgiern überreichen; der Vortrag hat somit für unsere belgischen Freunde bleibenden Wert.

Am Freitag teilte sich die Delegation zu verschiednem Tun. Die Metallarbeiter besichtigten den Betrieb der Allge- meinen Elektrizitätsgesellschaft, die Textilarbeiter besuchten den Zentralvorstand des Textilarbeiterverbandes, der Rest der Teilnehmer wanderte nach dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde und legte dort Kränze am Grabe des ver- storbenen Genossen Singer nieder.

Der größere Teil der Delegation fuhr über Leipzig heim, um dort besonders die Einrichtungen der Konsum- genossenschaft zu studieren, während die anderen Genossen direkt die Heimfahrt nach Belgien antraten.

Ein riesiges Arbeitspensum haben unsere belgischen Freunde in diesen wenigen Tagen erledigt! Sie haben sich körperlichen und geistigen Anstrengungen unterziehen müssen, die wirklich überaus hohe Anforderungen an den Menschen stellen. Ihre Willkür, ihre Fragestellungen und ihr Eindringen in alle Details der inneren Verwaltung und der Organisation unserer Arbeiterbewegung hat oft unsere Bewunderung erregt. An keine Zeit gebunden fühlten sie sich, immer wieder erkundigten sie sich nach Einzelheiten und sorgten nach der Auskunftserteilung oft nicht mit dem Lob über die straffe politische und gewerkschaftliche Organisation in Deutschland, das unsere Genossen zurückgaben mit dem Wunsche, sie möchten die gesammelten guten Eindrücke aus der deutschen Arbeiterbewegung auf die belgische Organi- sation übertragen und für eine durchaus bewährte Zentrali- sation in ihrer Heimat wirken. Schier übermenschlich war die Tätigkeit des Genossen de Man, der in nie versiegender Bereitwilligkeit seinen Genossen die deutschen Reden, An- sprachen und Erklärungen ins Französische und ins Nämische übersehte; ihm wurde hierin in etwas durch den Genossen Fijcher, Redakteur vom Brüsseler Parteiblatt, sekundiert.

So werden denn auch unsere deutschen Genossen, denen es vergönnt war, unsere belgischen Freunde zu bewirten und zu führen, jener schönen Tage lange gedenken, es war uns eine besondere Freude, mit diesen geistig so beweglichen, ge- sellschaftlich so umgänglichen Menschen die internationalen Freundschaftsbande enger zu knüpfen. Die Arbeiterorganisa- tionen beider Länder werden den größten Vorteil davon haben!

Berlin und Umgegend.

Tarifbewegung der Tapezierer.

Nachdem die vorige Mitgliederversammlung des Tapezierer- verbandes die Angebote der Unternehmer zurückgewiesen hatte, haben im Laufe der vergangenen Woche nochmals Verhandlungen der Unternehmer stattgefunden. Ueber das Ergebnis derselben berichtete Fijewitz am Sonntag in einer Verbandssamm- lung, die wieder sehr stark besucht war. Auch diese Verhandlungen haben die Forderungen der Tapezierer in keiner Weise befriedigt. Die Unternehmer bleiben bei dem Verlangen einer fünfjährigen Tarifdauer, während die Arbeiter nur auf vier Jahre abzuweichen wollen. Die Unternehmer lehnen jede Verkürzung der Arbeitszeit ab. Die Arbeiter fordern dagegen eine wöchentliche Arbeitszeit von 49 Stunden, die von 1913 ab auf 48 Stunden verkürzt werden soll. Die Unternehmer wollen einen Durchschnitts-Stundenlohn von 73 Pf. bewilligen, der sich nach einigen Jahren auf 75 Pf. er- höht. Die Arbeiter fordern einen Mindestlohn von 75 Pf. und

Verantw. Redakteur: Hans Weber, Berlin. Inseratenteil verantw.:

Von 1913 ab 80 Pf. Den obligatorischen Arbeitsnachweis haben die Unternehmer rundweg abgelehnt. Es ist also, wie der Referent betonte, durch die erneuten Verhandlungen nichts erreicht worden. Eine Konferenz der Vertrauensmänner hat sich auf den Stand- punkt gestellt, daß an einen Tarifabschluß zu den von den Unter- nehmern gestellten Bedingungen gar nicht zu denken ist, daß aber auch die gegenwärtige Zeit für eine allgemeine Lohnbewegung nicht als günstig angesehen werden kann. Es sei deshalb am besten, den Zustand der Tariflosigkeit beizubehalten, aber in den Werk- stätten, wo es angebracht erscheint, für eine Verbesserung der Ar- beitsverhältnisse zu sorgen. — Auf diesen Standpunkt stellten sich im allgemeinen auch die Diskussionsredner. — Folgende von den Vertrauensmännern vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die Versammlung lehnt die Zugeständnisse der Unternehmer (73 Pf. Stundenlohn und 50stündige Arbeitszeit) ab und ver- zichtet unter diesen Umständen auf den Ab- schluß eines Tarifvertrages.

Achtung, Tapezierer!

Die Ledermöbelfabrik von Weigt, Friedrichstraße 16, ist wegen Lohn Differenzen gesperrt. Die Ortsverwaltung.

Die Schilberanmacher und Helfer haben am Montagmorgen den angekündigten Streik dort begonnen, wo die Tarifverträge nicht unterzeichnet worden sind. Eine große Ausdehnung hat der Streik nicht erfahren, denn bereits haben 46 Firmen, die zusammen 84 Schilberanmacher und Helfer beschäftigen, den Tarif anerkannt und weitere Verhandlungen sind im Gange, so daß die Zahl derjenigen, die im Besitze einer Arbeitsberechtigungskarte sind, sich heute, Dienstagmorgen, noch erhöht haben wird. Gestern handelte es sich noch um 18 Firmen, die zusammen etwa 50 Mann beschäf- tigen. Die Firmen, bei denen Anmacher zurzeit nicht beschäftigt werden, kommen für die gegenwärtige Bewegung nicht in Betracht. Mit dem „Verein Berliner Metallwarenfabrikanten“, dem die meisten Unternehmer angeschlossen sind, hofft man zu einem be- friedigenden Uebereinkommen zu gelangen.

Achtung, Dachdecker Berlins und der Umgegend!

Die Sperre über Dachdeckermeister Georg Althaus, Ader- straße 155, dauert unverändert fort, weil Herr Althaus sich bis zum heutigen Tage noch nicht bereit erklärt hat, den Tarifvertrag für das Dachdeckergerwerbe bei den Arbeiten auf der Anstalt in Buch für sich als rechtsverbindlich anzuerkennen.

Die Bauverwaltung von Buch war durch ein Schreiben vom 6. Dezember 1910 von den Gründen, die zur Arbeitseinstellung in Buch und zur Verhängung der Sperre über Herrn Althaus Veranlassung gaben, ununterrichtet worden. Am 15. Januar ging auf jenes Schreiben folgende Antwort ein:

Buch, den 13. Januar 1911.

Herrn Carl Görnig

Rigdorf 5, Berlin.

Auf das nach hier gerichtete Schreiben vom 6. 12. 10 wird Ihnen auf Veranlassung der Hochbaudeputation Berlin ergebenst erwidert, daß nach den erhobenen Feststellungen ein Grund zu weiteren Schritten in dieser Angelegenheit diesseits nicht vor- liegt, da ein Verschulden des Unternehmers gegen die diesseitigen Bestimmungen nicht festgestellt ist.

Knopf, Magistratsbauamt.

Wie die diesseitigen Bestimmungen lauten, wonach ein Ver- schulden des Unternehmers nicht vorliegt, wissen wir allerdings leider nicht. Das aber wissen wir, daß die erhobenen Fest- stellungen höchst einseitig gemacht worden sind, und daß Herr Althaus den Tarifvertrag noch niemals innegehalten hat. An die Organisation hat sich die Hochbaudeputation bei der Fest- stellung nicht gemeldet, sondern hat den Obermeister aufgefordert, sein Gutachten darüber schriftlich abzugeben, ob bei Arbeiten in Buch der Berliner Arbeitgeber berechnigt ist, niedrigere Stunden- löhne zu bezahlen, als wie sie im Tarif festgesetzt sind. Der Herr Obermeister hat leider sein Gutachten dahingehend abgegeben, daß der Arbeitgeber in diesem Fall berechnigt wäre, niedrigere Löhne zu bezahlen zu dürfen. Mehr Kenntnis des Tarifvertrages hätte man vom Obermeister allerdings erwartet. Der Herr Ober- meister hat offenbar noch an die Zeiten von vor 15 bis 20 Jahren gedacht, wo im Dachdeckergerwerbe noch kein Tarifvertrag bestand. Dieser Auffassung steht aber die Entscheidung der Schlichtungs- kommission gegenüber! Steid ist von ihr in diesen Fällen entschieden worden: Bei Arbeiten in Buch hat der Berliner Arbeitgeber auch den Ber- liner tarifmäßigen Lohn zu bezahlen.

Zentralverband der Dachdecker.

Deutsches Reich.

Holzarbeiteraufstand in Breslau.

Montag haben 2000 Holzarbeiter die Arbeit niedergelegt, nach- dem eine Mitgliederversammlung des deutschen Holzarbeiterverbandes mit 1087 gegen 150 Stimmen die Vor schläge des Berliner Schieds- gerichtes abgelehnt hatte. Die Arbeitsniederlegung geschah nicht im Einverständnis mit der Zentralleitung des Holzarbeiterverbandes, die den Mitgliedern allgemein empfohlen hatte, die Arbeit nirgends ein- zustellen, da das die gegenwärtig noch fortgeführten zentralen Ver- handlungen störe und beeinträchtige.

Einigung im Kürschnergewerbe. Die Verhandlungen mit den Arbeitgebern der Rauchwarenzurichtereibetriebe für Hamburg fan- den am Sonntag statt und wurden von den Arbeitnehmern am Montag angenommen. Heute, Dienstag, wird die Arbeit für Hamburg in vollem Umfange aufgenommen.

Die Bergarbeiter in den Braunkohlenrevieren Peih, Weiskensfeld, Raumburg, Altenburg und Worna sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Hauptforderungen be- stehen in achtsündiger Arbeitszeit und Lohnerhöhungen. Die Entscheidung wird erst im April fallen.

Beendigung des Weiskensfelder Schuhmacherstreiks.

Zwischen dem Zentralverband der Schuhmacher und den Fab- rikanten kam am Sonnabend eine völlige Einigung zustande. Die Arbeitsaufnahme durch die streikenden Arbeiter erfolgte am Montag.

Die Tarifbewegung im Hamburger Holzgerwerbe.

Die Hamburger Holzarbeiter nahmen am Sonntag in einer von über 4000 Kollegen besuchten Versammlung Stellung zu dem Angebot der Arbeitgebervertreter in der Verhandlungskommission. Die Arbeitgeber wollten zu Beginn der Verhandlungen überhaupt keine Zugeständnisse machen. Nach mehreren Sitzungen unter- breiteten sie den Arbeitervertretern folgendes Zugeständnis als angeblich äußerste Grenze ihres Könnens: Eine Stunde Arbeits- zeitverkürzung im vierten Vertragsjahr nebst Lohnausgleich. An Lohnerhöhungen soll im ersten Jahr ein Pfennig, im zweiten Jahr ein Pfennig und im dritten Vertragsjahr wieder ein Pfennig ge- währt werden. Das Zugeständnis im dritten Vertragsjahr zogen die Herren aber wieder zurück, als sich die Arbeitervertreter nicht verpflichten wollten, für die Annahme dieses Zugeständnisses in ihrer Mitgliederversammlung einzutreten. Die Forderung der Arbeiter auf Anerkennung des paritätischen Arbeitsnachweises durch den Arbeitgeberverband der Holzindustrie lehnten die Herren Arbeitgeber aus wichtigen Gründen ab. — Die Versamm- lung der Holzarbeiter beschloß gegen wenige Stimmen, das An- gebot der Arbeitgeber als unzureichend abzulehnen. Der Orts- verwaltung wurde aufs neue Vollmacht erteilt, eventuelle weitere Verhandlungen mit den Arbeitgebern zu führen.

Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts Buchdr. u. Verlaganstalt Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die Singer Co. Nähmaschinen-Aktiengesellschaft, Filiale Nürn- berg, hat ca. 30 Angestellte ausgesperrt, die mit dem Verkauf von Nähmaschinen und dem Ankauf der Teilzahlungen beschäftigt werden, weil die Angestellten eine Aufbesserung des geringen wöchentlichen Fixums um 3 M. forderten. Vermittlungsversuche der Organisation und des Kaufmannsgerichts Nürnberg blieben unbeantwortet. Darauf haben die zuständigen Gewerkschafts- parteile von Nürnberg-Fürth und Umgebung auf Antrag des Zen- tralverbandes der Handlungsgehilfen für ihr Gebiet den Bohlott über die Singer Co. verhängt.

Die Firma sucht jetzt Arbeitswillige, die sie aber in Nürnberg und Umgebung nicht findet; sie wird sich deshalb vielleicht nach auswärtig wenden. Vor Zugang wird gewarnt! Insbesondere werden die Angestellten der Singer Co. außerhalb Nürnbergs ersucht, sich nicht unter irgendwelchen Vorpiegelungen nach Nürnberg oder Umgebung schiden zu lassen.

Die Bewegung beschränkt sich vorläufig auf Nürnberg-Fürth- Erlangen und Umgebung; sollte eine weitere Ausdehnung erforder- lich werden, so wird dies durch die Arbeiterpresse bekannt gemacht. Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Sieg Hamburg.

Ausland.

Ein Artistenstreik in Paris.

Im Varietetheater Casino de Paris traten am Sonntag kurz vor Beginn der Vorstellung die Musiker und Artisten in den Aus- stand, weil sie schon seit einigen Tagen keine Gage erhalten hatten. Als das Publikum den Grund des Ausstandes erfuhr, verlangte es lärmend das Eintrittsgeld zurück. Da der Direktor dem Verlangen nicht nachkam, zerstörte die Menge einen Teil der Einrichtung. Viele trugen sogar verschiedene Gegenstände weg, wie Vlumendöpfe und elektrische Leuchter. Schließlich schritt die Polizei ein; es gelang ihr erst nach heftigem Handgemenge und nach Vornahme mehrerer Ver- haftungen, den Saal zu räumen.

Letzte Nachrichten.

Das Ministerium Monis vor der Kammer.

Paris, 6. März. (B. L. B.) Fortsetzung der Kammerdebatte. Nachdem noch Charles Benoist um eine bestimmte Erklärung über die Wahlreform gebeten hatte, ergriff Ministerpräsident Monis das Wort. Er führte aus, er wünsche jede zweideutige Auffassung über die Politik der Regierung zu zerstreuen. Die Tatsache, daß die frühere Regierung nach einem Siege demissioniert habe, habe einige Verwirrung hervorgerufen. Eine Krise von dieser Art gebe keine genauen Fingerzeige. Er fügte hinzu: Die republikanische Mehrheit liegt zwischen denen, die unsere Institutionen hassen (der Ministerpräsident zeigt auf die Rechte) und denen, die die Gewalt wollen (er deutet auf die äußerste Linke.) (Bewegung.) Der Ministerpräsident erklärte weiter, er werde die entlassenen Eisenbahner wieder einstellen, indem er die Gefühle der Menschlichkeit mit der Sorge um das nationale Wohl verbinden wolle, und werde im Senat die Steuerreform zur Erleb- lung bringen. Er betonte schließlich, daß er mit der Beratung der Wahlreform auf der Grundlage des in der Kommission der Depu- tiertenkammer ausgearbeiteten Entwurfs einverstanden sei. Da Briand das Vertrauen der Kammer verloren habe, so könne man dem neuen Kabinett nicht vorwerfen, es habe dasselbe Programm wie er. Nach einer Antwort von Charles Benoist wurde die Dis- kussion geschlossen. Die Regierung nahm die Tagesordnung Chaute- mps an und billigte dessen Erklärung, daß er das Vertrauen habe, die Regierung werde die Vereinigung der Republikaner sichern durch die Verwirklichung kirchlicher, demokratischer und sozialer Re- formen. (Siehe auch Artikel, 2. Seite Hauptblatt.)

Rußlands Finanzen.

Petersburg, 6. März. In seiner Rede in der Reichsduma wies der Finanzminister darauf hin, daß der freie Darlehenstand Ruß- lands zurzeit 325 bis 330 Millionen Rubel betrage. Vor dem Kriegsjahre sei ein Darlehenstand von 381 Millionen Rubel vorhanden gewesen, an dessen Stelle 1908 ein Defizit von 138 Millionen Rubel getreten sei. Dieser freie Geldbestand müsse als Hilfsquelle in schweren Zeiten des Staatslebens dienen und einer Vergrößerung der Staatsschulden vorbeugen. Der Staat, der im Verlaufe dreier Jahre seine Schulden um drei Milliarden vermehrt habe, müsse bis zum äußersten sich weiterer Anleihen enthalten.

Schlagende Beweise.

Konstantinopel, 6. März. (B. L. B.) Deputiertenkammer. Im Laufe der Budgetdebatte machte der Führer der gemäßigten Libe- ralen, Ismail Kemal, einen Zwischenruf, der so aufgefaßt wurde, als hätte Kemal angedeutet, daß die Regierung für die Erteilung von Eisenbahnkonzessionen Geld genommen hätte. Der Groß- wehr ging auf Kemal zu und forderte ihn mehrere Male auf, seine Aeußerung zu wiederholen. Im Kemal hatten sich inzwischen zahl- reiche Deputierte versammelt. Der Großwehr versetzte Kemal einen Schlag auf die Hand, worauf dieser rief: Ihr Organ hat behauptet, daß ich für eine Affäre, wofür die Regierung nichts gibt, Geld ge- nommen habe. In diesem Moment gab ein Deputierter der Majorität Kemal eine Ohrfeige, was heftige Lärmstößen verursachte.

Nach der Sitzung berieten die Minister und hervorragenden Deputierten der Majorität über den Zwischenfall, der den pein- lichsten Eindruck hervorgerufen hatte. Die Versammlung verlangte die Regierung, daß in der morgigen Sitzung zunächst Kemal der Regierung eine Genugtuung gebe, worauf der De- putierte, der Kemal die Ohrfeige versetzt hat, Abbitte leisten soll.

Des Eberverlassenen Rache.

Kagen, 6. März. (B. L. B.) Heute nachmittag hat der Ar- beiter Kirch seine Ehefrau, die seit acht Tagen von ihm getrennt lebte, durch mehrere Revolverkugeln verwundet und sodann durch Messerstiche getötet.

Ein betrügerischer Offizier.

Weg, 6. März. (B. L. B.) Nach zweitägiger Verhandlung wurde heute das Urteil in dem Prozeß gegen Leutnant Erb vom Infanterieregiment Nr. 130 gefällt. Danach wurde Leutnant Erb wegen versuchten Betruges, militärisch-qualifizierter Unterschlagung und Erstattung einer falschen Meldung zu einem Jahr hohen Monaten Gefängnis und Entfernung aus dem Heere verurteilt. Die Urteilsbegründung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Von der Transmission erfaßt.

München, 6. März. (B. L. B.) Heute vormittag geriet in einer Maschinenfabrik der 21 Jahre alte Maschinist Paerl beim Oelen einer Maschine in die Transmission, wurde erfaßt und so schwer ver- letzt, daß er nach wenigen Minuten verstarb.

Lawinensturz in den Tiroler Alpen.

Zandbrud, 6. März. (B. L. B.) Heute früh traf an der tiefsten alpinen Rettungsstelle die Nachricht von einem schweren Lawinenunglück bei Auehtal ein. Nach der einen Meldung sollen vier Ski fahrende Touristen, nach einer anderen Meldung zwei Touristen unter eine außerordentlich große Lawine, die durch das böige Wetter vom Zwölftal niedergegangen ist, verschüttet worden sein. Noch im Laufe der heutigen Nacht gehen von Zand- brud aus 15 Personen an die Unglücksstelle ab. Einzelheiten fehlen noch.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Die kommunalen Steuerzuschläge für Groß-Berlin.

Die Ausführungen des Genossen Bernstein in dem Leitartikel in Nr. 55 des „Vorwärts“ über Selbstverwaltung und Einkommensteuer veranlassen mich, in aller Kürze meinen von dem feinen abweichenden Standpunkt darzulegen.

Ich schicke voraus, daß ich selbst zu wiederholten Malen in Etatsreden, die ich in der Stadtverordnetenversammlung gehalten habe, einer Erhöhung der Zuschläge auch über 100 Proz. hinaus das Wort geredet habe. Aber die Vorbedingung dafür war immer und muß meines Erachtens auch heute die sein, daß das Geld gebraucht und daß es zur Erfüllung von Zwecken verwendet wird, die im Interesse der Allgemeinheit, vor allem im Interesse der Arbeiterklasse liegen.

Aus reiner Begeisterung oder auf Befehl von oben Steuern auf Vorrot zu bewilligen, kann nicht Aufgabe sozialdemokratischer Gemeindevertreter sein. Die steht es nun zunächst mit der Bedürfnisfrage? Es unterliegt gar keinem Zweifel, daß eine Reihe von Gemeinden Groß-Berlins, namentlich der südlichen und östlichen Vorortgemeinden, mit einem Zuschlag von 100 Prozent nicht auskommen, daß sie aber andererseits über diesen Satz nicht hinausgehen können, solange nicht die übrigen Groß-Berliner Gemeinden den gleichen Schritt tun.

Im Gegensatz dazu reicht für die meisten bessergestellten westlichen Vorortgemeinden ein Zuschlag von 100 Proz. heute noch aus. Trotzdem halte ich es für eine Pflicht der reicheren Kommunen, ihre Sonderinteressen hintanzustellen und sich mit den ärmeren über gemeinsame Zuschläge auch über 100 Proz. hinaus zu verständigen.

In erster Linie müßte das natürlich der freien Vereinbarung überlassen sein.

Nun wird man nicht mit Unrecht einwenden, daß auf dem Wege der freien Vereinbarung schwerlich etwas erzielt wird. Ich halte das für wahrscheinlich, aber erst muß doch einmal ein Versuch gemacht werden. Statt dessen hat der Regierungspräsident in der denkbaren ungeschicktesten Weise in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingegriffen.

Gewiß hat Bernstein recht, daß das Verbot von einem Eingriff in das Selbstverwaltungsrecht übertrieben ist. Wir haben in Preußen gar kein Selbstverwaltungsrecht, und speziell in Groß-Berlin bedürfen ja heute schon die meisten Etats, weil sie von dem gesetzlich vorgeschriebenen Maßstab der Verteilung der Steuern abweichen, der Genehmigung der Regierung.

Aber andererseits hat der Regierungspräsident durch sein Vorgehen denen, die aus Rücksicht auf ihren und ihrer Klassengenossen Geldbeutel von einer Steuererhöhung nichts wissen wollen, den willkommenen Anlaß gegeben, unter dem Vorwand, daß das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden auf dem Spiele steht, die Erhöhung abzulehnen und sich nach außen als Hüter und Wächter eines vermeintlichen Selbstverwaltungsrechts aufzuspielen.

Daß das Vorgehen des Regierungspräsidenten einen Eingriff in die Rechte der Gemeinden bedeutet, unterliegt trotz all seiner Ablehnungsversuche keinem Zweifel, und auch Bernstein gibt ja zu, daß die Frage dadurch eine verwickelte Gestalt erhalten hat. Herr v. Schulenburg will auf die Gemeinden eine PreSSION ausüben, er will sie zwingen, bis zu einem bestimmten Termin Beschlüsse im Sinne seiner Anregungen zu fassen.

Dazu kommt, daß eine Reihe von Gemeinden bereits unmittelbar vor Verabschiedung ihrer Etats stehen, die mit 100 Proz. balancieren. Sollen nun diese Gemeinden dem Regierungspräsidenten zu Liebe noch etwa 10 Proz. erheben, ohne gleichzeitig über die Verwendung der Mittel Beschluß fassen zu können? Das ist der springende Punkt. Der Etat für 1911 ist unabhängig von den durch den höheren Zuschlag aufkommenden Einnahmen festgestellt, und wozu die Einnahmen aus den 10 Proz. ver-

wendet werden, bleibt späterer Beschlußfassung vorbehalten. Würden die Mehreinnahmen der Verbesserung des Volksschulwesens, sozialen Zwecken, einer besseren Ausgestaltung des Armen- und Krankenwesens und dergleichen dienlich gemacht, dann wären wir Sozialdemokraten die ersten, die sich allem Verede von dem bedrohten Selbstverwaltungsrecht zum Trotz auf die Seite des Regierungspräsidenten stellen würden. Aber Steuern zu bewilligen, damit Geld aufgespeichert oder zur Tilgung von Anleihen verwendet wird, die doch zum größten Teil für werbende Zwecke aufgenommen und für deren Tilgung jetzt schon sehr strenge Bestimmungen festgesetzt sind, das kann man unmöglich gutheißen.

Es darf auch nicht übersehen werden, daß die in Aussicht gestellte Steuerreform vom 1. April nächsten Jahres ab den Gemeinden von selbst beträchtliche Mehreinnahmen bringen wird, die genau der Summe entsprechen, die durch die höheren Zuschläge auskommen soll. Heute dürfen die Gemeinden bekanntlich nur zu den Sätzen des Steuertarifs, nicht aber auch zu den staatlichen Zuschlägen ihrerseits Zuschläge erheben. Der Finanzminister trägt sich mit der Absicht, die Steuerföge um die vorübergehend bewilligten staatlichen Zuschläge zu erhöhen. Wird diese Absicht verwirklicht, dann haben aber nicht nur die Gemeinden mit einem Schläge höhere Einnahmen, sondern auch die Steuerzahler werden auf neue belastet. Nehmen wir als Beispiel einen Arbeiter mit 2000 M. Einkommen. Er zahlt jetzt in Groß-Berlin im allgemeinen an Staatssteuern 31 + 1,55; an Gemeindesteuern 31, zusammen also 63,55 M. Bei 110 Proz. Zuschlag würde sich diese Summe um 3,10 M. erhöhen. Vom 1. April 1912 ab hat er voraussichtlich 32,55 M. Staatssteuern zu zahlen. Hierzu kommen bei 100 Proz. Zuschlag noch 32,55 M. und bei 110 Proz. Zuschlag sogar 35,80 M. Gemeindesteuern. Er hätte also vom 1. April 1912 ab zusammen 68,35 M., das heißt etwa fünf Mark pro Jahr mehr zu zahlen als heute. Also so ganz unerheblich ist die Mehrbelastung denn doch nicht.

Die Frage, ob ein Arbeiter bei 2000 M. Einkommen ohne Schwierigkeiten noch 5 M. Steuern mehr zahlen kann, lasse ich unerörtert. Ich stehe mit Bernstein auf dem Standpunkt, daß die Arbeiter wissen, daß ohne gesunde Gemeindefinanzen keine gesunde Gemeindepolitik möglich ist und daß sie unbekümmert um die Opfer, die sie zu bringen haben, der Pflicht nachkommen werden, die ihnen aus den Grundsätzen der Sozialdemokratie in bezug auf das Steuerwesen erwächst. Aber die Arbeiter wollen nicht nur zahlen, sie verlangen auch eine Gegenleistung, sie verlangen, daß entsprechend der höheren Belastung auch mehr für ihre Klasse geschieht, und ob das bei der heutigen Zusammenfassung unserer Gemeindekörperschaften zu erwarten ist, diese Frage verneine ich. Die Arbeiter würden mehr Steuern zahlen, aber den Vorteil hätten nicht sie als Klasse, sondern ihre Gegner, möglicherweise die Hausbesitzer, die ihren ganzen Einfluß in den Gemeindekörperschaften einsetzen würden, um in demselben Verhältnis wie die Einnahmen aus der Einkommensteuer zunehmen, eine Ermäßigung der Grundsteuer zu erzielen.

Trotz alledem wäre es ein Fehler, wollten wir uns grundsätzlich dem Gedanken einer Erhöhung der kommunalen Zuschläge ablehnend gegenüberstellen. Die Gemeindevertretungen von Groß-Berlin sollten vielmehr im Interesse der ärmeren Gemeinden in freier Vereinbarung sich über gleichmäßige Zuschläge zu verständigen suchen. Das ist von sozialdemokratischer Seite wiederholt angeregt worden, und ich selbst habe erst jetzt wieder in der Zweckverbandskommission des Abgeordnetenhauses beantragt, daß in die Aufgaben des Zweckverbandes Groß-Berlin auch die Regelung des Steuerwesens einbezogen werden soll. Freilich hat der Antrag nicht die geringste Aussicht auf Annahme, und vielleicht ist er, wenn diese Zeilen im Druck erscheinen, bereits gegen meine

stengsten Mittel an; sie setzen z. B. einen Fischhändler, der die Preise seiner Ware in die Höhe schraubt, so lange ins Gefängnis, bis die Preise wieder billiger werden. Aber die Regierung der Städte hält sich selbst nicht immer frei von Spekulationen und der Magistrat von Athen kaufte z. B. eines Tages alles Blei in den Bergwerken von Laurium auf, um es zu einem dreifachen Preise an die Händler weiter zu veräußern.

„Die lustigen Ribungen“, die Operette von Aldeamus und Oskar Straus, die am Sonnabend im Theater des Westens einen freilich von Alt zu Alt gewaltig werdenden lauten äußeren Erfolg errungen hat, ist kein neues Werk, sondern wurde bereits vor mehreren Jahren in München nicht ohne Erfolg aufgeführt, ohne sich jedoch lange an dem Spielplan behaupten zu können. Es wird ihr auch hier in Berlin kaum besser ergehen, obwohl der Textdichter sich hier durch seine namentlich sprachlich ganz witzigen Satiren („Willis Verbeugung“ usw.) eine Anhängererschaft erworben hat. An und für sich muß ja heftigen Tages jeder Versuch, der eine Reform der Wiener „lustigen Witwe“-Operetten-Schablone bezweckt, willkommen gehen werden, und wenn es sich nun gar noch um die Travestie des Wagnerischen „Nibelungenringes“ handelt, so ist ein starkes Interesse von vornherein gesichert; aber der Textdichter hat sich dem doch seine so dankbare Aufgabe etwas zu leicht gemacht. Es ist schließlich für einen eingemachten witzigen Kopf kein Kunststück, die Hauptgestalten des „Ringes“, vor allem Brünhilde und Siegfried in Charakter und Handlungsart zu parodieren. Worauf es einem modernen Offenbach antommen müßte, nämlich die ganze Ring-Tragödie, namentlich auch deren ethische Seite zu parodieren und dabei doch heiter-harmlos zu bleiben, hierzu hat doch bei beiden Autoren die tiefer einsehende dramatische Scharfzüchtigkeit gefehlt. Aldeamus hat sich begnügt, den „Nibelungenring“ berlinerisch zu verballen: sein König Gunther ist ein feiges Mütterchen, das vor der preisgekrönten Ringkämpferin Brünhilde eine Heidenangst hat, Herr Siegfried von Niederland ist natürlich ein kolossal feudal-pyramidal-patenter Leutnant, der das Drachen-töten als Geschäft betreibt und der nur an einer unumkehrbaren und darum Kriemhild verborgen gehaltenen Stelle vertunbar ist. Ganz flach verhandelt die Operette schließlich im letzten Akt, wo sich die von Siegfried verlegte Brünhilde nur dadurch befähigen läßt, daß ihr der „starke Mann“ versprechen muß, ihre Liebessehnsucht zu stillen. ... Oskar Straus hat zwar nicht ohne Gefühl manche Motive der „Ring“-Partitur, so besonders das Siegfried-Motiv parodiert, aber diese seine eigentliche Aufgabe ist ihm nur Nebenbade, und er gelangt, in dem Bestreben, die Offenbachsche Parodiemannier mit seiner eigenen Note füllig zu vergarben, nur zu einem wenig glücklichen Mißgeschick; jedoch sind ihm auch in dieser Operette wieder einige Melodien recht vollständig frisch gelungen. An dem starken Erfolg hatte die glänzende Auf-führung den Löwenanteil; an Stelle des erkrankten Komponisten

Stimme abgelehnt. Aber das beweist nichts gegen seine Notwendigkeit.

Die Gemeindevertretungen Groß-Berlins sollten sich jedoch nicht mit einer einheitlichen Festsetzung des Zuschlages begnügen, sondern sie sollten auch gemeinsam dahin wirken, daß bei der bevorstehenden Reform des Einkommensteuergesetzes und des Kommunalabgabengesetzes die geringeren Einkommen entlastet werden. Nach dem geltenden Gesetz müssen die Gemeinden von allen Einkommen über 900 M. gleichmäßige Steuerzuschläge erheben, ein Zuschlag von 10 Proz. würde also auch die Ärmsten der Armen treffen. Ganz anders, wenn das steuerliche Existenzminimum auf 1500 M. erhöht oder wenn den Gemeinden wenigstens die Möglichkeit gegeben wird, Einkommen bis zu 1500 M. Zuschlagsteuerfrei zu lassen. Geschieht das, dann ist die Situation eine wesentlich andere als heute. Unter den jetzigen Umständen würde ein Zuschlag von 110 Proz. nicht nur für den Augenblick die geringeren Einkommen belasten, ohne daß die Mehreinnahmen der Arbeiterklasse zugute kämen, sondern es würde dadurch auch der Weg geebnet für eine noch weitere Belastung vom 1. April 1912 ab, und dazu sollten wir unsere Hand nicht bieten.

Paul Strösch.

Aus Industrie und Handel.

Landflucht.

Die Agrarier fordern Liebesgaben, damit ihr Familiensinn und ihre Liebe zum angestammten Herrscherhause nicht erschüttert werde. Dabei entrüsten sie sich über die Arbeiter, die der agrarischen Drangsalierung durch Flucht in die Stadt sich zu entziehen suchen. Die Landesfürsten behaupten allerdings, Vergnügungssucht sei das treibende Motiv bei der Landflucht. Für einen Teil der Flüchtlinge dürfte das zutreffen. Die „Tägl. Rundschau“ läßt nämlich folgendes Klagebild ertönen:

„Aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. wird berichtet, daß in letzter Zeit der Besitzwechsel beim bäuerlichen Grundbesitz bedenkliche Formen angenommen habe. ... Man geht dabei von der Erwägung aus, daß die bäuerlichen Besitzungen nicht etwa veräußert werden, weil die Not der Besitzer dazu zwingt, sondern weil die gestiegenen Bodenpreise den Verkauf verlockend erscheinen lassen. Die Ueberredungskünste der Güterschlichter tragen alsdann das Ihrige dazu bei, den Besitz loszuschlagen. Von der Treue an der Scholle ist im Bauernstande vielfach nicht mehr zu sprechen. Auch seine Mitglieder streben nach der Stadt — in der Regel zu ihrem Unglück!“

Ähnliche Klagen wie aus dem Regierungsbezirk Frankfurt a. O. haben uns auch aus den Bezirken Potsdam und Liegnitz erreicht; es erscheint aber nicht ausgeschlossen, daß die Güterschlichterei auch sonst in weiten Gebieten Deutschlands blüht.“

Die neuen Besitzer werden natürlich wieder über mangelnde Rentabilität klagen und neue Liebesgaben auf Kosten des darbenenden Volkes verlangen. Das nennt man — nationale Politik.

Ludwig Doewe u. Co. Der Gewinn aus dem letzten Geschäftsjahre beträgt 2 235 222 M. (i. V. 2 153 714 M.). Derselbe soll mit 858 229 M. (i. V. 780 710 M.) zu Abschreibungen und mit 1 200 000 Mark zur Zahlung einer Dividende von 16 Proz. (wie im Vorjahre) verwendet werden. Der Gewinnvortrag beläuft sich auf 62 148 M. (i. V. 63 764 M.).

Gelsenkirchener Bergwerks-A. G.

Einer der gewaltigsten Montanriesen, dessen Schwerkrieg zurzeit allerdings noch im Rohenbau liegt, ist die Gelsenkirchener Gesellschaft. Da ihre Brennmaterialienproduktion noch weit über den Verbrauch in den eigenen Werken hinausgeht, werden über kurz oder lang wohl noch Fusionen mit Ossenfelder die Reichthümer der Gesellschaft erweitern. Im Jahre 1910 erzielte sie einen Rohergebnis von 42 321 838 M. gegen 33 135 477 M. im Jahre vorher. Hinzu kommen für das letzte Jahr 1 219 671 M. Einnahmen aus Verteilungen. Nach Abziehung der üblichen Posten, sowie 12 700 000 M. für Abschreibungen (11,1 Mill. M.), verbleibt ein Reingewinn von 15 997 893 M. oder gegen das Vorjahr rund 3 Mill. M. mehr. Auf 130 Mill. M. Kapital werden 10 Proz. Dividende verteilt und auf 20 Mill. M. 6 Proz., zusammen 14 560 000 M.

dirigierte Kapellmeister Max Gabriel die nicht leichte Partitur mit Schwung und Temperament. A. N.

Theater.

Freie Volksbühne (im Neuen Schauspielhaus): „Agnes Bernauer“ von Friedrich Hebbel. Die romantische, nicht-dokumentarische wahre Liebesgeschichte zwischen einem Bayernherzog und der ehrjamen Frau Agnes der Bernauerin, nämlich der schönen Tochter (oder Wad) eines Augsburger Waders dieses Namens ist noch heute nach vierdreißig Jahrhunderten ziemlich lebendig. Volkserzählungen und Romane handeln von ihr; und wie viele Male der „Engel von Augsburg“ in Klüß- und Spelatal-sünden Ström' von Tränen hat fließen machen müssen, das läßt sich nicht mehr genau feststellen. Dramen ernsterer Gattung existieren eine ganze Anzahl. Sie alle haben Agnes als Märtyrerin verherrlicht, ihren Mord, vielleicht mit historischer Glaubwürdigkeit, als eine Tat der Rachsucht, des Patriotismus, oder des grausamen Ständeshochmuts hingestellt. Hebbel genügt das nicht. Bei ihm muß Agnes dem „Staatsinteresse“, richtiger dynastischen Interessen geopfert werden. Wenn wir die Monarchie als bestehende Staatsform hinnehmen, so hat Hebbel dem an sich simplen Stoff eine ungleich tiefere Auffassung und künstlerische Tragweite verliehen. So entstand eine fünfaktige Tragödie mit allem Drum und Dran einer „Staatsaktion“ großen Stils in ihren zwei letzten Aufzügen. Ob die hier von Hebbel mit persönlicher Betonung vorgetragene Philosophie vom mittelalterlichen Staat und der absoluten Pflicht der „Untertanen“, das ihnen auferlegte Gesetz zu respektieren, einem sozialistischen Publikum noch verständlich sei, mag unerörtert bleiben. Daß aber in den beiden Schlußakten mehr geredet als gehandelt wird: das darf unbeschadet der Bedeutung Hebbels denn doch gesagt werden. Aufgebote von geharnischten Ritters und Edlen mit Feldzeichen, Trompetenschmetter, Surrageschrei und Standarten sind nur einmal das Requisit dramatischer Historie. Die Schaulust profitiert dabei auf Kosten dessen, was echte Menschenbarmherzigkeit und wirkliche Kunst heißt. Ein zyklopisches Aufeinanderstürmen offenbart sich auch hier. Aber wenn wir auf Agnes hinstehen, so gelang es Hebbel diesmal ebenso wenig, das spezifisch weibliche Fühlen in seiner Urtiefe zu erfassen, wie bei einer der früheren Frauengestalten. Die Aufführung muß dessen ungeachtet verdienstlich genannt werden, hauptsächlich in feministischer und dekorativer Beziehung. Alles verrät hier den Stempel des Zeitgemäßen. Das Landchaftsmotiv ist geradezu von idealer Schönheit. Die weibliche Hauptrolle wurde von Margarete Keff gegeben. Sie machte ihr alle Ehre, wenn sie ihr auch weniger als Schauspielerin gerecht wurde. Dann sind Aurel Kowotny (Herzog Albrecht), Hans Siebert (Herzog Ernst), Erich Jiegel (Kanzler) und Franz Hertwig (Graf Lörzing) zu nennen. Daß die Wechselszenen der Staatsoberhäupter mit stärkster Lungentracht über die Bühne kollektierten, daß die geharnischten Ritter und Kriegsknechte ungeschlacht umherstolperten, das bringt das historische Drama so mit sich. A. N.

Kleines feuilleton.

Spekulanten im alten Griechenland. Dem Wirtschaftsleben des alten Griechenland, dessen klassische Blütezeit uns so gern als ein Muster idealer Kultur dargestellt wird, waren Spekulation und Wucher durchaus geläufige Begriffe. Das zeigt ein Aufsatz des französischen Gelehrten Jardé über antike Spekulationsgeschäfte in der Revue de Paris. In den Anfängen der griechischen Geschichte lag ein großer Teil des Handels, der in Hellas betrieben wurde, noch in den Händen der Kreter und Phönizier; aber bald lernten die Hellenen den fremden Handelsleuten alle ihre Schliche ab, wurden gewiegte Kaufleute und errichteten ihre Kontore ringsum an den Küsten des Mitteländischen Meeres. Und mit der Entfaltung und Hebung des Kaufmannsstandes begannen auch zugleich die Klagen über Spekulationen aller Art, über das in-die-Höhe-treiben der Preise, über den Verkauf mit falschen Gewichten. Am Hafen, der die Börde der antiken Welt wird, hört der Kaufmann die neuesten Neuigkeiten, kauft und verkauft die verschiedenartigsten Waren, lernt die Konjunktur kennen und seinen Vorteil wahrnehmen. Der Kapitalismus beginnt zu einer Macht zu werden; große Handelshäuser entstehen, die den Markt bestimmen. Sein Reichthum macht den Kaufmann zur angesehenen Persönlichkeit; der Großhändler Kephalos ist der Freund des Perikles, und sein Kredit ist unbeschränkt. Die Griechische Cleomenes, der von Alexander zum Gouverneur von Aegypten ernannt wird, organisiert dort den Getreidehandel im großen Stil; überall hat er seine Agenten und Filialen. Ein ausgebildeter Nachschichtdienst unterrichtet ihn über die Getreidepreise an den verschiedenen Plätzen; wenn eine Waage einzutreten droht, dann hält plötzlich irgend ein gelegener kommander Schiffbruch seine Schiffe von dem Markte fern; es tritt Mangel ein, und die Preise schnellen wieder in die Höhe. Ein Konjunktur von Großkaufleuten schließt sich zur Ausnutzung der Vergewerke von Sizilien zusammen, und dieser antike „Stahltrupp“ verdient mit seinen geschickten Spekulationen 200 Prozent. Als der weise Thales von Milet eine gute Olivenernte voraussieht, da pachtet er alle Acker im Lande, die zur Bereitung des Olivens dienen und diktiert dann die Preise für diese dem antiken Menschen so notwendige Flüssigkeit. Der gerissene Wuchthändler, in dem Kriophanes eine Karikatur solcher struppeliger Spekulanten entwirft, kauft nebenbei alle Sardinen auf. Diese wucherischen Manipulationen werden zu einer ersten Gefahr für das Volkswohl, wenn sie sich auf zum Leben unbedingt notwendige Nahrungsmittel erstrecken. Die Redner wenden sich dagegen, und Platon fordert z. B. die Todesstrafe für diejenigen, die im schönsten Frieden ihren Mitbürgern alle Rote und Kengite einer Blodade auferlegen. Die Städte ernennen besonders Beamte, die dafür sorgen sollen, daß die Lebensmittel wohlfeil bleiben. Diese Beamten werden nun die

Im vergangenen Jahre wurden nur 11,7 Mill. M. verteilt. Als Verteilungen bei anderen Gesellschaften werden 29 100 064 Mark ausgewiesen. Die Gesamtausgaben für Neuanlagen in 1910 betragen 31 682 634 M. Die Bergwerksanlagen stehen mit 129,3 (125,6) Mill. M. zu Buche, der Kohener Hüttenverein mit 67,4 (62,6) Mill. M., darunter die Wolf-Emil-Hütte 54 mit 12,9 und die Hochofenanlage 54 mit 13,4 Mill. M., ferner der Schaller Gruben- und Hütten-Verein mit 23,2 (21,2) Mill. M., die gesamten Anlagen mit 222,4 (202,9) Mill. M. Die Förderung betrug 8 489 800 (8 203 500) Tonnen, die Durchschnittsergebnisse je Tonne 8,792 (8,879) M., der Arbeitslohn je Tonne geförderter Kohle 5,416 (5,374) M. und die Arbeitsleistung je Schicht 0,895 (0,893) Tonne. Die Durchschnittsverkaufspreise je Tonne stellten sich auf 10,59 (10,76) M., der Durchschnittslohn aller Arbeiter je Schicht auf 4,81 (4,79) M. und die Jahreslohnsumme eines Arbeiters auf 1495 (1448) M. Es betrug auf sämtlichen Anlagen im Jahre 1910 die Zahl der Arbeiter 45 640 (44 589), die Zahl der Beamten 1941 (1890), der gezahlte Arbeitslohn 68 710 268 (65 050 285) M., die Förderung an Kohlen 8 489 800 (8 203 500) Tonnen, die Herstellung an Roheisen 1 971 290 (1 926 534) Tonnen, die Herstellung an Dreistück 1 655 522 (1 633 612) Tonnen, die Förderung an Erzen 2 165 128 (1 971 588) Tonnen, die Herstellung an Roheisen 1 025 885 (894 149) Tonnen, die Herstellung an Roheisen 545 453 (502 050) Tonnen, die Herstellung an Walzprodukten 453 768 (416 853) Tonnen und die Herstellung an Gießereierzeugnissen 109 708 (101 940) Tonnen.

Es entfallen auf den Kopf der Beschäftigten Arbeiter:

	1909	1910
Rohgewinn	836	954
Reingewinn	292	350
Abschreibung	249	280
Dividende	283	319

Die Arbeiter haben nur einen kleinen Teil von den erhöhten Gewinnen erhalten, den Löwenanteil stecken die Aktionäre ein.

Dem Truss-Theater. Wie aus Cleveland gemeldet wird, hat die Regierung beim Senat beantragt, daß der National Electric Lamp Company verboten wird, auf Grund ihres Besitzes an Aktien von über 30 Gesellschaften, die sie erworben hat und kontrollieren soll, durch ihre Stimme Entscheidungen herbeizuführen oder von diesen Gesellschaften Dividenden zu empfangen, ferner daß der General Electric Company, die, wie die Regierung behauptet, die Holding Company beherrscht, verboten wird, ihren Aktienbesitz in dieser Company auszuweiten und daß den angegliederten Gesellschaften verboten werden soll, eine Kontrolle über die fremden Patente auszuüben oder sie zu benutzen. In dem Antrage der Regierung wird ferner erklärt, daß die Angehörigen der deutschen Patente für Glühlampen angekauft haben und daß deutsche Fabriken nicht verkaufen wollen, wofür nicht die Käufer einwilligen, auch Kohlenadentlampen zu kaufen, sowie ferner, daß die Kombination noch in anderer Weise bei der Verschärfung des Handels vorgegangen sei mit dem Ergebnis, daß gewisse Lampen in den Vereinigten Staaten 17 Cents kosteten, während sie im Auslande für 10 Cents verkauft würden, endlich, daß die Kombination 97 Proz. aller Lampen in den Vereinigten Staaten verkauft.

Amerika in Deutschland.

Während sich die niederländischen Petroleummächte, wie der „Gorontalo“ vor einigen Tagen schon berichtete, zum Kampfe gegen den Standard-Oil-Trust vorbereiten, müssen die Oesterreicher auf dem deutschen Markte Schritt um Schritt vor den Amerikanern zurückweichen. Alle Propaganda der deutschen Klein- und Mittelhändler, und andere Versuche, das Vordringen des amerikanischen Trusspetroleums in Deutschland aufzuhalten, hat nicht verhindern können, daß 1910 der Anteil Oesterreich-Ungarns an der Einfuhr von Leuchtpetroleum wieder zurückgegangen ist. Eine Zusammenstellung des Imports nach den wichtigsten Länderanteilen getrennt, zeigt für die letztvergangenen Jahre das folgende Bild:

Herkunftsland	1910	1909	1908	1907
Oesterreich-Ungarn	124 663	131 181	131 033	81 905
Rumänien	42 240	31 480	8 750	25 698
Rußland	35 067	41 403	45 180	66 196
Ver. Staaten v. Amerika	787 105	744 749	828 650	813 828
Gesamteinfuhr	989 335	952 335	1 016 331	994 414

Besonders beachtlich erscheint, daß die unabhängige Oesterreichische Petroleumindustrie ihre Einfuhr nach Deutschland, die von 1907 zu 1908 stark in die Höhe schnellte, nicht zu halten vermocht hat.

Die rumänischen Petroleumlieferungen zeigen eine besonders beachtliche Steigerung. Dies ist aus dem Grunde interessant, weil in Rumänien die Petroleuminteressen der Deutschen Bank — Steara Romana und Deutsche Petroleum-Mitengesellschaft — liegen. Die Deutsche Bank gehört mit ihrem Petroleum-eigentum der Europäischen Union an, zu der noch die bedeutendsten russischen Petroleumproduzenten gehören. In England kämpft die europäische Petroleumunion Schalter an Schalter mit dem holländisch-englischen Konzern, der scharf gegen die Amerikaner vorgeht; in Deutschland hat sie dagegen schon vor Jahren mit dem amerikanischen Öltrust Vereinbarungen getroffen. Im Zusammenhang steht die stark gestiegene rumänische Einfuhr an Petroleum.

Mit dem Januar 1911 sind die Detailistenverträge fällig, welche die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft vor zwei Jahren gleich für diese ganze Zeit mit seinen Wöchenern festlegte. Es bleibt abzuwarten, ob bei Ablauf dieser Abmachungen die unabhängige Petroleumindustrie wieder auf dem deutschen Markte Fortschritte macht.

Aus der Frauenbewegung.

Frauenarbeit.

In den letzten Monaten hatte es den Anschein, als habe das Eindringen der weiblichen Arbeitskraft in die gewerbliche Tätigkeit ein stilleres Tempo angenommen. Augenscheinlich war die Zunahme der männlichen Arbeitskräfte wieder auch relativ über die der weiblichen gewesen. Man glaubte das als Folge besserer Wirtschaftskonditionen ansprechen zu können. Weil die Erwerbsverhältnisse sich bessern, die Unternehmer wieder stärker den höher bezahlten Arbeiter in Anspruch nehmen, treten viele Frauen, die an die Stelle des arbeitslos gewordenen Mannes den Unterhalt der Familie erwerben mußten, wieder von der Erwerbsarbeit zurück!

So dachte man. Die Bewegung des Mitgliederstandes der Krankenkassen im Januar läßt eine solche Schlussfolgerung nicht zu. Oder man müßte dann auch annehmen, daß wieder ein starker wirtschaftlicher Rückschlag eingetreten sei. Der Monat Januar brachte nämlich eine erhebliche Abnahme der Zahl der männlichen Mitglieder, bei einem starken Anstiegen des Anteils der Frauen am Gesamtbestande. Während die Zahl der männlichen Mitglieder vom 1. Januar bis 1. Februar um 14 985 auf 3 454 032 sank, erhöhte sich die der weiblichen Mitglieder um 8925 auf 1 716 532. Sonach gehören 1/3 der Mitglieder dem weiblichen Geschlechte an. Seit 1904 ist dessen prozentualer Anteil von 29,1 auf 32,2 Proz. gestiegen. Die Veränderung zeigt die Tendenz! Und alle Anzeichen sprechen dafür, daß das Eindringen der weiblichen Arbeitskraft in die Güterproduktion, in den Gewerbebetrieb noch längst nicht abgeschlossen ist. Daraus ergeben sich soziale und politische Konsequenzen, die dauernd kein individueller Egoismus verhindern kann. Dieser verzweigt dem weiblichen Geschlechte, das alle Lasten der Gesetzgebung trägt, alle Pflichten des Staatsbürgerrechtes zu erfüllen hat, mit fanatischer Hartnäckigkeit die politische Gleichberechtigung. Das ist ein unhalt-

barer Zustand. Ihm muß ein Ende bereitet werden. Die Frau hat auf dem Plane zu erscheinen, sie hat das Wahlrecht zu fordern, sie muß es fordern, und sie darf kein nur irgend gesetzlich und moralisch anwendbares Mittel verschmähen, um der Regierung, um der herrschenden Sippe das ihr so lange räuberisch vorenthalte Reich abzutrotzen.

Die Frauen der Staatsarbeiter.

„Wir müssen unsere Frauen bewahren, die mit solchen Löhnen auskommen,“ rief ein Arbeiter in einer kirchlich in der „Neuen Welt“ abgehaltenen Versammlung der Eisenbahnhandwerker und Arbeiter von Berlin und Umgebung. Daß der Redner mit diesen paar Worten die Lage blühend beleuchtet hatte, bewies die Haltung der Anwesenden. Ein einziger Schrei aus sechshundert Reihen, ein Schrei des Grimmes und der Zustimmung, war die Antwort, die hier elementar zum Ausdruck kam. Tatsächlich müssen denn auch die Frauen und Mütter wahre Finanzgenies sein, die bei einem Stundenlohn des Mannes von sage und schreibe 20 bis 28 Pf. (der Höchstlohn von 4 M. pro Tag wird erst nach 16jähriger Tätigkeit erreicht) es verstehen, ihre Lebensbedürfnisse zu bestreiten. Wer die herrschenden Lebensmittel- und Mietpreise in Betracht zieht, wozu noch eine Unmenge anderer Ausgaben wie Steuer, Melder, Versicherungsabgabe, Fahrgehd usw. kommen, der muß sich wirklich wundern, daß eine oft mehrköpfige Familie dabei existieren kann, dazu in einer Zeit, wo es Haushalte gibt, die mit 18 Millionen Mark im Jahre nicht mehr die gewohnten Bedürfnisse bestreiten können. Der Landtagsabgeordnete Runge, der hingelommen war und glaubte, die Versammlung mit ein paar salbungsvollen Phrasen beschwichtigen zu können, bekam die Entblätterung dieser nicht „sozialdemokratisch verheißten“ Staatsarbeiter zu spüren, und mußte sich zu Versprechungen verstehen. „Wir haben genug gehungert!“ Wie schön paßt dieser elementare Schrei der patriotischen Staatsarbeiterfamilien Preußens zu dem prächtigen Wort des gelehrten Wälwils: „Preußen in Deutschland, Deutschland in der Welt voran!“ Daß viele Frauen mit zum Unterhalt beitragen müssen und sich nicht die „Nationalheilige Luise“, „den preußischen Engel“, zum Vorbild nehmen können, ist selbstverständlich. Das traurigste an der Sache aber ist der Umstand, daß gerade hier infolge erbärmlicher Hungerlöhne die Kinderarbeit gequält wird. Es wurde gar kein Hehl daraus gemacht, daß die bedauernswerten Weibern mit zuzurechnen müssen, wenn das Einkommen auch nur zum Allernotwendigsten reichen soll. Die Sozialdemokratie bekämpft die Kinderarbeit als einen Schandfleck der Kultur, der Vater Staat aber züchtet sie förmlich! Und die Mehrheit im Reichsparlament und im Reichstag mißbraucht ihre Macht, um das Volk zu plündern, sich die Taschen zu füllen, die weil die Armut sich in Hungerkämpfen windet und Tausende von Arbeiterfamilien buchstäblich darben müssen. Immerhin, die Saat, die die Reaktion sät, schlägt kräftig Wurzeln — die Früchte ernten wir! Darüber lieh auch die Versammlung keinen Zweifel. Und wie gewöhnlich, geht auch hier die Rebellion in erster Linie von den Frauen aus. Sind sie es doch, die unter dem Fiend doppelt und dreifach zu leiden haben, als Hausfrau, als Mutter und Verdiennerin. Die Frau muß rechnen und sich den Kopf zerbrechen, wie sie mit dem horrenden Lohn des Mannes von 14 bis 24 M. die Woche auskommen soll. Sie muß die Wirtschaft führen, muß selbst angestrengt mitmachen und nicht zuletzt mitansehen, wie ihren armen, unterernährten Kindern der päpstliche Sonnenschein der Jugend geraubt wird, indem auch sie ihre schwachen Kräfte im Gelderwerb erproben müssen. All das sind Momente, so aufreizend, so empörend, daß sie selbst die den rücksichtslossten Proletarierinnen die Milch frommer Denkart in gärenden Trübsal verdammen muß. Und hier ist auch der Punkt, wo die sozialistische Auffklärung einsetzen kann. Sie, die das schreiende Unrecht der heutigen Wirtschaftslage am eigenen Leibe in schmerzlicher Weise fühlen, sie müssen von der fruchtlosen Erbitterung zur Tat gelangen. Nur der Kampf gegen die Freidemter und Brotwucherer, gegen die gesamte Reaktion kann zum Ziele führen. Die Frau muß das treibende Element in diesem Kampfe sein. Sie muß den Mann unterstützen und anfeuern, ihn an seine Pflichten bei den Wahlen erinnern, sie muß ihre Kinder im Geiste einer neuen befreienden Weltanschauung, des Sozialismus erziehen. Die Proletarierfrau muß mitwirken an der Erziehung der Volksschule, muß vor allem helfen, die Rechte ihres eigenen Geschlechts zu erringen. Diesen Willen wirkungsvoll zum Ausdruck zu bringen, bietet sich gerade in nächster Zeit Gelegenheit. Die sozialistischen Frauen Deutschlands und Oesterreichs rufen zu einer imposanten Kundgebung. Herrchau und Massenprotest zugleich soll der am 10. d. M. stattfindende Frauentag sein.

Soziales.

Idyllische Wohnungsverhältnisse.

Vor zirka drei Jahren brachte die Dorfunder „Arbeiterzeitung“ einen Artikel, in dem sie die Kolonie Raddob mit einer Wohnstätte für gewisse Hausierer bezeichnete. Die Verwaltung von Jech Raddob (Herr Andree) fühlte sich hierdurch beleidigt und strengte Klage an. Mehr wie 14 Tage beschäftigte sich das Gericht mit dieser Sache. Weil über hundert Zeugen gaben unter ihrem Eid ein geradezu trostloses Bild von den Wohnstätten dieser Kolonie. Die von der Jech benannten Sachverständigen, darunter auch der Stadtsaurat Kraft aus Hamm, bezeichneten die von den Jungen vorgebrachten Missethate als übertrieben. Soweit aber Rasse vorhanden sei, sei es Banfruchtigkeit, oder von den Bewohnern selbst verschuldet, weil sie nicht genügend geheizt oder nicht genug gelüftet hätten. Wie immer, wenn wir das Kind beim rechten Namen nennen, so wurde auch hier der Redakteur der „Arbeiterzeitung“ bestraft. 500 Mark Strafe und die nicht unerheblichen Gerichtskosten mußte die „Arbeiterzeitung“ auf sich nehmen, trotzdem Professor Sommerfeld, der die Kolonie selber in Augenschein genommen, ein geradezu vernichtendes Urteil über die Wohnstätten der Kolonie Raddob fällt.

Daß dies Gerichtsurteil die Verwaltung von Raddob nicht veranlaßte, irgendwelche Verbesserungen an den bereits bewohnten Häusern vorzunehmen, verzieht sich eigentlich von selber. Nach dieser Zeit hat man bereits wieder einige hundert neue Häuser gebaut. Doch der alten Baumethode in einen Kampf. Nicht kanalisiert, keinen Graben gemorfen, keinen Weg gebaut. In den ersten Tagen im März sah es von weitem aus, als wenn diese Häuser im Meer ständen. Diesen Winter hat man wieder zirka 100 Häuser gebaut, die bereits alle bewohnt sind, weil Privatwohnungen für Geld und gute Worte nicht zu haben sind.

Einer, der der Kolonie Ende Februar einen Besuch abstattete, schreibt hierüber:

Direkt an der Jech bog ich in die Hohenbockerstraße, die zwar recht holprig war, immerhin konnte man sich hier noch mit Schuhen angetan vorwärts bewegen, ohne direkt Gefahr zu laufen, daß das Schuhzeug im Dreck stecken blieb. Kaum war ich diese Straße fünf Minuten entlang gegangen, da stand ich vor einem großen Schlammteich, aus dem zirka 100 Ein- und Zweifamilienhäuser empor ragten. Daß in diesen Häusern Leute wohnten, bemerkte ich erst, als ich in die Häuser eintrat. Gardinen, auch die primitivsten, sah man an keinem einzigen Fenster. Die Häuser bestanden aus drei und sechs Zimmern im Erdgeschoß und einem und zwei Bodenzimmern, die nur zum Wäschetrocknen benutzt werden können. Ein kleiner Stall und Keller ist unmittelbar an die Wohnung gebaut. Trotzdem die Keller in derselben Höhe wie die Wohnungen liegen, fand ich doch, daß in mehreren Stellen Wasser stand. In einigen Häusern waren Schilder angebracht, die darauf schließen ließen, daß man beschäftigt, hier Straßen anzulegen. Unter anderem sah man auch ein Schild Gießstraße. Hier und dort ragte auch ein Häuschen Schutt aus dem Schlamm. Diese, so sagen die Leute, erhoben am Abend die Gefahren. Gardinen verkaufen in einigen Wägen an den Fenstern.

In den Erdgeschoßwohnungen, die alle aus drei Zimmern bestehen, wurde in zwei Zimmern geheizt. Trotzdem war es bei der milden Witterung nicht besonders gemächlich in den Zimmern. Zu bemerken ist hierbei, daß man sich über Proprietät und Lüftung

nicht zu beklagen brauchte. Hierauf legten die Leute, in deren Häusern ich war und von denen ich sprach, einen großen Wert. Die meisten dieser Familien wohnen erst seit zwei, drei und vier Monaten auf der Kolonie. Von den Frauen hörte man nur eine Stimme: Ach wären wir doch nicht nach hier gekommen, oder wären wir erst wieder von hier fort. Die Weibern standen einen halben Meter von der Wand fort, und doch war das Heizung und die Matratzen der Häulnis anheim gefallen. Ohne Aufforderung gewährten mir die Leute einen Blick in den Kleiderkasten, wo die schönen Sonntagskleider mit Schimmel bedeckt waren. Den Frauen kamen hierbei die Tränen in den Augen. Man hat Tag und Nacht gearbeitet, um sich des Sonntags auch mal sehen lassen zu können, und nun werden einem die Sachen im Schrank faul. So und ähnlich hörte man in fast allen Häusern die Frauen sagen. Die Männer erzählten, wenn wir des Abends um 11 Uhr von der Arbeit kommen, dann sitzen wir oft bis an den Anien im Schlamm und Wasser und wissen nicht, wie wir nach Haus kommen sollen. Die Schule liegt zirka eine Viertelstunde von diesen Häusern entfernt.

In einem Hause traf Schreiber dieses in der Familie zwei Mädchen im Alter von acht und elf Jahren. Auf meine Frage, wie denn die Kinder zur Schule kämen, erzählte die Älteste: wir haben jeden Tag, mit Ausnahme von Mittwoch und Samstag zweimal Schule, wer nicht da ist, wird bestraft. Wir sitzen während der ganzen Schulzeit mit nassen Füßen in der Schule.

Der Vater warf da ein, für den Mittag bekommen die Kinder eine Butterkulle mit und bleiben dann während der Mittagszeit (1½ Stunde) in der Schule. In der Schule? Nein, antwortete das Mädchen, da jagt man uns heraus. In den 1½ bis 2 Stunden während der Mittagspause müssen wir uns draußen im Freien die Zeit vertreiben. Wenn es regnet, dann dürfen wir in den Schulsturz gehen, dieser wird aber nicht einmal geheizt. Als Schreiber die Kolonie verlassen, da sahen seine langen Stiefel aus, als wenn er den ganzen Tag Gräben ausgeworfen hätte. Schlimmer ist es doch in Oshelien auf diesem Gebiete auch nicht? Ob auf Raddob immer noch alles in besser Ordnung ist? Der Schnappschaffmeister auf dieser Kolonie hat in der ganzen Umgebung die meisten Kranken in der Liste. Genau so geht es mit den Frauen und Kindern.

Gerichts-Zeitung.

Die gehegte Zeitungsfrau oder die „feste Handelsstelle“.

In der Invalidenstraße an der Ecke der Chausseestraße betreibt die Händlerin Alara Fuchs den Verkauf von Zeitungen. Sie tut das in der Weise, wie man es bei allen Berliner Zeitungshändlern beobachten kann. Mit einem Pack Zeitungen im Arm geht Frau Fuchs eine kurze Strecke, vielleicht ein paar Häuser weit, hin und her und bedient in dieser Weise ihre Kunden. So hat die jetzt 63jährige Frau den Straßenhandel mit Zeitungen seit 10 Jahren, ungestört durch die Polizei und ohne daß sie eine Anzeige erhalten hat, betrieben. Erst in allerneuer Zeit fiel es der Polizei ein, anzunehmen, daß die Zeitungsfrau, die sich mit ihrer Ware in ständiger Bewegung befindet, eine „feste Handelsstelle“ einnimmt und dadurch gegen die Polizeiverordnung verstößt. Frau Fuchs wurde durch die Polizeibeamten des Reviers, besonders durch den Wachmeister Fleischmann, scharf beobachtet. Eine Flut von Strafanzeigen war die Folge dieser polizeilichen Tätigkeit. Doch das Schöffengericht hatte über den Begriff „feste Handelsstelle“ andere und zwar zutreffendere Ansichten wie die Polizei. In neun Fällen, die kürzlich unter Anklage standen, wurde Frau Fuchs freigesprochen, weil das Schöffengericht in dem Hin- und Hergehen nicht das Einnehmen einer festen Handelsstelle erblickte. Die Staatsanwaltschaft legte gegen alle freigesprochenen Urteile Berufung ein. So kam die Angelegenheit am Montag zur Verhandlung vor der 8. Strafkammer.

Hier erfahre man durch die Aussage des Polizeiwachmeisters Fleischmann, daß schon wieder 40 bis 50 neue Anzeigen gegen Frau Fuchs erstattet sind, so daß also ebensovielen Strafverfahren gegen sie schweben. — „Aber“ — bemerkte hierzu der Vorsitzende des Gerichts — „wohin soll denn das führen? Läßt sich denn das gar nicht in anderer Weise regeln?“ Wachmeister Fleischmann meinte, in anderer Weise ginge das nicht. Nach einem Urteil des Kammergerichts sei die Auffassung der Polizei zutreffend, Frau Fuchs lasse sich aber nicht bewegen, ihre „feste Handelsstelle“ aufzugeben. — Das polizeiliche Vorgehen gegen Frau Fuchs erregte auch am Richterliche Verwunderung. Ein Richter meinte, so wie die Angeklagte betreiben doch, wie man täglich sehen kann, alle Zeitungshändler ihr Gewerbe. „Ja“ — sagte Polizeiwachmeister Fleischmann — „in dem einen Revier geht man gegen den Straßenhandel vor und in dem anderen Revier tut man gar nichts. Zulässig ist es nicht, so zu handeln.“ — Wachmeister Fleischmann ist jedenfalls sehr scharf gegen den Straßenhandel, wenigstens aber gegen Frau Fuchs vorgegangen, denn, wie auch im Laufe der Verhandlung erwähnt wurde, hat aus Anlaß des Vorgehens gegen Frau Fuchs sowohl gegen diese wie gegen den Wachmeister Fleischmann ein Verfahren wegen Körperverletzung geschwebt, auch hat Frau Fuchs eine Schadenersatzklage gegen Fleischmann anhängig gemacht.

Gegenüber dem Staatsanwalt, der die polizeiliche Auffassung über die „feste Handelsstelle“ vertrat, führte Rechtsanwalt Theodor Viehnecht aus, daß der Straßenhandel mit Zeitungen seiner Natur nach und mit Rücksicht auf die Käufer gar nicht anders betrieben werden könne als so, wie es die Angeklagte tat und wie es alle Zeitungshändler tun, und daß jemand, der sich unausgesetzt hin- und herbewegt, unmöglich eine feste Handelsstelle einnimmt.

Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt der Polizei. Es hob die freisprechenden Urteile auf und verurteilte die Angeklagte für jeden Fall der Uebertretung zu je 1 M. mit der Begründung, die Angeklagte sei zwar hin- und hergegangen, doch nur auf dem verhältnismäßig engen Raum von ein oder zwei Häusern; sie sei immer wieder auf ihren ursprünglichen Standort zurückgekehrt, habe also eine feste Handelsstelle eingenommen.

Dem Valenverstande wird es ein Rätsel bleiben, daß jemand, der sich hin- und herbewegt, einen festen Standpunkt einnimmt. Die Polizei aber hätte doch wichtigere Aufgaben zu lösen, als armen Händlern auf solche Weise das Leben schwer zu machen. Der Erfolg von Polizeiverordnungen, die derartige Resultate zeitigen, sollte in einem Kulturland unmöglich sein.

Erziehung Jugendlicher zu Polizeivigilanten und Lockpfeile.

An die schlimmsten Laten polizeilicher Lockpfeile erinnert ein Prozeß, der am letzten Sonnabend vor der Strafkammer in Posen stattfand. Dort hatte sich ein Arbeiter Franz Michalek wegen versuchten Einbruchdiebstahls zu verantworten. Nach der Darstellung des Angeklagten und eines jungen Wrobel wollte Michalek, da er arbeitslos war, am 27. November vorigen Jahres nach Weiskalen reisen. Er traf den ihm bekannten Wrobel und beide gingen in ein Lokal, in dem sie ein Glas Bier tranken. Bald gestellte sich hier zu ihnen ein dritter Mann, den sie nicht kannten. Spät in der Nacht gingen nun die drei nach der Bäckerstraße und der Dritte blieb vor einer Haustür stehen. Wrobel drückte auf die nur eingeschlossene Tür, und als diese aufging führten einige Kriminalbeamte heraus und verhafteten Michalek und Wrobel wegen versuchten schweren Einbruchdiebstahls, während sie den Schmiere stehenden Dritten unbedenklich ließen. Wrobel war schon früher deswegen abgeurteilt worden.

W. gab nun an, daß ihm jede Abficht eines solchen Verbrechens gefehlt habe, und er nur von dem Dritten dazu animiert worden

sel. Dasselbe bezeugte auch Wrobel. In dieser Angelegenheit hatten bereits drei Verhandlungen stattgefunden, bei denen der Hofener Polizeipräsident die von dem Angeklagten beantragte Vernehmung des Dritten, von dem die Polizei angab, von ihm von dem Vorhaben der beiden erfahren zu haben, unter Berufung auf das Dienstgeheimnis verweigerte. Zur jetzigen Verhandlung war die Genehmigung erteilt und ein siebenjähriger Stefan Brzeczowski stellte sich dem Gericht vor. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er M. zum Einbruch überredet habe, verweigerte er die Antwort, gibt aber auf energisches Befragen des Verteidigers, Rechtsanwalt Wod, zu, daß er sich oft vom Polizeipräsidenten Geld geholt habe, und zwar hätten ihm dieses die Kriminalbeamten Wiesenhüter und der Kommissar Wolbenhauer verabfolgt. Auch habe man ihm einmal das Reisegeld nach Berlin gegeben. Auch sonst habe er mehrfach der Polizei Anzeigen erstattet und dafür Geld erhalten. Eine Wohnung habe er nicht gehabt, sondern sich des Nachts auf den Straßen, in Kellern und Kneipen herumgetrieben. Die Polizei habe ihn später eine Stelle als Kellner verschaffen wollen. Vor dem verurteilten Einbruch habe er Wrobel einen Dietrich in die Hand gegeben. Er gibt an, diesen von dem Angeklagten M. erhalten zu haben. Als M. dieses jedoch lebhaft bestritt, beauftragte der Vigilant, daß er ihn von einem Schlosserlehrling habe. Der Zeuge wurde vereidigt. Der anwesende Polizeibeamte jagte aus, daß dem Brzeczowski wiederholt Geld gegeben worden sei, aber nur als Geschenk, weil er ohne Arbeit war.

Der Staatsanwalt beantragte gegen M. 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der Verteidiger ersuchte um Freisprechung und bestonte, daß statt des jetzigen Angeklagten der siebenjährige Polizeivigilant auf die Anklagebank gehöre. Das Gericht nahm milde Umstände an und verurteilte Brzeczowski zu 9 Monaten Gefängnis.

Die Aussage des Stiefbruders beweist, daß die Polizei die Not oder Arbeitslosigkeit eines jugendlichen Menschen gegen Entgelt benutzt hat, und daß die von dem Affordarbeiter der Polizei geleisteten Dienste lediglich in Vigilanten- und Postspieldiensten bestanden. Eine förmliche Gesellschaftsordnung: Arbeiter-Jugendvereine mit hohen sittlichen und kulturellen Tendenzen werden aufgelöst und unter Auflage gestellt, und für die schmutzigsten Dienste eines jugendlichen, die ihn unrettbar dem schwersten Verbrechen in die Arme treiben, verwendet die Polizei die Steuergrößen. Wird der Spindel und seine Auftraggeberin ohne Anklage bleiben?

Einer der 25 schwedischen A. D. Weberprozesse
reichsweite gestern nach schon einmaliger Verurteilung nochmals das Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats Wollner. Als Kläger trat H. D. Weber, vertreten von Rechtsanwältin Wahn gegen den dramatischen Redakteur der „Wahrheit“ Otto Weber auf, der von Rechtsanwältin Dr. Puppe verteidigt wurde. Gegenstand der Anklage bildete ein in Nr. 38 der „Wahrheit“ am 8. September v. J. unter der Spitzmarke „A. D. Weber und die Tagespresse“ erschienener Artikel. In diesem wird das Verhalten des Klägers während des Allensteiner Prozesses in Beziehung auf die vom „Weberhaufe“ erlassenen Inzerats einer scharfen und zum Teil formell beleidigenden Kritik unterzogen. Es wird unter anderem gesagt, daß der Kläger seine Verbindung mit der Frau von Schönbeck und dem Allensteiner Prozeß ausschloß und sich und seine Werke Rufname zu machen. Der Kläger wird ferner als ein völlig „brüderlicher Charakter“ bezeichnet, auch wird ihm „bodenlose Unerschämtheit“ vorgeworfen. Die Verhandlung, in welcher auch das Privatkläger nicht günstige kammergerichtliche Urteil in dem Vermögensverwaltungs-Streite berufen wurde, endete mit der Verurteilung des Angeklagten nur wegen formaler Beleidigung (§ 185) zu 60 M. Geldstrafe oder 14 Tagen Gefängnis. Der Vorsitzende verurteilte ferner, daß das Gericht eine Verurteilung auch aus § 186 nicht für angängig erachtet habe. Das Gericht erachtete es für dazugehörig, daß für die Worte des Klägers zur Zeit des Allensteiner Prozesses tatsächlich eine erhebliche Rufschädigung gemacht worden ist und hat ein gewisses Verschulden des Klägers darin erkannt, daß er, wenn er so außerordentlichen Wert auf eine völlig weiche legt, gerade in jener kritischen Zeit, wo seine Ehefrau unter dem furchtbaren Verdacht des Nordsee stand, diese Rufschädigung nicht verhindert hat. Im übrigen hat das Gericht unter Würdigung der Gründe des Kammergerichts die Art und Weise, wie Kläger die Gelder seiner Frau verwendet hat, nicht als zu Ungunsten des Angeklagten erachtet. Bei der Strafmaßung ist berücksichtigt worden, daß tatsächlich in weiten Kreisen der Bevölkerung das Verhalten des Klägers verurteilt worden ist. Aus diesem Grunde hat das Gericht eine erhebliche Strafe nicht für angezeigt erachtet.

Gegen des Schuhmanns Majestät beim Streifenpostenstehen.
Während des Streiks der Straßenbahnangehörigen wurde Arbeiter aus der Gegend eines Straßenbahndepots polizeilich weggeschieben. Er kam aber wieder und wurde deshalb später in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er der Vorschrift der Straßen-Polizeiverordnung, wonach auf öffentlichen Straßen den dem Verkehre dienenden Anordnungen von Polizeibeamten Folge zu leisten ist, zuwider gehandelt habe. Das Kammergericht hob diese Tage das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht mit folgender Begründung zurück: Derartige Verbordnungen können sich nur auf rechtlich-öffentliche Straßen beziehen, nicht auf Privatstraßen, über die sich nur tatsächlich ein öffentlicher Verkehr bewege. Da das Landgericht nicht festgestellt habe, daß es sich hier um eine rechtlich-öffentliche Straße handelte, so müsse es dies nachprüfen. — Andererseits sei aber auch noch nicht genügend festgestellt, ob es sich wirklich um eine Aufforderung zur Erhaltung der Sicherheit des öffentlichen Verkehrs handele. Denn vorläufig siehe nur seit, daß der Beamte gesagt habe: „Da ist Streik, da kann ich Sie nicht stehen lassen.“ Wenn der Beamte nur der allgemeinen Meinung war, es dürfe niemand stehen, so gestreikt werde, dann wäre seine Aufforderung noch keine zur Erhaltung der Sicherheit des Verkehrs. Auch das müsse noch näher nachgeprüft werden. —

Saftung für Fahrstuhlunfälle.
Infolge eines Fahrstuhlunfalles sind unlängst die Norddeutschen Eiswerke zu Rummelsburg bei Berlin zur Schadloshaltung des Verunglückten verurteilt worden. Die Beklagte hatte an eine Firma Rührströme vermietet, an deren Rührseite sich ein Fahrstuhl befand, der aber nicht von einem Schacht eingeholt ist. Als eines Tages der Kläger ein 10 bis 12 Zentner schweres Faß mit Fischen vom dritten Stockwerk aus nach dem Fahrstuhl schafften wollte, kam er dadurch zu Unglück, daß er beim Ziehen des Faßes ausglitt, von innen gegen die nach außen sich öffnenden Türen des Fahrstuhles fiel, so daß diese aufsprangen und er drei Stockwerke tief in den Hof hinabfiel. Nach den Aussagen verschiedener Zeugen war der Beschluß der Türen mangelhaft, so daß sie mitunter schon beim Niedersehen idawerer Lasten von selbst aufsprangen. Das Landgericht Berlin hat den Kläger abgewiesen, das Kammergericht zu Berlin dagegen hat die beklagten Norddeutschen Eiswerke zur Schadloshaltung verurteilt. Die Entscheidungsgründe des Kammergerichts führen aus, daß die Beklagte Gesellschaft verpflichtet gewesen sei, für einen genügenden Verschluß der Fahrstuhltüren zu sorgen. Die Vertreter der Gesellschaft hätten unbedingt davon erfahren müssen, daß beim scharfen Niedersehen von Lasten der Fahrstuhl sich senkte und die Türen aufsprangen; festgestellt sei auch, daß die Türen durch einen heftigen Druck zu öffnen waren. Die Revision durch die Polizei habe die beklagte Gesellschaft nicht von der Pflicht befreit, den Fahrstuhl selbst zu prüfen. Ein mitwirkendes Verschulden des Klägers verneint das Kammergericht und kommt damit zur Verurteilung der beklagten Norddeutschen Eiswerke. Das Reichsgericht hat die Revision der Beklagten am 4. v. M. mit der Begründung zurückgewiesen, daß es der Auffassung des Kammergerichts im wesentlichen beigetreten ist.

Verfassungen.

Der Verkauf des Tempelhofer Feldes.

besonders die Art, wie der Kriegsminister in dieser Angelegenheit zu Werke gegangen ist, nimmt begrifflicherweise das lebhafteste Interesse weiser Kreise der Bevölkerung in Anspruch. Daß dem so ist, das zeigt der starke Besuch einer am Freitag in der Viktorienbrauerei abgehaltenen öffentlichen Versammlung, wo Richard Fischer über die Auslieferung des Tempelhofer Feldes an die Bodenspekulanten sprach. Der Redner verwies darauf, daß es sich hier um eine Angelegenheit handelt, die nicht nur für die Berliner, sondern für das ganze Reich von Interesse ist, denn gleichartige Vorgänge wie hier könnten sich auch an anderen Orten wiederholen. Eingehend besprach Genosse Fischer den Hergang der Sache, wie er erst kürzlich in der Budgetkommission erörtert worden ist. Scharf kritisierte er das Verhalten des Kriegsministers, der durch den eigenmächtigen Verkaufsdahinsich das Recht des Reichstages verlehrt und einer Spekulantengesellschaft das Tempelhofer Feld ausliefern, wodurch eine Verbauung nach hygienischen und sozialen Grundsätzen ausgeschlossen ist. Bei Besprechung der Verhandlungen in der Budgetkommission kam der Redner auf eine Aeußerung zurück, die er dort von Herrn Haberland gemacht hat. Ich habe gesagt — bemerkte Genosse Fischer — Herr Haberland habe die Kenntnisse, die er als Stadteroberer und Mitglied des Verkehrsvereins erlangte, zur Förderung seiner privaten Interessen beziehungsweise der Interessen seiner Gesellschaft benutzt. Nach den mir gewordenen Mitteilungen hätte ich keinen Anlaß, an der Richtigkeit dieser Ansicht zu zweifeln. Nachträglich hat mir nun Herr Haberland mitgeteilt, er habe sich seit 1907 um den Erwerb des Tempelhofer Feldes nicht gekümmert, weil er erfahren habe, daß die Stadt Berlin auf den Ankauf reflektieren würde. Erst als im April 1909 feststand, daß auf eine Eingemeindung des Tempelhofer Feldes nicht zu rechnen sei und somit ein Ankauf durch die Stadt Berlin ausgeschlossen erscheine, habe er sich für den Ankauf des Feldes durch die Deutsche Bank interessiert und sein Hehl daraus gemacht, sondern seine Absicht im Verkehrsvereins in Gegenwart des Oberbürgermeisters zur Kenntnis gebracht. — Nach diesen Erklärungen des Herrn Haberland kann ich meine in der Budgetkommission ausgesprochene Behauptung und die Schlussfolgerung, welche ich daran knüpfte, nicht mehr aufrechterhalten. — Doch für uns und für unsere Beurteilung der ganzen Angelegenheit ist es gleichgültig, ob Haberland oder irgend ein anderer die Hand im Spiele gehabt hat. Es bleibt dabei, daß die öffentlichen Interessen preisgegeben sind im Interesse einer handvoll Spekulanten. Regierung und Reichstag sind im Begriff, ein soziales Verbrechen zu begehen durch die Genehmigung des Vertrages, den der Kriegsminister abgeschlossen hat. Doch dem Reichstage, der schon so viele Sünden begangen hat, ist auch das noch zuzutrauen. Reichstag und Regierung haben ihre Pflicht in der schändlichsten Weise verlehrt. Das müssen sich die Wähler für die nächste Wahl merken.

Der Vortrag fand lebhaften Beifall. Die Versammlung nahm eine Resolution an, welche den Berliner Magistrat auffordert, alles zu tun, was nach Lage der Sache noch getan werden kann, damit für das Tempelhofer Feld ein Bauplan durchgeführt wird, der den sozialen und hygienischen Forderungen gerecht wird.

Aus aller Welt.

Ein Rekordflug über das Meer.

Einen sensationellen Flug, der die verschiedenen Flüge über den Kanal zwischen Frankreich und England weit hinter sich läßt, hat der französische Flieger Leutnant Vague am Sonntag in Norditalien unternommen. Leutnant Vague flog mit einem Blériot-Apparat gegen 5 Uhr morgens in Nizza in die Luft und landete gegen Mittag auf der Insel Gorgona bei Livorno. Beim Niedergehen des Apparats erlitt das Fahrzeug einen Defekt, so daß der Flieger bei der Landung leichte Verletzungen davontrug. Der Apparat ging in Trümmer.

Leutnant Vague hat auf seinem Fluge 200 Kilometer des Ligurischen Meeres überflogen, den größten Flug über das Meer, den ein Quatler bisher vollführte. Bei seiner Ankunft auf der Insel wurde der lähne Flieger von einer großen Menschenmenge jubelnd begrüßt.

Ueber seine Reise erzählte Leutnant Vague folgendes: „Ich bin heute morgen um 5 Uhr in Nizza aufgestiegen und hatte die Absicht, bis zur Hälfte meiner Reise der Küste zu folgen, dann nach Süden abzuschwenken und Korsika zu erreichen. Aber schon eine halbe Stunde nach meiner Abfahrt mußte ich erkennen, daß dieses Vorhaben undurchführbar war; der herrschende starke Wind trieb mich sofort direkt nach Süden zu und ich verlor bald die Küste aus den Augen. Dimalts glaubte ich, durch starke Windstöße ins Wasser geworfen zu werden. Nach siebenstündiger Reise entdeckte ich zum erstenmal ein Stück Land und ohne Zögern lenkte ich meinen Apparat direkt darauf zu.“

Mord und Mordversuch im Gefängnis.

In der Abteilung für Geisteskranken im Landesgefängnis zu Weichsel hat sich am Sonntag früh eine schwere Missetat zugetragen. In der Abteilung ist ein Russe namens Giljpson untergebracht, der wegen eines an einem Mannheimer Rechtsanwalt am Glaswaldsee im Schwarzwald verübten Raubmordes zum Tode verurteilt und zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war. Als am Sonntagmorgen der diensttuende Aufseher Schmidt die Zelle des Giljpson betrat, stürzte ihm dieser in einem Anfall von Tobucht mit einer spitzen Schere entgegen. Bei dem sich entspinneuden Kampfe brachte der Rasende dem Wärter mehrere schwere Verwundungen bei. Durch den Alarm aufmerksam gemacht, eilte der erste Aufseher Kaufmann an seinem Kollegen zu Hilfe. Der Tobuchige stürzte sich nun auf den neuen Gegner, der durch einen Stich ins Herz getroffen tot zu Boden sank. Den übrigen mittlerweile hinzugekommenen Aufsehern gelang es nur schwer, den wild um sich Schlagenden zu überwältigen.

Aus 1900 Meter Höhe abgestürzt.

In Turin ist am Sonntag der Ballon „Albatros“ mit sechs Insassen zu einer Freifahrt aufgestiegen. Bald nach der Auffahrt erreichte der Ballon eine Höhe von 1900 Meter. Plötzlich bemerkten die entsetzten Zuschauer, daß das Fahrzeug mit rasender Geschwindigkeit der Erde zustrebte. Da der Ballon bei seinem Absturz auf eine Baumgruppe fiel, kamen die fast schon verlorenen Insassen verhältnismäßig glimpflich davon. Fünf von ihnen wurden zwar schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt, nur der Zustand des sechsten Fahrgastteilnehmers gibt zu Besorgnissen Anlaß.

90 Personen im Kino-Theater angekommen.

Ein entsetzliches Unglück hat sich in einer Ortschaft nahe Pologoje im russischen Gouvernement Nowgorod zugetragen. In einem vollbesetzten Kinematographentheater brach während der Vorstellung ein Brand aus, der in kurzer Zeit große Dimensionen annahm. Unter den Besuchern, meist Kindern, kam es zu einer Panik, viele wurden in dem entstehenden Wirrwarr todtgetreten oder erlitten schwere Verletzungen, eine größere Anzahl ist verbrannt. Insgesamt zählte man 90 Tote und 10 Verletzte.

Im Schnee eingeschlossen.

Aus Domodossola wird gemeldet, daß auf dem Simplon seit einigen Tagen der Schnee in so großen Massen fällt, wie es seit langer Zeit nicht mehr vorgekommen sei. Beim Dötschbergtunnel liegt der Schnee auf schweizerischer Seite bereits über drei Meter hoch. Die Arbeiten am Tunnel mußten infolgedessen eingestellt werden. 4000 Arbeiter, meistens Italiener, die während der Durchbohrung des Tunnels beschäftigt waren, sind durch in große Not geraten und befinden sich jetzt in dem Dorfe Goppenstein eingeschlossen. Das genannte Dorf verschwindet fast vollständig unter der Schneedecke, man hat keinerlei Nachricht von den eingeschlossenen. Nur soviel ist bekannt, daß ein Arbeiter, der sich erbot, nach Briga vorzubringen, um dort Hilfe für die in bitterster Not befindlichen Arbeiter herbeizubringen, im Schnee angekommen ist. Seine Leiche wurde gefunden. Hilfskolonnen sind auf dem Wege, um zu den eingeschlossenen Arbeitern vorzubringen.

Kleine Notizen.

Liebesdrang. In dem Kurort Gotha in Sachsen hat ein zur Kar weilender Referendar aus Danzig das in bedienende Hausmädchen und sich selbst erschossen. Beide unterhielten ein Liebesverhältnis, das das Mädchen lösen wollte. — In Kiederwinger in Bayern hat der Oekonomieführer Johann Straubinger auf der Straße seine Braut erschossen. Der Mörder eilte dann an die Donau und brachte sich im Wasser einen tödlichen Schlag bei.

Drei Kinder erstickt. Gestern morgen brach in einer Mansardenwohnung in Bamberg ein Brand aus. Die in das Zimmer eindringenden Hausbewohner fanden in dem dicht mit Rauch angefüllten Zimmer drei Kinder von 1 bis 4 1/2 Jahren erstickt vor.

Ein schwerer Eisenbahnunfall ereignete sich gestern morgen auf dem Nordbahnhof in Paris. Ein aus Köln a. Rh. eintrreffender Schnellzug fuhr mit solcher Heftigkeit ein, daß die Lokomotive den Dreifloß umriß und in ein neben dem Bahnsteig befindliches Gepäckbureau einbrach. Ein Beamter wurde bei dem Unglück getötet, zwei andere Bahnbeamte sowie einige Reisende wurden mehr oder weniger verletzt.

Unwetter auf Sizilien. Die Insel Sizilien wurde in den letzten Tagen von furchtbaren Stürmen heimgesucht. In Messina wurden mehrere Baracken zerstört, in Castro entlourseten zahlreiche Bäume; drei Personen wurden dadurch erschlagen. Das Segelschiff „Petro“ ist auf der Höhe von Aliso gesunken, die gesamte Besatzung in Stärke von 11 Mann ist dabei ums Leben gekommen.

Ein homosexueller Skandal. Die Budapest Polizei hob in der Wohnung eines Juweliers Kurs eine aus 60 halbwüchsigen Burschen bestehende Gesellschaft homosexueller aus. Der Wohnungsinhaber und acht Mitglieder der Gesellschaft wurden verhaftet.

Briefkasten der Redaktion.

11. 6. Wiederholen Sie die Anfrage unter Hinzufügung der Angabe, aus welchem Grunde Sie den solchen Namen genannt haben und wenn gegenüber. — J. 2. 100. Kavalienstr. 100. — Sandwehe 11. 1. 250 M. 2. 30 Proz., jedes Kind 10 Proz., Höchstbetrag zul. 60 Proz. 3. Ja. — Schwedisch, Schwedisch. Sie sind zur Nachzahlung verpflichtet. — J. 99. Fragen Sie bei der Zentralanstalt für Kaufmännische, Schellingsstr. 4 an. — H. 8. 7886. 1. J. Knuth, Raunpfer. 2. Arbeiter-Bildungsschule. Vorl.: H. Remm, Rigdorf, Steinmetzstr. 51. Literatur, die Sie in der Buchhandlung Vorwärts erhalten. — J. 4. 44. 1. Bei einem beliebigen Notar. Die Kosten richten sich nach dem Objekt. 2. Schriftlichen Antrag an den Vorsitzenden der Veranlagungskommission. — J. 27. Reichstag: Nach Zurücklegung des fünfundsiebzigsten Lebensjahres, Landtag: Vollendung des dreißigsten Lebensjahres. — J. 75. 1. Nein. 2. Circa 6 M. — C. 2. Sieglitz. 1. Die Geschwister sind Miterben. Zum Zweck der Lösung der Hypothek muß ein Aufstheim beschafft werden, wozu die genannten Veranlagungen nötig sind. Die Geschwister müssen die löschungsjährige Zustimmung mit. — A. 27. 1. Nur dann, wenn im Vertrage vereinbart. 2. Gehl auf den Käufer über. Der Gesellschaft muß aber Mitteilung gemacht werden. — M. 27. 57. Ohne Vorlegung des Urteils nicht zu beantworten. — J. 2. 1877. 1. Für ein Kalenderjahr 1 M., für das erste Quartal des laufenden Jahres 50 Pf. 2. Im Voraus, kann aber auch innerhalb zweier Jahre nachgeliefert werden. — C. 2. 81. 350 Mark. — Kündigung. 1. Möglich, auch mündlich, sofern derselbe von der Direktion Kündigung hat. 2. Auch mündlich, jedoch am zweckmäßigsten der Direktion gegenüber. — J. 2. 30. 1. Wohnmannstraße 11. 2. G. Bergmann, Ostbahnhof. 11. v. l. J. Eduard Dornstein, 1902 bei der Erbschaft, dann von 1903 bis 1908. — Wundert-Anfall. Das zweckmäßigste ist, Sie wenden sich an das Arbeitersekretariat, Engelauer 15.

Antischer Marktbericht der städtischen Markt-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Marktböden. Marktfrage: Fleisch: Zufuhr stark, Geschäft schleppend, Preise für Hammel- und Schweinefleisch ansehnlich, sonst unvoränderl. Wild: Zufuhr ohne Bedeutung, Weidmahl regt, Preise fest. Geflügel: Zufuhr gering, Geschäft still, Preise behauptet. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unvoränderl. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

Dr. Simmel H. Pfau, Bandagist
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzensstr. 41, nicht am Moritzplatz,
10-2. 5-7. Sonntags 10-12. 2-4

Lege-Hühner, Schallplatten
Verleih-Institut
garantiert junge, beste Lege, Std. 2 1/2, M. empfiehlt F. Wegner, Berlin SO., Mariannenstr. 34.
Auch nach ausw. Prosp. gratis.
Karl Boris, Berlin 50, Neue Königstrasse 38.

Tadellos 1 M.
wöchentliche Teilzahlung
kleinere elegante
Herren-Moden
Fertig und nach Maß
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung
J. Kurzberg
Maß-Schneidererl
Rosenthaler Strasse 40-41
direkt am Hackeschen Markt.
II. Geschäft:
Frankfurter Allee 104, pri., Ecke Friedenstr.



Todes-Anzeigen

Sozialdemokratischer Wahlverein Rixdorf.

Den Parteigenossen zur Nachricht, daß unser Mitglied

Pauline Möhring

Ideal-Passage (5. Bezirk) am 3. März verstorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes am Mariendorfer Weg aus statt. Zahlreiche Beteiligung erwartet. **Der Vorstand.**

Ferner verstarb plötzlich am 27. Februar die Genossin

Luise Kiewitt

Rauhaufer 3 (1. Bezirk). Die Beerdigung fand bereits am 4. d. Mts. statt.

Ehre ihrem Andenken!

234/12 **Der Vorstand.**

Freie Turnerschaft Rixdorf-Britz.

Hierdurch die traurige Mitteilung, daß unsere Turnschwester **Frau Pauline Möhring** am 3. März nach kurzen schweren Leiden durch den Tod und entrissen wurde.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Friedhofes, Mariendorfer Weg, aus statt. Treffpunkt für Vereinsmitglieder um 1/2 Uhr bei Felsch (Restaurant) Kniebedstraße. 238/15. Soziales Erscheinen erwartet. **Der Vorstand.**

Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen. Zahlstelle Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Brauer

August Nentwig

(Brauerei Enders) am 4. d. Mts. im Alter von 27 Jahren gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des katholischen Kirchens, 6 in der Wörlichstraße in Weihensee aus statt. Um rege Beteiligung ersucht. 42/8 **Die Ortsverwaltung.**

Am 5. März starb nach kurzem schweren Leiden im 80. Lebensjahre mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Großvater und Urgroßvater

Lorenz Ryneck

Schöneberg, Luisenparkstraße 12. Dies zeigen, um stille Teilnahme bitend, an

Die trauernden Hinterbliebenen.

Pauline Ryneck geb. Matz. Familie Karl Berlin, Niederschönhausen.

Familie Gustav Lohmann, Schöneberg.

Familie Paul Ryneck, Berlin.

Familie Emil Ryneck, Treptow.

Charlotta Ryneck. 5426

Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachmittags 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Schöneberger Gemeindefriedhof (Weiße Hölle) statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, der Eisenbrecher

Paul Reimann

im 50. Lebensjahre sanft entschlafen ist.

Witwe Auguste Reimann

nebst Kindern.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. d. Mts., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Allen Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe Frau und Mutter, unsere teure Schwester

Martha Luickhardt

geb. König

am Sonntag früh nach schwerem Leiden im 29. Lebensjahre sanft entschlafen ist. 5426

Dies zeigt tiefbetrübt an

Karl Luickhardt

nebst Tochter.

Johanna König, Marie König.

Die Beerdigung findet am Mittwoch nachmittags 3 1/2 Uhr von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Gerichtsstraße 37/38, aus statt.

Deutscher Holzarbeiter-Verband

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege

Richard Schumann

am 4. März gestorben ist.

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Dienstag, den 7. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Sichtenberger Gemeinde-Friedhofes (Marzahn) aus statt.

Um rege Beteiligung ersucht

79/20 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Todes-Anzeigen.

Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schleifer

Joseph Stransky

am 5. März an Lungenleiden gestorben ist.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des St. Marien-Liebfrauen-Kirchhofes in Rixdorf, Mariendorfer Weg, aus statt.

Ferner starb unser Mitglied, der Gärtler

Paul Nischke

am 5. März an Lungenleiden.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Friedhofes, Mariendorfer Weg in Rixdorf aus statt.

Ehre ihrem Andenken!

Rege Beteiligung erwartet

113/4 **Die Ortsverwaltung.**

Allen Verwandten und Bekannten zur Nachricht, daß am 5. März, morgens 5 1/2 Uhr mein geliebter Gatte und Vater, der Tischler

Julius Winter

nach schwerem Leiden entschlafen ist. Dies zeigen tiefbetrübt an

Witwe Ottilie Winter

nebst Sohn.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 8. März, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Kurlersterle-Friedhofes, Weihensee Weg, aus statt. 2366/2

Allen Genossen zur Nachricht, daß mein Mann, der frühere Vorsitzende und Begründer, des Arbeiter-Sängerbundes

Adolf Neumann

am 4. d. M. in der Irrenanstalt Überwalde gestorben ist. Beerdigung daselbst heute nachm. 3 Uhr.

Ww. Mathilde Neumann geb. Klebe, Berlin, Bernauerstr. 32.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Stillaters

Ferdinand Fuhrmann

sage ich allen Beteiligten meinen besten Dank. 5435

Wwe. **Klara Fuhrmann.**

Achtung!

Heute

Achtung!

Dienstag, den 7. März, abends 8 Uhr:

6 öffentl. Volksversammlungen.

Obiglo, Schwedter Str. 23/24. **Frankes Festäle, Badstr. 19.**
Swinemünder-Gesellschaftshaus **Pharus-Häle, Müllerstr. 142.**
Swinemünder Str. 42. **Wobitzer Gesellschaftshaus,**
Bornfla, Ackerstr. 6/7. **Wicelstr. 24.**

Tages-Ordnung:

Fort mit dem Rabattvereinsunfug.

Arbeitersekretär **E. Brückner**, Stadtverordneter **Düwell**,
Referenten: Reichstagsabgeordnete **Göhre** und **Kuntze**, Stadtverordneter
Ritter, Verbandsvorsitzender **Sühmer**.

Die Propagandakommission
für das Genossenschaftswesen.

Deutscher Transportarbeiter-Verband

Bezirk Groß-Berlin.

Bureau: Engelauer 14/15.

Fernsprecher: Amt IV, 2382, 4747.

Arbeitsnachweis: Engelauer 15. IV, 3348, 1998.

Wille Leipziger Str. 1. I, 2632, 9390.

Mitglieder aus allen Branchen und Distrikten des Bezirks Groß-Berlin.

Donnerstag, den 9. März 1911, abends 8 1/2 Uhr, bei Keller (Freyer),
Koppenstraße 29:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Mitteilungen.
2. a) Anschlußanträge und Bericht der Kommission, b) Anträge.
3. Jahresbericht: a) des Bezirksvorsitzenden; b) des Kassierers; c) des Arbeitsvermittlers; d) des Bibliothekars.
4. Neuwahl der Bezirksverwaltung und der Revisionskommission.
5. Neuwahl zweier Revisoren für die Hauptkasse. 6. Geschäftliches. 66/14

NB. Mitgliedsbuch ist mitzubringen und als Legitimation vorzuzeigen.

Wer über 10 Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, hat keinen Zutritt.

Zahlreichen Besuch erwartet **Die Bezirksverwaltung. J. A.: M. Werner.**

Dritter und vierter Wahlkreis.

Dienstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Graumann, Rauhstr. 27:

Öffentliche

Kommunalwählerversammlung
für den 11. und 13. Bezirk.

Tagesordnung:

1. Die Tätigkeit unserer Vertreter im roten Hause.
2. Diskussion.

Referent: Reichstagsabgeordneter **Freih. Zubeil.**

Die Vorstände der sozialdemokratischen Wahlvereine.

J. A.: **Paul Hoffmann**, Stralauer Platz 1/2.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: **Pol I. Amt 2, 1239.** Charitéstraße 3. **Pol III. Amt 3, 1987.**

Donnerstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1:

Versammlung der Bauanschläger.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Baha über: „Märzstürme“.
2. Diskussion.
3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
4. Verschiedenes.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Zahlreichen Besuch erwartet 113/3 **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.

(G. S. Nr. 2, Hamburg.) Zentr. Verwaltung Berlin.

Donnerstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelauer 15, Saal 3:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 4. Quartal 1910.
2. Wahl der Revisoren.
3. Verschiedene Kassenangelegenheiten.

Der Vorstand. J. A.: Richard Schröder, Berlin O., Müller Str. 7, v. IV.

Die reellsten und billigsten Möbel

und Polsterwaren auf Teilzahlung zu Kassenpreisen und Zinsvergütung erhält man in der seit 32 Jahren bestehenden Möbel-fabrik unter 10jähriger Garantie

A. Schulz, Reichenberger Straße 5.

64L*

Bekanntmachung.
Am 4. November 1910 ist der verstorbene, frühere Dultmargerode **Gustav Klauke**, geboren 7. Juni 1850 zu Berlin, hier verstorben, dessen Erben unbekannt sind. Hinterlassene 641 R. Die Erben des Verstorbenen werden aufgefordert, sich bei mir zu melden. Der Nachlassbesitzer **Bartelt, Gnevezin bei Anklam.**

Hygienischer Vortrag.

Am Donnerstag, den 9. März, abends 8 Uhr, im Turnsaal der Gemeindefschule I, Brandenburgische Straße, Ecke Giechelerstraße,

spricht Herr Dr. **M. Rothmann** über „Die geschlechtliche Infektion und ihre Folgen.“

Der Eintritt ist für Damen und Herren unentgeltlich.

Da der Vortrag für alle Schichten der Bevölkerung von außerordentlicher Bedeutung ist, bitten wir im Interesse der Ausfüllung um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch. **Der Vorstand** 271/2 der gemeinsamen Ortskrankenkasse für Dt.-Wilmersdorf und Umgegend.

Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“

Bezirk Rixdorf. Donnerstag, 9. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Hopps, Hermannstr. 49, gr. Saal:

Großer Lichtbilder-Vortrag „Wälsche Wanderungen“, 125 farbige Kunstlichtbilder nach eigenen Aufnahmen des Vortragenden: **Ferdinand Rauke.** — Entree 20 Pf. Gäste willkommen. 1/4

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-Resle! Mocquets. Pflüsch. Satteltaschen.

Muster bei näherer Angabe franko. **Emil Lefèvre, Berlin, Oranienstr. 158.**

Syphilis-Nachweis

in allen frisch u. veraltet, zweifelhafte Fälle, durch wissenschaftl. Untersuchung, sofort; desgl. Garm- (spez. auf Gonorrhoe-Fäden) u. Sputum-Analysen. **Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 180, im Kronen- und Rohrenhause, I. 8724. Berl. Rüdpr. distr. u. folient. Bedienung von 8-8 Sonntags von 12-1.**

Pollmanns Bandagen

Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. **Berlin N., Lothringers Str. 60.** Lieferant für Krankenkassen. Eigene Werkstat.



Stoffe

Garantiert „Original-Englisch“ für Anzüge, Ulster Jacket 3 u. 4,50 M. **Tuchlager Koch & Soelund G.m.b.H. Gertraudenstr. 20-21** vis-a-vis d. Betschirke.

Zur **Einsegnung!**

Anzüge
aus schwarzen Kammgarnstoffen
14, 17, 19, 21, 25, 28, 40 M.

Anzüge
aus dunkelblauen Cheviotstoffen
16, 18, 20, 24, 28, 32, 36⁶⁰ M.

Prüfungs-Anzüge in größter Auswahl.

M. Schulmeister
BERLIN SO. 26, Dresdenerstr. 4

Plasmon-Cacao
Bester Nähr cacao der Welt.
Erhältl. in Apotheken, Drogerien u. Nahrungsmittelgeschäften.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Partei-Angelegenheiten.

Verband sozialdemokratischer Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu dem morgen Mittwoch stattfindenden Jahlabend, an welchem die Frage des Raifonds sowie der Montags-Ausgabe des „Vorwärts“ besprochen werden soll, ist das allseitige Erscheinen der Mitglieder besonders notwendig.

Kurze Informationen finden die Leiter der Jahlabende in den beiden Artikeln der Märznummer des „Mitteilungsblatts“ und in den im Zentralvorstande bzw. der Generalversammlung über beide Thematika gepflogenen Diskussionen. Der geschäftsführende Ausschuss.

Steglitz. Da auf dem am Mittwoch stattfindenden Jahlabend die gewerkschaftliche Zugehörigkeit nachgewiesen werden soll, wollen die Genossen ihre gewerkschaftlichen Mitgliedsbücher mitbringen. Der Vorstand.

Zehlendorf (Wannseebahn). Die Genossen wollen wegen der Erledigung besonders wichtiger Angelegenheiten morgen, Mittwoch, abends pünktlich 8 Uhr, in ihren Wahllokale erscheinen. Der Vorstand.

Johannistal. Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr: Außerordentliche Mitgliederversammlung des Bezirks, Friedrichstr. 48. Tagesordnung: Zweiter Vortrag des Genossen Max Groger über „Die Programme der politischen Parteien“. Der Vorstand.

Mariensfeld. Der Jahlabend am Mittwoch findet, da das Lokal von Adolf Berger gesperrt ist, bei Aug. Schuster, Kirchstr. 78, statt. Der Vorstand.

Waldhölzchen. Heute, Dienstag, den 7. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale von Kauf, Bismarckstr. 16: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht von der Verbandsgeneralversammlung, Stellungnahme zur Schaffung eines Raifonds und zur Herausgabe einer Montagsausgabe des „Vorwärts“. Der Jahlabend am Mittwoch, den 8. März, fällt aus. Beiträge werden in der Versammlung entgegen genommen. Der Vorstand.

Alt-Hienide. Der Bescheid des Wahlvereins fällt am heutigen Dienstag aus; derselbe findet am Dienstag, den 14. d. M., statt.

Eichwalde-Zenthen-Mierdorf. Der diesmalige Jahlabend findet gemeinsam in Eichwalde bei Witte, Waldhölzchen, mit folgender Tagesordnung statt. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins, Diskussion, Beschlussfassung, Bericht der Gemeindevertreter, Aufstellung des Kandidaten für die Gemeindevertreterwahl und Verschiedenes. Der Vorstand.

Wohndorf. Am Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, in Villa Stahl: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Bericht von der Verbandsgeneralversammlung. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Friedrichsfelde. Morgen: Gemeinsamer Jahlabend bei Dausdorf, Berliner Str. 18.

Potsdam. Die Wahlvereinsversammlung findet am Mittwoch, den 8. März, abends 8 1/2 Uhr, bei Wilhelm, Kaiser-Wilhelm-Straße, statt. L.D.: Bericht von der Kreisgeneralversammlung; Kaiser; Frauenganz.

Pankow. In dem gemeinschaftlichen Jahlabend bei Köster, Kaiser-Friedrichstr. 12, spricht Genosse Köpfsch über: Märzgedanken. Außerdem stehen noch die von Groß-Berlin den Kreisen überwiesenen Anträge auf der Tagesordnung.

Berliner Nachrichten.

Auf Kosten der Allgemeinheit.

Der Brandenburgische Provinziallandtag hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, den bisherigen Landesdirektor Freiherrn v. Wandewell, dem Präsidenten des Herrenhauses, sein volles Gehalt (18 000 M.) als Pension zu gewähren. Außerdem wurde der Provinzialausschuss beauftragt, dem scheidenden Landesdirektor im Namen der Provinz ein Ehrengehalt zu überreichen, dessen Kosten aus den Mitteln der Provinz zu decken sind.

Da hat man leicht Geschenke machen, wenn man aus den Mitteln der Allgemeinheit schöpft. Dazu sind diese Mittel aber nicht da. Wer Geschenke machen will, soll in sein eigenes Portemonnaie greifen.

Die „autunterrichtete“ bürgerliche Presse.

Unsere Leser sind am Sonnabend durch einen eingehenden, sachlich unantastbaren Bericht darüber unterrichtet worden, daß das Ober-Verwaltungsgericht am Freitag die Rixdorfer Kommunalwählerliste für 1909 für ungültig erklärt hat. Es weiß nun jeder, der auch nur die Anfangsgründe des Kommunalwahlrechts kennt, daß dieser Spruch an sich noch nicht die Ungültigkeitserklärung von Wahlen bedeutet. Die Ungültigkeit von Stadtwahlverordnungen wählen kann nur in einem besonderen Verfahren ausgesprochen werden. Ein solches Verfahren, die Gültigkeit von Rixdorfer Wahlen betreffend, schwacht jetzt bei der ersten Instanz, dem Bezirksauschuss, der dieser Tage darüber befinden wird. Was hat nun ein größerer Teil der bürgerlichen Presse, die „Morgenpost“ an der Spitze, über die Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts vom letzten Freitag berichtet? Jene Berichte, die von jemand stammen, der gar nicht der Verhandlung beigewohnt hat und nicht zu den ständigen Berichterstattern beim Ober-Verwaltungsgericht gehört, sprechen von einer Ungültigkeitserklärung der Rixdorfer Stadtverordnetenwahlen durch das Ober-Verwaltungsgericht und sagen, der Magistrat möchte jetzt Neuwahlen ausschreiben. (Wohlgemerkt: Tatsächlich ist nur die Liste für ungültig erklärt worden.)

Die Unversöhnlichkeit, mit der manche Leute über Dinge berichten, die sie nicht kennen und nicht verstehen, mußte hier einmal festgenagelt werden.

Was die auf Grund der ungültigen Liste vorgenommenen Wahlen betrifft, so sind wir allerdings der Meinung, daß der Bezirksauschuss sie für ungültig erklären wird und daß das Ober-Verwaltungsgericht, das als letzte Instanz erst nach Monaten darüber befinden können, ebenso entscheiden wird. Das wird aber erst geschehen; es ist noch nicht der Fall.

Ueber den Stand der Treptower Eingemeindungsfrage

wird uns aus Treptow berichtet, daß nach monatlangen Verhandlungen hinter verschlossenen Türen die Eingemeindungsmission von Treptow eine Denkschrift zusammengestellt hat, die nunmehr das Licht der Öffentlichkeit erblicken soll. Die Denkschrift ist zugeschnitten auf eine Eingemeindung Treptows nach Rixdorf. Genaue Bestimmungen über die Durchführung der Vertragsbedingungen sollen noch aufgestellt werden. Die Denkschrift soll an alle Treptower Vereine und sonstigen Interessenten abgegeben werden. Ob durch den Inhalt dieser Zusammenstellung ein Umschwung in der Ansicht der Mehrheit der Treptower Bevölkerung über diese Forderung der Bewohner herbeigeführt wird, darf

bezweifelt werden. Von Interesse dürfte sein, daß in der verflochtenen Woche die gesamte Gemeindevorsteher von Treptow nach Rixdorf geladen waren, um die werdenden Anlagen und sonstige öffentliche Einrichtungen von Rixdorf in Augenschein zu nehmen. In einer Anzahl von Automobilen ging die Fahrt von einer Stelle zur anderen.

Ein Elektrizitätswerk ist im Entstehen begriffen; an der Gasanstalt ist nichts auszufahren; für die höheren Schulen scheint auch in Rixdorf viel mehr gesorgt zu werden als für die Volksschule, deren Klassenfrequenz eine bedeutend höhere ist als die Berlins und auch Treptows. Das Krankenhaus in Budow liegt für Treptow viel ungünstiger als das Kreiskrankenhaus in Britz, zudem ist es überfüllt und soll erweitert werden. Treptow wäre nur mit einem Krankenhaus am eigenen Orte gedient. Zuletzt wurde die Feuerwehr vorgeführt, bei deren Uebungen die Rixdorfer Jugend in undurchdringlichen Scharen ein dichtes Spalier bildete. Die Wehr befindet sich in einem Uebergangsstadium von der freiwilligen zu einer Berufsfeuerwehr. Inzwischen war es vollständig dunkel geworden und die Teilnehmer an der Besichtigung lehrten zum Rathaus zurück, wo, nach einer kurzen Ruhepause und nach Besichtigung verschiedener Räumlichkeiten, im Sitzungssaale des Magistrats unter Vorsitz des Oberbürgermeisters Kaiser eine Besprechung der Eingemeindungsbedingungen stattfand.

Von Rixdorf war nur der Magistrat vertreten, und der Oberbürgermeister erklärte, daß die Treptower Vertreter genügend an Zahl vorhanden seien, um sich sofort zu entscheiden; er, Kaiser, sei ermächtigt und bereit, wenn eine Verständigung zwischen den beiderseitigen Vertretungen zustande käme, den Eingemeindungsvertrag sofort zu vollziehen, also ohne vorherige Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung. Sollte auch in diesem Falle ohne Wissen der größten Partei in einer geheimen Sitzung der Majoritätsparteien eine solche Vollmacht erteilt worden sein? Doch es kam nicht dazu.

Die wichtigste Forderung der Treptower Hausagrariet war das Verlangen nach einem Steuerprivileg auf 20 Jahre, d. h. es sollten in 20 Jahren die gegenwärtigen Steuerföge Treptows nicht überschritten werden bis auf die Steuer auf den unbedauten Grund und Boden, die auf den Rixdorfer Satz erhöht werden könnte: 6 M. von 1000 M. des Grundwertes. Rixdorf wollte nur ein Privileg auf 10 Jahre bewilligen, das wäre das äußerste, was die Berle Groß-Berlins wert sei. Man ging bis auf 15 Jahre zurück, doch der Punkt blieb unentschieden. Gesehlich ist eine solche Festimmung übrigens unzulässig.

Weiter sollen zwei Bahnhöfe im Zuge der Görlitzer Bahn auf Treptower Gebiet durch Rixdorf errichtet werden. Anschließ Treptows an die durch das der Bebauung zu ersiehende Gelände zu führende Schnellbahn. Die Siemensbahn soll ausgedehnt werden. Dafür soll eine andere Straßendahn im Zuge der Reichenberger und Heidenberger Straße über die über den Landwehrkanal zu erbauende Brücke mit Umgehung der Siemensbahn mittels einer Schleife (von der Großen Berliner) bis zur Riefholzstraße und von da aus weiter nach Baumföulenvogel auf Kosten Rixdorfs geführt werden. Alle im schlechten Zustande sich befindenden Straßen Treptows, darunter auch die Köpenicker Landstraße, soll Rixdorf nach Vereinbarung regulieren und pflastern lassen. Es bleibt nur noch festzustellen, bis zu welcher Zeit alle diese Bedingungen erfüllt werden müssen. Wenn alle diese Bedingungen wirklich innerhalb und vor Ablauf der Frist, für welche das Steuerprivileg für die Treptower Grundbesitzer festgesetzt werden soll, zu erfüllen sind, dann haben die armen Steuerzahler in Rixdorf nichts zu laden. Die sozialdemokratischen Gemeindevorsteher Treptows haben wiederholt erklärt, daß sie nicht nur in Rücksicht auf den bestimmten nahezu einstimmig ausgesprochenen Willen der Bevölkerung Treptows für einen solchen Stillhandel nicht zu haben seien, sondern auch in Rücksicht auf die viel weniger feuerkräftige Bevölkerung Rixdorfs es für einen großen Anflug halten, wenn die besser situierte Einwohnerchaft Treptows sich von der ärmeren Rixdorfs geradezu aushalten lassen wolle.

Von der Eingemeindung Treptows nach Berlin kann einstweilen Abstand genommen werden, bis die Verhältnisse für eine allgemeine Eingemeindung sich günstiger gestalten. Der Aufrechterhaltung der Selbständigkeit Treptows droht nicht die geringste Gefahr, zumal die Stadt Berlin ihr in Treptow gelegenes Gelände der Bebauung erschließen will, womit das einzige erhebliche Bedenken gegenstandslos geworden ist.

In einer am Sonnabend, den 4. März, stattgehabten Sitzung ist es gelungen, gegen einen starken Widerspruch der agrarischen Freunde der Eingemeindung nach Rixdorf den Termin, bis zu welchem die Öffentlichkeit zu der Denkschrift Stellung nehmen und bevor die endgültige Entscheidung durch die Gemeindevorordneten erfolgen kann, bis zum 24. März hinauszuschieben. In der dazwischen liegenden Zeit wird es notwendig sein, die sichtscheuen Pläne der verwandten Seelen so zu beleuchten, daß diese Pläne endgültig als abgetan gelten können.

Ueber die Einschränkung der Sonntagsarbeit in offenen Verkaufsstellen

hätte die Stadtverordnetenversammlung vorge schlagen, folgendes Ortsstatut zu erlassen: In offenen Verkaufsstellen des Handelsgewerbes dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter — abgesehen vom ersten Weihnachts-, Oster- und Pfingsttage, an welchen ihre Beschäftigung überhaupt unterlagert ist — an Sonn- und Festtagen in der Zeit vom 1. Mai bis 1. Oktober nur von 8—10 Uhr vormittags und in der Zeit vom 1. Oktober bis 1. Mai nur von 12—2 Uhr mittags beschäftigt werden, soweit nicht Ausnahmen durch die hierfür zuständigen Behörden festgelegt werden. Diese Einschränkung soll auf den Handel mit Nahrungs- und Genussmitteln sowie auf den Handel mit Blumen keine Anwendung finden. Der Magistrat ist diesem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung beigetreten mit der Maßgabe, daß die an Berlin grenzenden Vororte eine gleiche Regelung der Sonntagsarbeit treffen.

Die eigentliche Entmündigungsfrage der Arbeiterfrau Martha Albrich, über die wir in Nr. 46 des „Vorwärts“ vom 28. Februar berichteten, führte gestern im weiteren Verlauf vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte zu effektvollen Szenen. Gewöhnlich werden solche Fälle im Verfahren vor dem Amtsgericht, das im wesentlichen ein Geheimverfahren ist, ohne Anwalt erledigt. Der zu Entmündigende ist dabei von vornherein im Nachteil, weil es zu einer öffentlichen Verhandlung, wie es notwendig wäre, gar nicht kommt. Wegen Frau Albrich war von der Polizei der Verdacht stittlicher Verfehlungen erhoben und jahrelang aufrechterhalten worden, worauf sich dann naturgemäß die infolge der fortgesetzten Drangsalierungen stetig gesteigerte Erregung und Empörung der gequälten Frau aufbaute. Im neulichen Termin war der gerichtliche Sachverständige, der auf sein Gutachten bereditigt werden sollte, zur festgesetzten Stunde nicht erschienen. Die Verteidigung setzte daraufhin durch, daß die Verteidigung aufgehoben wurde, bis an den gerichtlichen Sachverständigen eine Reihe wichtiger Fragen, die sein ungünstiges Gutachten erschüttern sollen, gestellt sind. Besonders beachtenswert war die Erklärung des beantragten Richters, daß die Frau Albrich, obwohl er sie mehrmals stundenlang vernommen habe, auf ihn persönlich einen durchaus normalen Eindruck machte. Im gestrigen Termin fungierten als Verteidiger wieder Rechtsanwalt Dr. Ehrenfried und mit Terminvollmacht der Redakteur der Zeitschrift „Frenrechts-Reform“. Auf die Frage des Dr. Ehrenfried, ob der Sachverständige irgendwelche bezügliche gerichtlichen Zeugenaussagen und Urkundenbelege für die Annahme habe, daß die Beklagte der Frau Albrich Wohnverstellungen seien, antwortete Geheimrat Strahmann, solche Beweismittel seien allerdings nicht vorhanden, es sei sogar ein gewisser berechtigter

Kern an ihren Beschwerden. Aber die Art, in der diese Verfehlungen vorgebracht wurden, sei ein Zeichen von Geisteskrankheit. Die Frage des Redakteurs der „Frenrechts-Reform“, ob Frau Albrich ein Recht gehabt habe, sich gegen den von der Polizei jahrelang aufrechterhaltenen Verdacht stittlicher Verfehlungen zu wehren und ihre beleidigte Frauenehre zu verteidigen, beantwortete der Sachverständige zu s i m e n d; er müsse jedoch auch hier aus der Art, wie die Empörung der Frau Albrich sich äußere, auf Quersulantenwahns schließen. Ebenso wurde vom Sachverständigen die Frage bejaht, ob ihm vor Erstattung seines ungünstigen Gutachtens das Vorhandensein von zahlreichen ärztlichen Attesten, welche die völlige geistige Klarheit der Frau Albrich bescheinigen, bekannt gewesen sei. Interessant war das Verhalten des Sachverständigen auf die Frage, ob ihm bekannt sei, daß es vor dem Jahre 1879 einen Quersulantenwahnstunt überhaupt nicht gegeben hat und dieser Wahn erst zum Zwecke der Entmündigung entdeckt worden sei, als in diesem Jahre die Bestimmungen der allgemeinen Gerichtsordnung, nach welchen Quersulanten mit Geldstrafe eventuell Haft bestraft wurden, aufgehoben worden sind. Geheimrat Strahmann antwortete ausweichend, dies sei eine schiefe Darstellung.

Trotz der gestellten Fragen nahm der Sachverständige sein Gutachten auf seinen Dienst. Wird auch das Gericht, wie der gerichtliche Sachverständige, die sechs günstigen ärztlichen Gutachten über Frau Albrich unter den Tisch fallen lassen?

Mit ihrem einzigen Kind in den Tod gegangen ist in der vergangenen Nacht die 29 Jahre alte Kistenmacherfrau Hedwig Brandt, geborene Bernide, aus der Hufelandstraße 88. Frau Brandt war mit ihrem Manne, der ein Jahr jünger ist als sie, seit zwei Jahren verheiratet und Mutter eines ein Jahr alten Töchterchens Edith. Sie klagte oft, daß ihre Ehe unglücklich sei. Die Stimmung der Frau wurde immer trüber. Sonntag abend um 7 Uhr wurde sie im Hause noch gesehen. Als Brandt gestern morgen um 4 Uhr nach Hause kam, fand er seine Frau mit dem Kind im Arme in der mit Gas angefüllten Stube angeleitet auf dem Sofa liegen. Ärzte, die sofort gerufen wurden, machten Wiederbelebungsversuche, die aber weder bei der Mutter noch bei dem Kinde Erfolg hatten. Die unglückliche Frau hatte den Hahn der Gaslampe geöffnet, sich dann mit der Kleinen auf das Sofa gelegt, um den Tod zu erwarten.

Unter einem Straßenbahnwagen geriet gestern abend in der achten Stunde ein etwa 25 Jahre alter Mann an der Königsberger Straße, Ecke Frankfurter Allee. Um den Unglücklichen unter dem Wagen herabzuholen, mußte die Feuerwehr in Tätigkeit treten, der das Rettungswerk auch nach einiger Zeit gelang. Dem jungen Manne waren beide Beine abgefahren; er wurde sofort nach dem Krankenhaus Friedrichshain übergeführt.

Der Einbrecher als „Kriminalbeamter“. Ein Ehepaar in der Anklamer Straße ging gestern nachmittag aus und ließ die Wohnung ohne Aufsicht. Als die Frau nach kurzer Zeit zurückkehrte und die Tür aufschloß, stieß sie auf einen Mann, der sich ihr als Kriminalbeamter vorstellte und erklärte, er habe die Wohnung dienlich durchsuchen müssen und sie deshalb von einem Schloffer öffnen lassen, weil er niemand zu Hause getroffen habe. In der Tat war in der Wohnung alles durchsucht worden, aber nach einer polizeilichen Hausdurchsuchung sah es gerade nicht aus. Die Frau ließ sich nicht verblüffen und verlangte die Erkennungsmarke. Als der „Kriminalbeamter“ Ausflüchte machte, schlug sie Lärm und ließ ihn festnehmen. Jetzt verlor der Mann ganz und gar die Ruhe, die er bisher bewiesen hatte. Nach einem vergeblichen Fluchtversuch wurde er nach der Wache gebracht. Hier stellte er sich als Herr von der Lahr vor und verlangte seinem Namen entsprechend behandelt zu werden. Von hier wurde er nach dem Polizeipräsidium gebracht und dem Erkennungsdienst vorgeführt. Als er fotografiert werden sollte, schüttelte Herr von der Lahr die graulichsten Gesichter. Mit Hilfe der Fingerringe wurde er bald als ein früherer Schuymacher Heinrich Groß, ein schon wiederholt mit Zuchthaus bestrafte gewerbsmäßiger Einbrecher, festgestellt.

Eine weibliche Leiche wurde am Sonnabend an der Adlervilla am Heiligensee angeschwemmt. Nach dem Gutachten des Kreisarztes ist der Tod durch Ertrinken eingetreten. Am Körper sind keine Spuren äußerer Gewalt erkennbar. Im Besitz der Angehörigen fand man ein Portemonnaie mit 87 M. Inhalt, ferner trug sie einen goldenen Ring mit kleinen Brillanten, eine goldene Brosche mit drei Türken und ein goldenes Herz. Drei Kasentücher wiesen das veränderte Monogramm L auf. Die Tote ist von unterseher Gestalt, hat volles Gesicht, schwarzes Haar und schwarze Augenbrauen, stumpfe Nase, mittelgroße Ohren, kleinen Mund und aufgemorfene Lippen. Sie war bekleidet mit schwarzen hohen Schnürstiefeln, schwarzen Strümpfen, grauem Trilochend und weitem Innenscheid, brauner Tuchbluse mit Samtbefaz und Stidereinlage, schwarzem Samtdackel, langer schwarzer Boa. Eine Kopfbedeckung fehlte. Das Alter der Toten wird auf 28 bis 35 Jahre geschätzt.

Ein Schussal, dessen Treiben doppelt verbrecherisch war, ist von der Kriminalpolizei unerschöpflich gemacht worden. Ein Händler Hermann Groß, der in gewissen Kreisen den Spitznamen „Ranny“ führt, mißbrauchte und vertuppelte junge Burden. Er machte sich besonders an Jungen heran, die aus einer Fürsorgeanstalt entlassen waren, gab ihnen Unterricht in seinem Keller in der Friedrichsberger Straße und hatte sie nun ganz in seiner Gewalt. Aus Furcht, sonst der Polizei in die Hände zu fallen, waren die „Enwickelungen“ nicht nur dem Verbrecher selbst zu Willen, sondern liegen sich auch von ihm vertuppeln, wie er es haben wollte. Am Sonnabend hatte Groß wieder mehrere Jungen nach dem City-Park in der Friedrichsstraße, einem berüchtigten Sammelpunkt für dieses Geschlecht, bestellt, um sie von dort für seine unsauberen Zwecke mitzunehmen. Jetzt erwiderte ihn die Kriminalpolizei und setzte ihn hinter Schloß und Riegel.

Aus der Selbstmordchronik. Arbeits- und Obdachlosigkeit haben den 32 Jahre alten Maler Emil Möbius in den Tod getrieben. Der Mann hatte wegen eines Herzschlagers keine Arbeit mehr und wohnte bei seinem Bruder in Rixdorf in der Emser Straße. Dort ging er vor vier Wochen weg, weil er seinem Bruder, der selbst Frau und zwei Kinder zu ernähren hat, nicht mehr zur Last fallen wollte. Seitdem hatte er kein Obdach mehr. Vorgeföhren abend erlöschte sich der Unglückliche auf dem Abort des Schlesischen Bahnhofes. — Mit Gas vergiftete sich die 27 Jahre alte Verkäuferin Gertrud Nieder aus der Nehmannstraße 8. Das verwachsene Mädchen hatte ein Verhältnis mit einem Handwerker, fürchte aber, daß dieser sie wegen ihrer körperlichen Mängel doch nicht heiraten werde. In der Nacht zum Sonntag drehte sie den Hahn eines Gaslochers auf und nahm den Schlaf in den Mund. Als man sie morgens auffand, war sie tot. — Ein Augenleiden brachte den 23 Jahre alten Hausdiener Walter Biel aus der Prager Straße 1 zur Vergiftung. Das Leiden, das von den Mägern herabgelitten war, verschlimmerte sich nach einer Erkältung so sehr, daß der junge Mann seit drei Monaten nicht mehr arbeiten konnte. Er äußerte wiederholt Selbstmordgedanken und war seit sechs Wochen verschwunden. Gestern landete man seine Leiche am Elisabethufer aus dem Luisenstädtischen Kanal. — Der 47 Jahre alte aus Heilsberg gebürtige Arbeiter Gustav Lehmann aus der Bietenstraße 49 zu Rixdorf sprang Sonntag nachmittag um 1 Uhr auf dem Grundstück Prinz Handjerystraße 55 aus dem Fenster des 8. Stock auf den gepflasterten Hof hinaus und brach sich das Genick und war sofort tot. Not soll das Motiv sein. — Aus dem Wasser gelandet wurde bei Heiligensee die Leiche einer unbekannt 25 bis 35 Jahre alten Frau. Die mittelgroße Tote trug einen schwarzen Tuchrock, eine braune Tuchbluse mit Samtbefaz, schwarze Schnürschuhe und einen goldenen Ring mit einem kleinen Brillanten. Ihr Portemonnaie enthielt 87 M. Ihr Kasentücher ist L. gezeichnet.

Unbemittelte Magen- und Darmkrankheiten werden in der Poliklinik, Karlsruher Str. 20, nach Rücksicht des Leiters wieder wochentäglich 10-11 unentgeltlich behandelt.

Zur Zoologischen Garten ist kürzlich eine Sumpfsantilope geboren worden, die unter der Pflege der ebenfalls in Berlin geborenen Mutter vorzüglich gedeiht. Diese stattliche westafrikanische Art ist dadurch besonders auffallend, daß der Kopf nicht nur etwa die doppelte Größe des weiblichen Tieres hat, sondern auch ganz anders gefärbt ist, und daß außerdem bei dieser Form nur das Männchen gebildet erscheint, während bekanntlich bei sehr vielen Antilopenarten die Geschlechter sich sehr ähnlich sind. Der junge Kopf hat zunächst die rote Farbe seiner Mutter und wird erst später schwarzbraun.

Im Zoologischen Garten kostet an diesem ersten Sonntag im Monat März der Eintritt während des ganzen Tages nur 25 Pf. pro Person.

Vorort-Nachrichten.

Schöneberg.

Zum Rathausneubau. Durch das Grundstück, das die Stadtgemeinde Schöneberg für den Bau des neuen Rathauses vorgesehen hat, zog sich der alte Mühlenweg, dessen Flurstücken zwar schon vor Jahren aufgehoben worden sind, der aber bisher noch dem Verkehr diente. Die von der Polizei nunmehr eingeleitete Einziehung des alten Weges, soweit er durch das Rathausgrundstück geht, war von der Berlinischen Wohnungsgesellschaft angefochten worden. Am 2. März hat jedoch das Oberverwaltungsgericht unter Vorsitz des Senatspräsidenten Dr. Schulze in endgültig dahin erkannt, daß der Einspruch der Wohnungsgesellschaft gegen die Einziehung dieses Teiles des alten Mühlenweges unberechtigt ist, weil die Vorteile, welche dieser Grundstückseigentümerin durch die Reanulation anderer breiterer Straßen im Westgelände erwachsen, die etwa eintretenden Nachteile der Einziehung weit überwiegen. Die Stadtgemeinde Schöneberg ist nunmehr in der Lage, mit dem Rathausneubau unbehindert zu beginnen. Die Verleistung der Materialien ist bereits erfolgt. Die Grundsteinlegung wird jedoch voraussichtlich, ohne daß die Bauarbeiten dadurch aufgehalten werden, erst in einigen Wochen erfolgen, nachdem der neugewählte Erste Bürgermeister sein Amt angetreten haben wird.

Steglitz.

In der Gemeindevertreterversammlung am Freitag teilte der Vorsteher mit, daß die abgehaltenen Fisch-Rochkurs reges Interesse erweckt hätten und daß sich deshalb der Deutsche Fischereiverein entschlossen habe, mit den Veranstaltungen fortzufahren. Die Kurse werden wieder in der neuen Gemeindeschule am Platz 9 stattfinden und zwar am 16., 17., 23., 24., 30. und 31. März, nachmittags 6 Uhr. Zur Einrichtung eines Zimmers im Gymnasium für Lichtbilder-Vorführungen zu Lehrzwecken wurden 1500 M. und der gleiche Betrag zur Anschaffung eines Projektionsapparates bewilligt. In diesem Frühjahr soll der durch den „Schüler-Spielplatzverein Grunewald“ auf forstökallidem Gelände angelegte Schüler-Spielplatz in Benutzung genommen werden. Diesem Verein, der von Groß-Verliner höheren Lehranstalten ins Leben gerufen ist (ähnlich wie der Schüler- und Arbeitervereine), sind auch unsere höheren Schulen mit einem Jahresbeitrag von 1200 M. beigetreten. Bei Bewilligung dieses Beitrages im vorigen Jahre sprach die Gemeindevertretung den Wunsch aus, daß der Spielplatz Sonntag und mindestens an einem Wochentage auch den hiesigen Fortbildung- und Volksschülern überlassen werden möge. Dieses Jugendland ist erzielt worden. Auf Antrag des Gemeindevorstandes wurde nun beschlossen, den Volk- und Fortbildungsschülern, die in Begleitung der Lehrer den Spielplatz besuchen und dazu die Grunewaldbahn benutzen wollen, den Fahrpreis für Hin- und Rückfahrt an Wochentagen auf je 5 Pf. zu ermäßigen. Weiter wurde einem Uebergangstarife zwischen den Kreisbahnen und der Grunewaldbahn zugestimmt, der sich jedoch nur auf Monats-, Schüler- und Arbeiter-Bahntarife bezieht. Die Ausdehnung auf Einzelkarten ist u. E. ebenfalls dringend notwendig. Die jetzt in Berlin damit beschäftigte Steuerberatungskommission des Kreises Teltow wird nach unserem Orte überleben und in einem von unserer Gemeinde auf dem ehemaligen „Arden-oder“ zu erbauenden Dienstgebäude Unterkunft finden. Die Mittel hierzu, und zwar 35 000 Mark Grundverlebens- und 165 000 Mark Baukosten, wurden bewilligt. Ein Antrag betreffend Verlegung von Steglitz mit frischen Seefischen wurde von der Rechten zunächst belächelt, schließlich aber doch der Marktkommission überwiesen; aller Voraussicht nach wird er dort sein festes Ende finden, weil die Mehrheit eine Schädigung des Mittelstandes befürchtet. Zum Schluß wurden abends 2000 M. zu einer Einweihungsfeierlichkeit bewilligt, und zwar des neuen Elektrizitätswerks, das am 1. April in Betrieb genommen werden soll. Unsere Genossen belächelten mit Rücksicht auf die ungünstige Finanzlage die Verwendung von Gemeindegeldern zu Festen und verrieten die Ansicht, daß man mit viel geringeren Mitteln auch eine würdige Eröffnungsfestveranstaltung könne. Die Versammlung glaubte jedoch auf die luminarischen Genüsse bei solcher Gelegenheit nicht verzichten zu können und bewilligte gegen die Stimmen unserer beiden Genossen die 2000 M.

Lichtenberg.

Ueberfall eines Geisteskranken auf ein junges Mädchen. Gestern früh gegen 7 Uhr wurde in der Capriviallee die achtzehnjährige Gertrud Württemberg, die Milch ausgetragen hatte, von einem Manne, der ihr schon längere Zeit gefolgt war, hinterwärts überfallen und zu Boden geworfen. Als der Fremde das Mädchen zu vergewaltigen versuchte, entwickelte sich zwischen der sehr kräftigen W. und ihrem Angreifer ein heftiger, verzweifelter Kampf, im Verlaufe dessen das Mädchen zahlreiche wuchtige Faustschläge in das Gesicht erhielt und schließlich die Besinnung verlor. In diesem kritischen Augenblick nahm ein Fuhrwerk, bei dessen Annäherung der Wüßling die Flucht ergriff, während sein Opfer von Passanten nach Hause geschafft wurde. Zwei Stunden später wurde an der Ostbahnbrücke ein Arbeiter von einem Manne überfallen, der dabei jedoch an den Unrathen kam und von letzterem nach der Eingekerkerte gebracht wurde. Hier stellte es sich heraus, daß der Eingekerkerte identisch war mit dem Manne, der das Sittlichkeitsattentat auf die Gertrud Württemberg verübt hatte. Der Täter ist ein geisteskranker 43jähriger Arbeiter Karl Wolf aus der Capriviallee 43 in Lichtenberg, der bereits wiederholt in Irrenanstalten interniert gewesen ist.

Treptow-Baumschulweg.

Ein folgenschwerer Baumsturz ereignete sich gestern mittag auf dem Grundstück der Teppichfabrik von Heißlich, Riechhofstraße 28/29. Dort wird gegenwärtig ein Erweiterungsbau des Fabrikgebäudes vorgenommen. Gestern brach plötzlich, wie man uns mitteilt, infolge von Ueberlastung das Gerüst zusammen. Dabei wurden zwei auf dem Bau beschäftigte Maurer und ein Steinsetzer so schwer verletzt, daß sie mittelst Krankenwagen nach dem Krankenhaus gebracht werden mußten.

Sanktitz.

Mit der Grundsteuerordnung, die nicht die Genehmigung des Kreisaußschusses gefunden hatte, hatte sich nochmals die letzte Gemeindevertreterversammlung zu beschäftigen. Der Paragraph derselben lautete: „Die Grundsteuer soll bei unbebauten Grundstücken höher sein als bei bebauten.“ Der Kreisaußschuß verlangte nun, daß für die unbebauten Grundstücke ein Höchstfuß angegeben werde; es ist dieses zwar nicht Gelegenssache, aber der Ausschuß hat bisher in der Praxis danach gehandelt. Aus Zweckmäßigkeitsgründen beschloß die Vertretung, sich dem Wunsche zu fügen und hinzuzusetzen: „Die Steuer darf für unbebaute Grundstücke höchstens das Dreifache der

bebauten betragen.“ Einem Antrage der Kirchengemeinde, die Lehrstelle von dem Rasteramt zu trennen, wurde zugestimmt. Eine Interpellation des Genossen Teurig wurde in nichtöffentlicher Sitzung verhandelt. Dieselbe betraf die Vergütung von Steinfegearbeiten zur Straße, bei welcher sich drei Firmen verbünden hatten, um höhere Preise zu erzielen; die Firmen sollen in Zukunft von Gemeindeforderungen ausgeschlossen werden. In den Verwaltungsrat für die Fortbildungsschule wurden die Gemeindevorsteher Hilberbrandt und Teurig, sowie Tischlermeister Lohs, Direktor Veier und Buchdrucker Müller gewählt.

Ober-Schöneweide.

Vom Kaiserfest in die Spree gesprungen. Die Verzweiflungslage eines Selbstmordkandidaten rief vorgestern hier Aufsehen hervor. Ein in den dreißiger Jahren stehender unbekannter Mann stürzte sich von der höchsten Stelle des Kaiserfestes in die Fluten der Spree hinab. Es wurden sofort vom Ufer aus Rettungsversuche unternommen, die auch Erfolg haben sollten. Der Lebensmüde wurde geborgen und in völlig besinnungslosem Zustande nach dem Krankenhaus gebracht.

Tempelhof.

Die hiesige Genossenschaftsbank, der etwa 200 Mitglieder angehören, befindet sich gegenwärtig in einer schweren Situation. Schon jetzt, so wird berichtet, steht die Bank der Kasse der Bank, Kaufmanns Bank, die Geschäfte in einer überaus bedauerlichen Weise geführt hat. Die Bank soll um 140-150 000 M. geschädigt sein. Krang ist bereits verhaftet.

Friedrichshagen.

Gemeindevorsteherwahl. Zu dem Bebauungsplan für den östlichen Gemeindeviertel teilte Bürgermeister Dr. Stiller mit, daß derselbe infolge Einspruchs eines Anlegers und durch das Abkommen mit dem Rentier Goldmann Änderungen erfahren habe. Die Verlegung der Straße 68 weiter östlich sei notwendig geworden. Der Plan sei nun fertiggestellt und die Vermessungen beendet. Der Regierungspräsident habe seine Zustimmung gegeben, so daß die polizeiliche Genehmigung erfolgen könne. Das Zusammenlegungsverfahren nehme seinen Fortgang und es werde nach Zustimmung der Generalkommission mit den Anlegern wegen der Verteilung der Vorzinsen verhandelt. Die Vertretung stimmte der Abänderung des Bebauungsplans beibehalten zu. Die Pflasterungsarbeiten der Mühlenwegstraße belaufen sich inklusive der Erwerbskosten des für die Durchlegung angekauften Grundstücks auf insgesamt 27 694,32 M. Der Gemeindevorstand schlägt vor, die Kosten nach folgendem Plan zu verteilen: Die Erwerbskosten des angekauften Grundstücks gehen mit Rücksicht auf das vorliegende Verkehrsinteresse zu Lasten der Gemeinde. Zu den Pflasterungskosten sind die Besitzer der alten Grundstücke mit 50 Proz. und die Besitzer der durch die Durchlegung erschlossenen Grundstücke mit 75 Proz. heranzuziehen. Die Gemeinde hat somit 18 045,16 M. und die Anleger 14 549 M. zu zahlen. — Zum Ersatz des vor dem neuen Anstaltshaus (schadhaft gewordenen) Pflaster empfiehlt die Tiefbaukommission, mit geräuschlosem Pflaster einen Versuch zu machen, um Störungen des Verkehrs durch den Wogenverkehr zu vermeiden. Die Kommission schlägt vor, hierzu Teerbeton (eine Mischung von Steinen und Teermasse) zu verwenden. Die Kosten würden circa 7100 M. betragen. Der Vorschlag der Kommission wurde jedoch nach längerer Debatte abgelehnt, da über die Haltbarkeit des vorgeschlagenen Pflasters noch nicht genügende Erfahrungen gesammelt sind. Der Gemeindevorstand wurde beauftragt, einen neuen Kostenschlag vorzulegen, nach welchem gutes Steinmaterial zur Pflasterung verwendet werden soll. — Der Gemeindevorstand beantragt, auf dem Sport- und Spielplatz eine Unterlaufhalle zu errichten, da in weitem Umkreis kein Saug gegen plötzliche eintretendes Unwetter vorhanden ist. Es soll ein Schuppen von vier Meter Breite auf einer 82 Quadratmeter großen Fläche errichtet werden. Die Errichtung des Schuppens soll arbeitslosen Zimmerern übertragen werden. Genosse Sonnenburg ersuchte um Zustimmung des Antrages, gleichzeitig auf den unbrauchbaren Zustand der auf dem Sportplatz befindlichen Brunnen hinweisend. Der Bürgermeister sagte die ordnungsmäßige Herstellung der Brunnen zu. Ebenfalls soll in dem neuerrichtenden Schuppen ein Brunnen aufgestellt werden. Auch soll im Frühjahr auf dem Platz eine Halle für alkoholfreie Getränke, Milch usw. eröffnet werden. Der Antrag des Vorstandes wurde einstimmig angenommen. — Von dem Jahresbericht des Armen- und Krankenpflegevereins, der von der Gemeinde jährlich subventioniert wird, nahm die Vertretung unter Anerkennung der hiesigen Tätigkeit des Vereins Kenntnis. Der Bürgermeister empfahl, bei der starken Inanspruchnahme der Krankenkassen die Armen- und Krankenpflege einer Reform zu unterziehen. Genosse Sonnenburg wünscht, in Zukunft auch Frauen in die Armenkommissionen hineinzunehmen. Der Bürgermeister sagte dies zu. Er werde demnächst den Gemeindevorstern einen Vortrag halten, zu welchem auch der Armen- und Krankenpflegeverein eingeladen werde. — Aldom teilte der Bürgermeister mit, daß der Jahrmart Bodlaender den Ort verlassen hat und dadurch das Abkommen hinsichtlich der Wägen, was zwischen ihm und der Gemeinde getroffen. Es sei deshalb mit dem Jahrmart Westly verhandelt, der bereit ist, die Schaulinder zu unterziehen und unbemittelte Kinder unentgeltlich zu behandeln. Vertreter Dr. Vesting und Genosse Sonnenburg beantragten, für die Jahrspflege der Schaulinder Mittel in den Etat einzusetzen. Die Schuldirektoren auch auf die Jahrspflege auszubedenken, sei eine soziale Pflicht der Gemeinde. Der Antrag wurde zur Entscheidung zurückgestellt. — Der Bürgermeister gibt noch bekannt, daß zum erstmaligen die Abiturientenprüfung am Realgymnasium stattgefunden habe. Sämtliche Prüflinge haben das Reifezeugnis erhalten. Dadurch sei das Gymnasium als Vollanstalt anerkannt.

Trebbin (Kreis Teltow).

Die Stadtverordnetenversammlung beschloß in ihrer letzten Sitzung, die Summe von 222,77 M., die infolge der Nachzahlung auf die Lehrentgelt als Mehrausgabe entstanden ist, in den Etat einzustellen. Der Kammerpräsident, sowie Wasserwerkseigentümer wurde auf Antrag des Genossen Richter verurteilt. Bei der Verlesung eines von der Stadt in der „Arbeitsvermittlung“ aufgegebenen Inserats, das alle vier Wochen eingerückt wird und jedesmal 12 M. kostet, nahm Genosse Richter das Wort. Redner betonte: Daß die Stadt auf diese Weise für Heranziehung von Industrie und Unternehmungen Sorge, sei so ganz schön, aber in der Bürgererschaft würde es beschwerlich, daß gerade Herren aus der Verwaltung ihre Betriebe nach außerhalb verlegen. Vor Jahren habe das damalige Magistratsmitglied Herr Weremann seinen Betrieb nach Jützhau verlegt. Derselbe habe zwar versucht, hier zum Aufbau einer neuen Fabrik Land zu kaufen, mühe dies aber aufgeben, weil zu kolossale Preise dafür gefordert wurden. Dieser Zustand werde auch in Zukunft nicht beseitigt werden, denn die Stadt selbst habe kein Land und die Kirchengemeinde sowie die günstig gelegenen Besitzter forderten sehr hohe Preise. Jetzt habe sogar der Wasserwerkseigentümer Herr Jharranfabrikant Schurig einen neuen Betrieb in Süddeutschland errichtet. Der Bürgermeister meinte hierzu, daß er mit Herrn Schurig sehr eingehend über diese Sache gesprochen habe. Derselbe habe sich ihm gegenüber auch geäußert, daß er gerne am Ort seinen Betrieb vergrößern würde, wenn er Arbeiter bekommen könnte. Da er aber auf seine Annonce keine Arbeiter erhielt, habe er sich anderwärts niederzulassen entschlossen. Genosse Richter betonte demgegenüber, daß es nicht an Arbeitskräften gefehlt habe, sondern die Verlegung geschähe der billigeren Löhne wegen. Herrn Schurig seien in großer Zahl Tabakarbeiter und Arbeiterinnen vermittelt worden, die er aber nie eingestellt habe. Nachdem noch des längeren über den etwaigen Vorzinsverlehe gesprochen worden war, trat Schluß der Sitzung ein.

Udlerhof.

Die nächste Sitzung der Gemeindevertretung am Donnerstag wird sich u. a. mit der Anstellung eines Gemeindevorstehers, der Verlegung des Anschlagwehens sowie der Uebernahme von Kreis-

Deutsch-Wasserhausen.

Die letzte Gemeindevorsteherwahl beschäftigte sich mit dem Etat 1911. Derselbe schließt in Einnahmen und Ausgaben mit 10 150 M. gegen 9174 M. im Vorjahre ab. Die Einkommenssteuern sind von 200 Proz. auf 260 Proz., Grund- und Gebäudesteuer von 300 auf 390 und Gewerbesteuer von 300 auf 380 erhöht worden. Die Entschädigung des Gemeindevorstehers ist von 400 auf 600 M., die des Steuererhebbers von 150 auf 200 M. erhöht worden. Ein Antrag eines Vertreters der ersten Klasse, über Etat und Titel I: Entschädigung des Gemeindevorstehers und Steuererhebbers getrennte Abstimmung vorzunehmen, wäre mit fünf gegen fünf Stimmen angenommen worden, wenn nicht der Gemeindevorsteher durch seine Stimme die Ablehnung des Antrages herbeigeführt hätte.

Genosse Schust zog gegen die Vorberater des Etats zu Felde. Trotz der Finanzmiserie des Ortes werde für den Gemeindevorsteher und Steuererheber eine höhere Entschädigung eingeführt. Durch die hohen Steuerzuschläge würden die zahlungsunfähigen Mieter vom Ort ferngehalten. Es sei eine Schande, daß auch diesmal die bereits zweimal beantragte Anschaffung einer Lampe für das Sitzungszimmer unterbleibe. So werde man auch später bei dem dürftigen Licht, welches die geborgte Lampe des Schullehrers ausstrahle, tagen müssen. Der Etat wurde mit 5 gegen 3 Stimmen unserer Genossen angenommen. Gemeindevorsteher verließ der Antragsteller für die getrennte Abstimmung vor der Abstimmung das Sitzungszimmer.

Die Arbeiterschaft ersieht hieraus, wie notwendig es ist, daß bei der stattfindenden Gemeindevorsteherwahl in diesem Monat unser Kandidat, der Genosse Schust mit großer Mehrheit gewählt wird.

Weihensee.

Zur Frage der Einführung der Arbeitslosenunterstützung kann berichtet werden, daß für das laufende Etatsjahr wohl noch keine Mittel im Etat bereit gestellt werden. Die Staatskommission hat sich von dem mit der Durchbearbeitung vertrauten Assessor Dr. Brandt Vortrag halten lassen. Danach ist der von unseren Genossen eingereichte Entwurf zu weitgehend, weil die Einrichtung der Gemeinde jährlich 15 000 M. kosten würde. Das von dem Herrn vorgelegte Material wurde von den Genossen Fuhrmann und Kaufmann stark angezweifelt, und eine letzte gemeinsame Beratung verlangt. Unsere Genossen mühten einige Änderungen des Entwurfs aufzulegen, wollte man nicht die ganze Vorlage zu Fall bringen. Es wurde das Versprechen gegeben, die Vorlage nicht fallen zu lassen; nur die Kürze der Zeit gestatte es nicht, schon jetzt Mittel im Etat vorzusehen.

Potsdam.

Der Bericht der Schulärzte gibt einen interessanten Einblick in den Gesundheitszustand der Gemeindeglieder. Leider gibt der Magistrat denselben für die Öffentlichkeit in seinen Einzelheiten nicht bekannt. Er teilt nur mit, daß nichts Auffallendes zu berichten sei, allerdings auch nichts Abweichendes, denn die Tätigkeit ist noch eine sehr kurze. Erst seit April 1909 sind acht Schulärzte angestellt, früher waren es nur drei. Zur Hebung des Ernährungsstandes hat der Magistrat verschiedentlich eingegriffen müssen. Es sind viele Nahrungsmitteluntersuchungen festgestellt, so daß man in diesem Zusammenhange an die Einführung des orthopädischen Turnens denken will. Von den Einzelheiten wird nur mitgeteilt, daß Stadtsarzt Dr. Kummel, der an der 6. Gemeindegemeinde tätig ist, sich die Mühe genommen hat, alle Kinder zu untersuchen. Wertwürdigerweise ist die Konstitution dieser Kinder durchschnittlich besser als die aller anderen Gemeindeglieder. Die Kinder kommen aus der inneren Stadt. Aber auch da sind sehr viele Mangelverkrümmungen. Die Mängel erst die Befunde an den anderen Schulen sein. Die Einrichtung einer Zahnklinik wurde von den Stadtverordneten abgelehnt.

Kaufmanns- und Gewerbegericht. Im Jahre 1910 sind beim Kaufmannsgericht 38 (im Vorjahre 35) Klagen anhängig geworden. Erledigt wurden durch Vergleich 13, durch Anerkenntnis 1, durch Jurisdiktion 6, durch Versäumnisurteil 5, durch Endurteil 6, auf andere Weise 8. — Beim Gewerbegericht sind in derselben Zeit 124 (125 im Vorjahre) Klagen anhängig gemacht worden und zwar von Arbeitern 108, von Arbeitgebern 16. Die meisten betrafen Objekte unter 20 M. Es sind durch Endurteil nur 29 von den 124 Klagen erledigt, durch Vergleich wurden 54, durch Versäumnisurteil 16, auf andere Weise 22 erledigt. Zu ihrer Erledigung bedurften weniger als eine Woche: 9, 1 bis 2 Wochen: 16, 2 Wochen bis 1 Monat: 4 Klagen.

Spandau.

Die Leiche eines neugeborenen Kindes ist vorgestern aus einem Spreearm nahe dem Schwanengraden der Gewerfabrik gelandet worden. Ein Arbeiter der Militärwerkstätten, der an der Berliner Chaussee spazieren ging, bemerkte im Wasser einen Gegenstand, der darin auf- und niedertauchte. Er holte ihn aus Wasser; es war eine alte Marstafche, die ein Paket enthielt. Als dessen aus leichtem Stoff bestehende Umhüllung, die zusammengeknüllt und mehrfach verschmürrt war, geöffnet wurde, erblühte man die Leiche eines neugeborenen Kindes, das ungefähr eine Woche im Wasser gelegen hatte. Der Leichnam ist nach der Friedhofshalle an der Gadower Straße geschafft worden.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse von 1895. (C. S. 71.) Dienstag, den 7. Februar, abends 9 Uhr, im Restaurant Jüdenstraße 18/19: Sitzung.

Witterungsüberblick vom 6. März 1911.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Spreenände	756	SW	0 mäßig	3	Dahlemburg	756	SW	2 bedeckt	-7
Dahlemburg	760	SW	3 mäßig	3	Petersburg	748	NO	1 Schneefall	0
Berlin	762	SW	3 mäßig	3	Schloß	762	SW	3 mäßig	7
Frankfurt	762	SW	3 mäßig	3	Bertram	767	SW	13 Regen	4
München	764	SW	3 mäßig	3	Paris	764	NO	1 halb bb.	-0
Wien	761	SW	4 heftig	3					

Wetterprognose für Dienstag, den 7. März 1911. Gleichmäßig, vorherrschend wolkig mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 5. 3.	seit am 4. 3.	Wasserstand	am 5. 3.	seit am 4. 3.
Memel, Tilsit	494,7	-3	Saale, Großh.	294	-3
Regel, Insterburg	314,4	-18	Saale, Spandau	152	-1
Seigal, Thorn	439,7	-12	Saale, Halleschen	170	-
Oder, Rathow	280,7	-32	Spree, Borsenow	308	-4
„ „ „ „	381	+1	„ „ „ „	200	+5
„ „ „ „	375	0	„ „ „ „	178	-33
„ „ „ „	—	—	„ „ „ „	226	-12
„ „ „ „	348	+19	„ „ „ „	—	—
„ „ „ „	154	+4	„ „ „ „	370	+4
„ „ „ „	200	-11	„ „ „ „	464	-2
„ „ „ „	120	-5	„ „ „ „	199	-25
„ „ „ „	446,7	+1	„ „ „ „	—	—
„ „ „ „	355	+0	„ „ „ „	—	—

1) + bedeutet Hoch, - Niedrig. — 2) Unterbrechung. — 3) Seit 11 1/2 Uhr vorläufige Ablesung. — 4) Glatteis. — 5) Eisfeld, am 6. morgens Wasserstand: 410 cm. — 6) Am 6. morgens: 316 cm. — 7) Höchstes Wasserstand: 447 cm am 5. um 4 Uhr morgens.

Turnverein

Mitgl. des Arbeiter-

Gegründet am 5. Aug. 1890.



„Fichte“

Turner - Bundes.

Geschäftsstelle: Koppenstr. 24.

Donnerstag, den 9. März d. J., abends 8 Uhr:

Eröffnung der 5. Frauenabteilung

in der 83./93. Gemeindefchule, Dieffenbachstr. 60/61.

Einschreibgebühr 35 Pf. - Monatlicher Beitrag 60 Pf.
Im Beitrag ist die monatlich erscheinende Bundeschrift „Die Turnerin“ sowie das „Mittlungsblatt“ des Vereins mit eingerechnet.

Turnzeiten: Montag und Donnerstag, 8-10 Uhr abends.
Mitglieder, welche sich am Eröffnungabend anmelden, sind vom Einschreibgeld befreit.

Aufnahme neuer Mitglieder in der Turnhalle.

Kardinal-Markkaffee

der Beste der Gegenwart

Überall zu haben

Nur echt in roter Packung.

Möbel

liefert auf **Teilzahlung** bequeme bei kleinster Anzahlung in be- kannter Güte (mit größter Rücksicht bei Krank- heit und Arbeitslosigkeit)

E. Cohn, Gr. Frankfurterstr. 58

W. Kube's Festsäle, früher Feuerstein,

Alte Jakobstraße 75, Fernsprecher Amt I Nr. 557.
Empfehle meine Säle zu Veranlassungen und Festlichkeiten. Ober- feterlage und Sonnabende im April zu vergeben. Prachtvoller Garten mit Bühne zu Sommerfesten. Größtes Tanzsaal.

Carmen Sylva

Cigaretten

Beste Qualitäten

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 7. März

Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Zauber-
flute.

Königl. Schauspielhaus. Jopel
und Schmetz.

Neues Königl. Opern-Theater.
Bauernpöbel.

Deutsches. Othello.

Leipzig. Die Silbente.

Neues Schauspielhaus. Faust
(1. Teil).

Kammerspielt. Kanjot
(Anfang 8 Uhr.)

Anfang 8 Uhr.

Komische Oper. La Traviata.

Kleinod. Der Leibarzt.

Neues Operetten. Die schöne
Mulle.

Berliner. Bummelstudenten.

Witten. Die lustigen Nibelungen.
(Anf. 7 1/2 Uhr.)

Neues. Mein erlauchter Ahnherr.

Trianon. Hippolyte's Abenteuer.

Reisend. Parler Menä.

Thalia. Polnische Wirtshaus.

Schiller u. Schiller - (Kamer.)
Ein idealer Gatte.

Schil- Charlottenburg. Maria
und Magdalena.

Friedrich + Wilhelmstädtisch.
2 x 2 = 5.

Volkoper. Martha.

(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Schauspielhaus. Meyer's

Luise. Aus erster Ehe.

Modernes. Der Feldherrnhügel.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hurra - Wir leben
noch!

Kaffee. Judis Wippen.

Apollon. Spezialitäten.

Verlag. Spezialitäten.

Seigt. Der Holzerlösig.

Reichshallen. Steiner Sönger.

Karl Haverland. Spezialitäten.

Wintergarten. Spezialitäten.

Walhalla. Travo! Travo! (An-
fang 8 1/2 Uhr.)

Antimes. Das Mädchen aus Paris.
(Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wedding. Hochzeiten.

Kaiser-Panorama. Eine Tour in
die Alpen von Trient nach Alexan-
drien. - Wanderung im Stei-
rischen Salzkammergut.

Arada. Taubenkrahe 48/49.

Abends 8 Uhr: Im Firnenglanz
des Ober-Engadins.

Abends 8 Uhr: Prof. Prof.
Dr. Donath: Wellenlehre und
Schall.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Abends 8 Uhr: Geheimere Ober-
regierungsrat Dr. v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Urania.

Wissenschaftliches Theater
Taubenstraße 48/49.

Abends 8 Uhr:

Im Firnenglanz des Ober-Engadins.

Hörsaal 8 Uhr:

Professor Dr. B. Donath:
Wellenlehre und Schall.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

8 Uhr:

Geheimer Ober-Regierungsrat Dr.
v. Buchka: Die deutsche Nahrungs-
mittelindustrie.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theat.)
Dienstag, abends 8 Uhr:

Ein idealer Gatte.

Schauspiel in 4 Akten v. Dölar Wölde.
Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Nathan der Weise.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Ein idealer Gatte.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Dienstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Schauspiel in 4 Akten v. Paul Lindau.
Ende 10 1/2 Uhr.

Mittwoch, abends 8 Uhr:

Der Himmel auf Erden.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends 8 Uhr:

Maria und Magdalena.

Donnerstag, abends

DEUTSCHE BANK.

Geschäftsbericht für das Jahr 1910.

Wir berichten über das einundvierzigste Geschäftsjahr unserer Bank. Die günstige Konjunktur, von der wir in unserem vorjährigen Berichte sprechen konnten, hat weitere Fortschritte gemacht. Aber die Entwicklung vollzog sich nicht ohne Störungen.

Nach der schweren Welt-Handelskrise von 1907 bedurfte das wirtschaftliche Leben zu seiner Gesundung einer längeren Periode relativer Schonung und Ruhe. In Europa verlief diese Rezessionszeit mit der wünschenswerten Steigung; in den Vereinigten Staaten jedoch war bereits 1909 ein verfrühter Optimismus zum Durchbruch gekommen, dem im Berichtsjahre eine starke Ernüchterung folgen musste: über zwei Milliarden Dollars betrug die Summe der an Shares erlittenen Wertverminderungen auf dem New Yorker Kurszettel während des ersten Halbjahres 1910. Die durch die angeordneten Vorgänge erwungene Einschränkung und die Besserung der Handelsbilanz der Vereinigten Staaten scheint jetzt auch das amerikanische Wirtschaftsleben, von dem das europäische in zunehmendem Maße beeinflusst wird, auf eine gesündere Grundlage gebracht zu haben.

Deutschland blieb von so gewaltsamen Bewegungen verschont. Eine gute Getreideernte und steigende Absatzmöglichkeiten für die deutschen Erzeugnisse auf fremden Märkten förderten die wirtschaftliche Tätigkeit auf dem inländischen wie auf dem ausländischen Markt, wenn auch die meisten Warenpreise dem Erzeuger nur einen bescheidenen Nutzen gelassen haben. Der Kapitalreichtum Deutschlands ist allerdings noch nicht so groß wie der Großbritanniens und Frankreichs; aber das deutsche Nationaleinkommen steht in Europa nur noch dem englischen nach, und auch die Ersparnisse haben Zahlen erreicht, an welche die vorige Generation nicht zu denken wagte. Die Einlagen bei deutschen Sparkassen haben sich seit 1875 verdreifacht; sie betragen jetzt zwischen 15 und 16 Milliarden Mark. Der deutsche Effektenmarkt nimmt alljährlich für erheblich mehr als drei Milliarden Mark neue Werte auf, darunter 10 bis 20% ausländische. Diese ausländischen Anlagen sind für die deutsche Volkswirtschaft zu einer Notwendigkeit geworden. Sie dienen häufig und gerade in Zeiten hoher Zinssätze zur Ausgleichung der deutschen Zahlungsbilanz. Trotz einiger bedauerlichen Verluste, die vor mehr als zwanzig Jahren das deutsche Kapital infolge Nichterfüllung der von auswärtigen Staaten eingegangenen Verpflichtungen betroffen haben, ist das durchschnittliche Ergebnis deutscher Anlagen in ausländischen Werten ein überaus erfreuliches gewesen und hat das deutsche Nationalvermögen nachwelsamer viele Hunderte von Millionen vermehrt. Obgleich unsere Emissionstätigkeit hauptsächlich und vorzugsweise auf die Ausgabe inländischer Wertpapiere gerichtet ist, hat auch die Deutsche Bank, unter sorgfältiger Prüfung und Erwägung jedes einzelnen Falles, an dieser Einfuhr fremder Werte in massvollen Grenzen teilgenommen und darf darauf hinweisen, dass seit einer langen Reihe von Jahren kein von ihr an die deutschen Börsen gebrachtes ausländisches Effektenportfolio nicht erfolgreich geworden ist. Aber sogar an Effekten, die vor zwanzig Jahren notleidend waren, hat die deutsche Volkswirtschaft großen Gewinn erzielt: wir erinnern an die Werte der Northern Pacific Bahn, die längst zum größeren Teil mit bedeutendem Gewinn für die deutschen Erwerber in das Heimatland zurückgekauft sind oder dahin jederzeit verkauft werden können.

Nach den vorläufigen Ausweisen hat die deutsche Einfuhr (ohne Edelmetalle) im Berichtsjahre um 82 Millionen Mark zugenommen, die Ausfuhr um 872 Millionen. Die Statistik zeigt, dass Deutschland im Weltmarkt die zweite Stelle einnimmt. Es betrug im Jahre 1910 (in Millionen Mark, ohne die Edelmetalle):

Table with 4 columns: in England, in Deutschland, in den Vereinigten Staaten, in Frankreich. Rows: die Einfuhr, die Ausfuhr, Gesamtsumme Außenhandel.

(Die Berechnung setzt M. 20,40 = 1 Lira, M. 4,20 = 1 Doll., M. 81,20 = 100 Fr., die Durchfuhr — in Großbritannien allein 104 Millionen Lira, ausmachend — nicht berücksichtigt.)

Die deutsche Eisenproduktion ist annähernd ebenso groß wie die Großbritanniens und Frankreichs zusammengenommen; sie wird dagegen von der nordamerikanischen in normalen Jahren allerdings um das Doppelte übertroffen.

Auch die deutsche Zahlungsbilanz war eine befriedigende; es sind über 180 Millionen Mark Gold mehr eingeführt als ausgeführt worden.

Der im vergangenen Jahre so viel besprochene Rückgang des Kurses der deutschen Staatsanleihen hat seit einigen Monaten einen langsamen, aber um so gesünderen Besserung der Rentenkurse Platz gemacht, dank einer zweckmäßigeren Behandlung des Marktes und der Ankündigung, dass keine neuen Emissionen von Reichsanleihen und Preussischen Konsols im laufenden Jahr an die Börsen kommen sollen. Der deutsche Effektenmarkt würde übrigens eine solche Neumission auch gut vertragen können, wie die leichte Aufnahme einer Reihe deutscher Staats- und Kommunalanleihen beweist, wenn nur weiter geeignete Massregeln ergriffen werden, Käufer in den Markt zu bringen: in erster Linie durch die Tilgungskäufe, die wenigstens im Reichsetat in angemessener Höhe vorgesehen sind, in zweiter Linie und namentlich durch die Sparkassen. Es wäre vergeblich und ein Fehler, die Erreichung besserer Rentenkurse durch Zwangsregeln gegen die Banken zu versuchen. Die den Banken anvertrauten Gelder müssen vielmehr im wesentlichen in flüssigeren Aktiven angelegt werden, in Wechseln, kurzfristigen Vorschüssen und dergleichen. Noch verkehrter würde es sein, nach dem russischen Vorbild die Aktiengesellschaften aller Art anzuhalten, ihre Reserven ganz oder teilweise in Staatsanleihen festzulegen; erreicht würde damit nur, dass eine grosse Zahl der 6000 bis 6000 deutschen Aktiengesellschaften Schulden aufnehmen, ohne ihr Kapital vermehren zu können, um Staatsanleihen zu kaufen. Dagegen führt der von einzelnen Bundesstaaten schon früher, wenn auch zum Teil ohne die erforderliche Konsequenz, beschrittene Weg durch gesetzliche vorgeschriebene Anleihekäufe der Sparkassen sicher zu dem Ziel der Hebung der deutschen Rentenkurse. Die deutschen Sparkassen verwalten den dreifachen Betrag fremder Gelder, wie die in Frage kommenden Banken zusammengenommen. Wenn nur ein erheblicher Teil der jährlichen neuen Sparkasseneinlagen von jetzt durchschnittlich 500 Millionen Mark in Staatsanleihen angelegt werden müsste, würden nicht nur die Sparkassen allmählich die dringend erforderliche bessere Liquidität erlangen, sondern diese Käufe würden auch, wie im gesamten Ausland, die wesentliche Stütze für die Rentenkurse werden. Der starke Preisfall der englischen Konsols ist nachgewiesenermassen, ausser der Schuldvermehrung durch den Transvaalkrieg, hauptsächlich auf das Nachlassen der Käufe des Savings Bank Fund zurückzuführen. Diese Käufe betragen 1896 noch über 15 Millionen Pfund Sterling und fielen in den nächsten Jahren bis auf Null, weil höher verzinsliche Kolonialanleihen etc. als Anlage der Spargelder gestattet wurden. Mit dem Fallen des Kurses der englischen Konsols ist dann auch der Zinssatz für alle Kommunalanleihen, Pfandbriefe u. s. w. gestiegen, genau wie in Deutschland.

Die Deutsche Bank besass am Jahresabschluss nominal M. 127 745 500.— in deutschen Schatzanweisungen, sowie Anleihen des Reiches und der deutschen Bundesstaaten; je nach ihrem Charakter sind diese Anlagen unter Wechseln, Schatzanweisungen, Effekten oder, sofern sie in einem Syndikat gebunden sind, unter den Konsortialbeständen verbracht.

Die Rentabilität litt im Berichtsjahre schwer unter der Drohung der Reichs-Wertwachsteuer. Wir befürchten, dass der Ertrag dieser Steuer nicht im richtigen Verhältnis stehen wird zu den Schwierigkeiten ihrer Erhebung und der Beeinträchtigung des Grundstückenverkehrs, ferner auch, dass dem Reich mehr durch Verminderung der Umsätze entgehen wird, als die Wertwachsteuer in ihrem Reinertrage einbringt. Auch dieser neueste Steuergeiz dürfte zur Erdrückung der schwächeren Existenzen beitragen, wie es das Börsengesetz getan hat.

Auf unsere einzelnen Geschäftszweige übergehend, berichten wir folgendes:

Unser Bruttogewinn ist abermals beträchtlich gewachsen, namentlich die Provisionserträge. Aber auch die Unkosten zeigen eine dauernde und bedeutende Steigerung. Im Berichtsjahre sind die Unkosten noch in aussergewöhnlicher Weise vermehrt worden durch den Eintritt der Filiale in Konstantinopel und Brüssel; auch erscheinen unter M. 925 508,62 unsere Beiträge zu dem Beamten-Versorgungs-Verein in Höhe von M. 900 000.— für den Siemens-Fonds im vorigen Jahre ein ähnlicher Betrag (M. 900 000.—) für den Siemens-Fonds erst dem Jahresgewinn entnommen wurde. In dem am beigefügten Gewinn- und Verlust-Konto geben wir neue Einzelheiten über die an die Leiter unserer Geschäfte geflossenen und für die Beamtenschaft aufgewendeten Beträge.

Wir proponieren die Vertheilung der gleichen Dividende von 12 1/2% unter Erhöhung des Vortrages um M. 901 426,83.

Unser Gesamtumsatz betrug 112,1 Milliarden Mark gegen 101,78 Milliarden im Vorjahre. Die uns von Kreditoren und Einlegern anvertrauten Beträge sind im Berichtsjahre bedeutend gewachsen, ebenso unser Akzept. Demgegenüber haben wir Sorge getragen, auch unsere jederzeit leicht greifbaren Aktiven entsprechend zu erhöhen, so dass durch diese letzteren etwas über 67% unserer gesamten Verpflichtungen gedeckt sind (prozentual etwas mehr als im Vorjahre); unter der üblichen Einrechnung der Vorschüsse auf Waren und Warenverpflichtungen zu den jederzeit realisierbaren Aktiven beträgt die Deckung sogar über 77%.

Am Ende dieses Berichtes geben wir eine graphische Darstellung, welche die Entwicklung der Deutschen Bank veranschaulicht und namentlich auch die wiederzunehmende Kurve nach Erholung von der allgemeinen wirtschaftlichen Krise von 1907 gut erkennen lässt.

Das überseeische Geschäft war lebhaft. Unsere sämtlichen alten Filialen haben sehr gute Ergebnisse gebracht. In Wiesbaden erwarben wir das seither gemietete Grundstück unserer Depotkassette mit einem Nebenhaus, auf dem ein Vergrößerungsplan für die gewachsenen Bedürfnisse unseres Geschäfts aufgeführt wird.

Die Filiale Konstantinopel entwickelt sich, wie wir erwartet hatten, nur langsam, aber auf gesunder Grundlage; sie besog im Berichtsjahre ihr definitives Heim in Galata. Die Prüsseler Filiale hat ihre Organisation ausgebaut und ihren Kundenkreis erweitert. Die erheblichen Einrichtungskosten der Filiale haben wir abgeschrieben.

Die Deutsche Ueberseeische Bank hatte abermals ein gutes Jahr, verteilte 9% Dividende und wird sich nächstens auch in Brasilien etablieren, wozu die Vorbereitungen schon seit längerer Zeit getroffen waren.

Die Zahl unserer Kontokorrentverbindungen bei der Zentrale, einschliesslich der bei unseren Depotkassen in Berlin und seinen Vororten geführten Rechnungen, betrug am Schlusse des Berichtsjahres 172 995 gegen 167 661 im Vorjahre.

Die Einwirkungen des Scheckstempels sind noch nicht überwunden. Allein bei unserer Berliner Depotkassen wurden 220 000 Stück Schecks weniger eingelöst als im Vorjahre; auch die Zahl der durch Verrechnung eingelösten Schecks zeigt einen ähnlichen Rückgang und beweist, dass die Abnahme des Scheckverkehrs nicht etwa nur bei unserem Institute stattgefunden hat.

Die Zahl der bei unserer Bank überhaupt geführten Konten belief sich beim Jahreschluss auf 238 701 gegen 227 985 Ende 1909.

Die in regelmäßigen Abständen von zwei Monaten stattfindende Veröffentlichung des Status der führenden Berliner Bankinstitute ist auch von vielen Provinzbanken eingeführt worden. Ueber Vertheilung des Schemas dieser Veröffentlichungen und Einflügung weiterer Einzelheiten in die Zwischenbilanzen schweben Verhandlungen.

Der Reichsbankdiskont betrug im Durchschnitt 4,64%, gegenüber 3,92% in 1909, also mehr 0,72%; der Berliner Privatdiskont erhöhte sich von 2,57% im 1909 auf durchschnittlich 3,54% im Berichtsjahre. In dem höheren Zinssatz drückt sich die grössere Lebhaftigkeit des Geschäftsganges und die dadurch bedingte Steigerung der Nachfrage nach Kapital aus.

Während des Berichtsjahres gingen bei der Zentrale an Wechsel ein und aus 2 256 702 Stück im Gesamtbetrage von M. 15 773 671 222,68; ein Abschrieb betrug somit im Durchschnitt M. 2 987,83 gegen M. 1 985,71 im Vorjahre.

Die Zahl unserer Beamten hat sich abermals gesteigert, und zwar von 5384 auf 5816 am Jahreschluss. Die neuen Filialen Konstantinopel und Brüssel haben zu diesem Zugang erheblich beigetragen.

Der Beamten-Versorgungs-Verein ist auf dringenden Wunsch seitens der Beamten unserer ausländischen Niederlassungen auf diese ausgedehnt worden. Ausserdem wurde dem Beamten der Deutschen Ueberseeischen Bank sowie der Deutschen Treuhand-Gesellschaft der Beitritt ermöglicht. Insgesamt gehören dem Verein zurzeit 5393 Versicherte an. Der Beitrag der Deutschen Bank für das erste auf elf Monate beschränkte Geschäftsjahr betrug M. 925 508,62 und wird sich nach der jetzigen Mitgliederzahl in 1911 auf mehr als M. 1 200 000.— stellen. Mit der Errichtung des Vereins hatten wir zurückgehalten, bis durch die zweite Denkschrift des Reichsanwalts zu dem Gesetz betreffend die Versicherung der Privatangehörigen in Aussicht gestellt war, dass Hauskassen neben der für das Deutsche Reich zu errichtenden Reichsversicherungsanstalt als Ersatzkassen anerkannt würden. Im Widerspruch mit der Denkschrift macht der kürzlich veröffentlichte Gesetzentwurf den Fortbestand der Hauskassen unmöglich, auch wenn sie, wie unser Verein, auf versicherungstechnisch solidester Grundlage und in der Hauptsache auf freiwillig übernommenen Opfern des Arbeitgebers aufgebaut sind. Der Entwurf lässt Hauskassen zwar dem Wortlaut nach bestehen, entbehrt aber ihre Mitglieder nicht von der Versicherung bei der Reichsversicherungsanstalt und nötigt die Hauskassen, aus ihrem Mitteln entsprechende Beiträge an die Versicherungsanstalt abzuführen. Da nun die Versicherungsanstalt bei ihrem kostspieligen Verwaltungsapparat nicht gleiche Leistungen wie Hauskassen gewähren kann, würden, falls der Entwurf Gesetz wird, die Versicherten (an beiden Stellen zusammen) für die gleichen Beiträge geringere Renten erhalten, wie bei alleiniger Versicherung bei der Hauskasse. Durch das Gesetz in der eingetragenen Form würde unseren Beamten also nichts gegeben, nur genommen; sie empfinden die drohende Massnahme als eine zwangsweise Entziehung erworbener Ansprüche ohne Entschädigung. Um die Wirkungen ziffermässig zu illustrieren, hat unser versicherungstechnischer Beirat in einer Aufstellung die Pension berechnet, die ein Beamter erhalte, wenn er allein bei unserem Verein und wenn er dem Entwurf gemäss gleichzeitig bei dem Verein und der Reichsversicherungsanstalt versichert wäre. Er hat für den Eintritt in die Versicherung ein Alter von 30 Jahren und M. 1500 als Anfangsbeitrag angenommen, welches sich jährlich um M. 100 erhöht. In diesem Falle würde die Kürzung, wenn die Invalidität unmittelbar nach der zehnjährigen Wartzeit eintritt, auf mehr als 50 Mark pro Jahr, bei Eintritt der Invalidität in höherem Alter auf bis über 700 Mark jährlich sich stellen! Mit unseren Beamten hoffen wir, dass das Gesetz derartige Wirkungen vermeiden und, in Würdigung der sozialen Bedeutung von Hauskassen als Bindeglied zwischen Chef und Angestellten, Ersatzinstitute insoweit zulassen wird, als sie ohne Einschränkung der Freiwilligkeit ihre Aufgaben erfüllen.

Die Abschreibungen auf Immobilien haben wir höher greifen müssen als im Vorjahre, da der bei der Zentrale und verschiedenen Filialen zur Errichtung erweiterter Bankgebäude erworbene Grundbesitz durch den Abbruch alter Gebäude eines Wertvermindering erfährt.

Im öffentlichen Interesse Hessen wir uns, gleich anderen Instituten, bereit finden, für die notleidenden Gläubiger der Niederrheinischen Bank ein Opfer von zirka M. 120 000.— zu bringen; der genaue Betrag steht noch nicht fest, ist aber von uns in runder Summe abgeschrieben worden.

Für Steuern und Abgaben hatten wir M. 3 353 181,58 zu zahlen; für Stempel sind ausserhalb des Unkosten-Kontos zu Lasten der betreffenden Rechnungen ausserdem erlitten worden M. 4 337 138,23.

Endlich haben wir aus dem Reingewinn des Berichtsjahres wiederum M. 400 000.— für Zahlung der Talonsteuer reserviert.

Der Ertrag unserer „Dauernden Beteiligungen“ enthält die Dividende für 1909 auf unseren Besitz an Aktien

- der Deutschen Ueberseeischen Bank (9%),
der Bergisch-Märkischen Bank (8 1/2%),
des Schlesischen Bankvereins (7 1/2%),
der Hannoverischen Bank (7 1/2%),
der Essener Credit-Anstalt (6 1/2%),
des Essener Bankvereins (7%),
der Rheinischen Creditbank (7%),
der Deutsch-Ostafrikanischen Bank (9%),
der Privatbank zu Gotha (7%),
der Württembergischen Vereinsbank (7%),
der Niederlausitzer Kredit- und Sparbank A.-G. (5%),
der Oldenburgischen Spar- und Leih-Bank (6%),
der Söddeutschen Bank (6%),
der Mecklenburgischen Hypothek- und Wechselbank (14%)
und der Deutschen Treuhand-Gesellschaft (15%).

Diese Institute haben sich ohne Ausnahme erfreulich und kräftig weiterentwickelt. Unsere Anlagen erhöhten sich durch Ausübung des Bezugsrechts auf einige Neuausgaben einzelner Institute, die wir als bekannt hier übergehen dürfen, und verminderten sich durch Verkauf einiger Teilbestände. Insgesamt ergibt sich hiernach eine Verminderung unserer „Dauernden Beteiligungen“ um rund zwei Millionen.

Unsere Eisenbahn-Unternehmungen in der Türkei hatten ein gutes Jahr zu verzeichnen. Dank einer glänzenden Ernte in Kleinasien, aber auch infolge der freieren Bewegung unter dem neuen Regime, haben sich die Steuererträge wie auch die Eisenbahn-Einnahmen, während sich die Zuschüsse der türkischen Regierung zu den garantierten Einnahmen der Bahnen entsprechend verminderten. Im Falle der Mak-Edonischen Eisenbahn-Gesellschaft erhielt die Regierung für das Berichtsjahr, an Stelle der früher erheblichen, allmählich entbehrlich gewordenen und verschwundenen Subventions-Rechnungen, einen nennenswerten Gewinnanteil.

Die Anatolische Bahn-Gesellschaft wird wiederum 5% Dividende verteilen und in der Lage sein, ihre drei vorangegangene Misserfolge geschwächten Reserven aufzufüllen. Das Rollmaterial sowie die Speicher- und Hafenanlagen in Haidar-Pascha verzeichnet kaum den grossen Verkehrsbedarf während der Erntejahre zu genügen. Ein von uns geführtes Konsortium unternahm im Berichtsjahre die Konvertierung der 5%igen Obligationen der Gesellschaft von über 150 Millionen Francs auf 4 1/2%; die Operation wurde mit vollem Erfolge durchgeführt, und das Syndikat konnte sich im neuen Jahre auflösen.

Die Bewässerung der Ebene von Konia an der ersten Teilstrecke der Bagdadbahn schreitet zügig voran. Die türkische Regierung hat uns mit dem Vorstudium zur Lösung einer ähnlichen, noch grösseren Aufgabe in der kilikischen Ebene betraut. Während im Deutschen Reich rund der vierte Teil des Bodens mit Wald bestanden ist, und deshalb völlige Missernten kaum zu befürchten sind, drohen dem türkischen Bauer abwechselnd Regenmangel und Ueberschwemmung; nur durch künstliche Bewässerung kann diesem Uebelstand wirksam begegnet und das auf grosse Strecken verödete Land wieder fruchtbar gemacht werden.

Die Bagdad-Baugesellschaft nahm die Ausführung ihrer Aufgaben an verschiedenen Punkten auf; von Bagdad, dem jetzigen Endpunkte der Bagdadbahn, wurde die Strecke über den Taurus vorgetrieben, und die Schienen haben den höchsten Punkt des Gebirges bereits überschritten; von Adana, in der kilikischen Ebene, wird nach Westen auf den Taurus zu und nach Osten gegen den Amanus gebaut. Dagegen konnte der Bau von Aleppo aus erst im letzten Quartal des Berichtsjahres begonnen werden, weil die Behörden immer wieder Änderungen an der Linienführung wünschten, so dass die definitive Trasse erst zwei Monate nach Abschluss des Vertrages über den Weiterbau festzustellen werden konnte. Die 4% Ottomanische Bagdad-Anleihe Serie II wurde im Berichtsjahre mit gutem Erfolg emittiert, und die Bahngesellschaft verfügt jetzt bei uns über ein bedeutendes Guthaben, das erst in zwei weiteren Baujahren erschöpft sein dürfte. Die Eisenbahn-Gesellschaft Mersina-Tarsus-Adana war sowohl infolge des allgemeinen Aufschwunges in der Türkei, als auch durch den Bagdadbau bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt.

Die Betriebsgesellschaft der orientalischen Eisenbahnen nahm ottomanische Nationalität an und verlegte ihr Domizil nach Konstantinopel; sie hat überaus erfreuliche Einnahmen zu verzeichnen.

Im November übernahm ein von uns geführtes Syndikat, dem fast sämtliche ersten deutschen und österreichisch-ungarischen Institute und

Bankfirmen angehören, die vielmehrjährige, durch die Kasse von Konstantinopel garantierte 4% Türkische Staatsanleihe.

Die Gesellschaft für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen in Berlin erfreute sich günstiger Entwicklung und wird eine etwas höhere Dividende verteilen. Die in unserem vorjährigen Bericht erwähnten neuen Linien befinden sich in der Ausführung.

Der Bau der Deutsch-Ostafrikanischen Bahn nähert sich Tabora.

Seit Jahren waren wir an der Kalligewinnung im Oberelbe durch die Gewerkschaft A. m. e. beteiligt. Die günstige Entwicklung dieser Gesellschaft hat ein uns betrautes führendes Unternehmen der Kallindustrie, die Aktiengesellschaft Deutsche Kaliwerke, veranlasst, sich den massgebenden Einfluss bei den elbeischen Kaliwerken zu sichern. Gegen Ende des Berichtsjahres beschloss der Aufsichtsrat der Deutschen Kaliwerke den Erwerb der Kuxenmajorität der Gewerkschaft A. m. e. für die Vorbesitzer sehr günstigen Bedingungen.

Die Steuwa Romana A.-G. für Petroleumindustrie verteilte wieder 8% Dividende und befindet sich in guter Finanzlage. Die Deutsche Petroleum A.-G. brachte, wie im Vorjahre, 5% Dividende zur Ausschüttung und hat eine Beteiligung an dem Kasbek-Syndikat in Grosny (Kaukasus) mit erheblichem Nutzen abgeschlossen. Angesichts des wieder einmal von der amerikanischen Monopol-Gesellschaft propagierten Petroleumkrieges hielten wir es nicht für richtig, die im übrigen emissionsreifen Aktien der Deutschen Petroleum A.-G. an den Markt zu bringen, und haben das dafür vor Jahren gebildete Syndikat unter Verteilung der Stücke aufgelöst. Von dem Gründungsfieber für Petroleum- und Kautschuk-Unternehmungen, das im Berichtsjahre in anderen Ländern grassierte, blieb Deutschland verschont.

Von neuen Konsortialgeschäften, an welchen wir uns im Berichtsjahre als Hauptbeteiligte oder Emittenten interessiert haben und die zum grössten Teil im Berichtsjahre abgewickelt worden sind, erwähnen wir die folgenden:

- Übernahme von
4% Anleihen des Deutschen Reiches und Preussens,
4% Anleihen der deutschen Schutzgebiete,
4% Bayerische Anleihe und Bayerischen Schatzscheine,
4% Anleihen des Hamburger Staates,
4% Anleihen der Provinz Pommern,
4% Schuldverschreibungen der Herzogl. Landeskreditanstalt Gotha,
4% Anleihen der Städte Dortmund, Düsseldorf, Dresden (durch die Dresdner Filiale), Elberfeld, Leipzig (durch die Leipziger Filiale), Liognitz, München (durch die Münchener Filiale), Posen, Schönberg, Deutsch-Wilmersdorf und der Emscher Genossenschaft,
4% Pfandbriefe der Grundrenten- und Hypothek-Anstalt der Stadt Dresden,
4% Oesterreichisch-Ö. Staats-Renten-Anleihe von 1910,
5% Anleihe der Republik Argentinien,
5% Ergänzungsanleihe der Tientsin-Peking Eisenbahn,
4% Ausserer Mexikanischer Konversions-Anleihe von 1910,
5% Denver & Rio Grand R. R. Co. Bonds,
5% St. Louis & San Francisco R. R. Co. Bonds,
4% Anleihen der Ges. für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen,
4% Anleihen der Elektrizitäts-Lieferungs-Gesellschaft, der Südbahnen Elektricitäts-Lieferungs-Gesellschaft, der Boecker & Co., Kommandit-Ges., C. Beckmann A.-G., Deisburger Maschinen A.-G., Stahlwerke Richard Lindenberg A.-G., Steffens & Nölle A.-G., Dyckerhoff & Widmann A.-G., der A.-G. vormals Seidel & Nannmann (durch die Dresdner Filiale), der Anhaltischen Kohlenwerke, der Gewerkschaften des Steinkohlenbergwerks Graf Schwerin, Victoria-Lilien, der Aplerbecker Kohlenwerke A.-G., Weyland & Co. A.-G., Neuen Seufberger Kohlenwerke A.-G., 5% Anleihen der Gewerkschaften Mont Cenis, Heldburg, Sachsen-Weimar, Siegfried I., Volkenroda, Weidmannshall, der Kaliwerke Friedrichshafen, der Gewerkschaft Neuhof Kaliwerke, der Kaliwerke Niedersachsen,
Aktien der Ascherlechner Maschinenbau A.-G. vorm. W. Schmidt & Co.,
Aktien der Internationalen Camera-A.-G. und Junge Aktien der Speicher- und Spedition-Ges. (durch die Dresdner Filiale),
Aktien der Tränkner & Würker Nachf. A.-G. (durch die Leipziger Filiale).

Gründung der Tempelhofer Feld A.-G. für Grundstücks-Verwertung, „Terrain A.-G. Holzhausenerpark (durch die Frankfurter Filiale)

- Einführung von
4% Anleihe der Stadt Jena,
4% Pfandbriefe der Neuen Westpreussischen Landschaft,
4% Kommunal-Obligationen der Kur- und Neumärkischen Effekten-Schafflichen Darlehenskasse,
4% Pfandbriefe der Brauns. Boden-Credit Act.-Bank und der Hypothek-Bank in Hamburg,
Aktien Serie II der Elektrische Licht- und Kraftanlagen A.-G.,
Aktien der Hohenloherwerke A.-G. und der Gebrüder Goedhard A.-G.

- Kapitalerhöhung
der Commerzbank in JABeck,
der Danziger Privat-Aktien-Bank,
der Deutschen Hypothekbank in Meiningen,
der Deutschen Vereinsbank,
der Essener Credit-Anstalt,
der Hannoverischen Bank,
der Bank für elektrische Unternehmungen,
der Russischen Bank für auswärtigen Handel,
der Sibirischen Handelsbank,
der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft,
der Bergmann Elektricitäts-Werke A.-G.,
der Brown Boveri Co. A.-G.,
der Compagnie-Bareilona de Electricidad,
der Deutsch-Ueberseeischen Elektricitäts-Gesellschaft,
der Ges. für elektrische Beleuchtung vom Jahre 1855 St. Petersburg/ des Rhein-Westf. Elektricitäts-Werks,
des Bochumer Vereins für Bergbau und Gusstahlfabrikation,
der Braunkohlen- und Brautwerke Roddergrube A.-G.,
der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G.,
der Gebrüder - Co. A.-G.,
der Mannesmannröhren-Werke,
der Niederlausitzer Kohlenwerke,
der Pölnitz A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb,
der Rheinischen Stahlwerke,
der Rombacher Hüttenwerke,
der Deutschen Kaliwerke
und verschiedener anderer.

Von älteren Konsortialgeschäften sind im Berichtsjahre abgerechnet worden:

- 4% Württembergische Staatsanleihe,
4% Kaiserlich-Ottomanische Staatsanleihe von 1909,
Aktien der Mitteldeutschen Privatbank,
5% Debitoren der Victoria Falls & Transvaal Power Co.,
Aktien der Kraftübertragungswerke Rheinfelden,
4% Anleihe der A.-G. für Hüttenbetrieb Meiderich,
4 1/2% Anleihe des Georg-Maria-Bergwerks- und Hütten-Vereins,
Aktien der Hubertus-Braunkohlen A.-G.,
Aktien der Maschinenfabrik Bueck,
Aktien der Deutschen Tiefbohr-A.-G., des Vereins Chemischer Fabriken, der Variner Papierfabrik, der F. H. Hammeren A.-G. und der Voigt & Haefner A.-G. (durch die Frankfurter Filiale),
Aktien der Allianz Versicherungs-A.-G. und der Münchener Rückversicherungs-Gesellschaft.

Unser Konsortial-Konto (Zentrale und Filialen) bestand am Jahresabschluss aus:

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows: 46 Beteiligungen an Staats- und Kommunal-Anleihen und Eisenbahn-Geschäften, 255 an Aktien und Obligationen verschiedener Gesellschaften, 24 an Grundstücks-Geschäften.

Das Konto eigener Effekten (Zentrale und Filialen) setzt sich zusammen aus:

Table with 2 columns: Description and Amount. Rows: Staats- und Kommunal-Papiere sowie Deutschen Pfandbriefen in 131 Gattungen, Eisenbahn-u. industriellen Obligationen in 57 Gattungen, Eisenbahn-, Bank- u. Industrie-Aktien in 169 Gattungen, Diversen.

Das Effekten-Konto enthält deutsche Staatspapiere im Buchwerte von M. 37,199,843,70. Unser ganzer Effektenbesitz besteht aus börsengängigen Werten, indem wir, wie früher einige wenige nicht börsengängige Effekten durch entsprechende Reservestellung kompensiert haben.

Der Aufsichtsrat hatte mit uns im Berichtsjahre drei Todesfälle und einen weiteren im neuen Jahre zu beklagen. Herr Geheimrat Kommerzienrat Georg Lücke, Hannover, und Herr Adolf Ostling, Hamburg, ferner das Mitglied des Bremer Lokalausschusses, Herr Konsul Johann S. Schmidt, wurden zu unserem schmerzlichen Bedauern abgerufen. Ein ehrendes Andenken bleibt den Herren in unserem Kreise gesichert, in dem sie seit einer mehr oder weniger langen Reihe von Jahren zum Gedeihen der Deutschen Bank mitgewirkt hatten. Einen weiteren Todesfall in unserem Kreise brachte der erste Tag des neuen Jahres, indem Herr Minister Carl Loser, Mitglied des Lokalausschusses in Konstantinopel, seinen 70. Geburtstag nach einer ruhmvollen Laufbahn im deutschen diplomatischen Dienst war er als deutscher Delegierter in den Verwaltungen der Delle-Paliqua-Ottomane und in die Verwaltungen unserer türkischen Gesellschaften eingetreten. Unsere Unternehmungen haben seiner Erfahrung, seinem Rat und Urteil Ausserordentliches zu verdanken. Sein Andenken wird unvergessen bleiben.

Herr Elmer Pauli, Präsident a. D. Paul Jonas, 1881 bis 1886 Vorstandsmitglied, dann seit beinahe 24 Jahren Mitglied des Aufsichtsrats, hat zu seiner Kollegen und unserem schmerzlichen Bedauern aus Altersrücksichten im letzten Monat des Berichtsjahres sein Amt niedergelegt.

In dem Lokalausschuss in Bremen sind neu eingetreten Herr Konsul George Albrecht (Firma Joh. Lange Sohn, Wwe. & Co., Bremen) und Herr Friedrich Carl Biermann, Mitglied der Handelskammer (Firma Leopold Engelhard & Biermann, Bremen).

Für London wurden die bisherigen Stellvertreter H. A. Smart und Wilhelm Pannenberg zu Direktionsmitgliedern der Filiale ernannt.

In Brüssel wurde Herr Hermann Duffer, seitheriger Prokurist, zum stellvertretenden Direktor der Filiale befördert.

Mit Wirkung ab 1. Januar 1911 wurde Herr Bernhard Naphthal, seither stellvertretendes Vorstandsmitglied, den Vorstand der Zentrale berufen. Zum stellvertretenden Direktor wurde Herr Carl Spaeth, unser bewährter Mitarbeiter in Wiesbaden, ernannt.

Einschliesslich des Vortrages aus 1909 von M. 1.105.961,11, nach Vornahme der Abschreibungen auf Bankgebäude und Mobilien im Betrage von M. 3.239.305,66 und Rückstellung von M. 600.000,—, beläuft sich das Erträgnis des Jahres 1910 auf M. 22.550.982,84.

Hierzu erhalten zunächst die Aktionäre 6% Dividende auf M. 200.000,00 — (nach § 26b der Satzungen) M. 12.000.000,—.

Von den verbleibenden M. 20.550.982,84 beantragen wir der ordentlichen Reserve 10% mit M. 2.055.098,28 für Abschluss-Gratifikationen an die Angestellten M. 2.450.000,— = 4.505.098,28 zu überweisen.

Von dem übrig bleibenden Betrage von M. 16.045.884,56 abzüglich M. 2.967.389,84 Vortrag auf neue Rechnung, erhalten (nach § 30d der Satzungen) der Aufsichtsrat und die Lokalausschüsse 7% Gewinnanteil mit M. 978.494,82.

Wir schlagen vor, von den restlichen M. 15.067.389,94 6 1/2% Superdividende auf M. 200.000.000,— mit M. 13.000.000,— zu verteilen und den Ueberschuss von M. 2.067.389,94 auf neue Rechnung vorzutragen.

Es würde demnach erhalten:

jede Aktie von Nom. M. 600,—	M. 75,—	} = 12 1/2 % Dividende.
" " " " " 1000,—	" 300,—	

Wenn die Generalversammlung unsere Anträge genehmigt, so würden sich unsere bilanzmässigen Reserven erhöhen auf:

1. Ordentliche Reserve A	M. 60.398.001,30
" " " " " B	" 24.310.379,37
2. Kontokorrent-Reserve	" 7.016.452,28
zusammen M. 107.784.832,95	

= 53,89 % des Aktienkapitals von M. 200.000.000,—.

Berlin, im Februar 1911.

Der Vorstand der Deutschen Bank.

A. von Gwinner E. Heinemann, Dr. K. Helfferich, G. Klönns, P. Mankiewitz, G. Michalowsky, B. Naphthal, G. Schröter.

2 billige Pelerinen-Angebote

Loden-Pelerinen
für Herren, Damen, Knaben und Mädchen

Pos. 1: Grau oder grünlicher imprägnierter Strichloden, vorzüglich im Tragen

Längen: 70 80 90 cm

Preis: 4.50 Mk.

Längen: 100 110 cm

Preis: 6.— Mk.

Längen: 120.125.130 cm

Preis: 7.50 Mk.

Pos. 2: Grau, olive oder grünlicher Strichloden, imprägniert unverwundlich „SPEZIAL-MARKE“

Längen: 70 80 90 cm

Preis: 7.50 Mk.

Längen: 100 110 cm

Preis: 10.— Mk.

Längen: 120.125.130 cm

Preis: 13.25 Mk.



Englische Regenmäntel

Grosse Partien modern. Gummipantel direkt aus England importiert 36.—, 22,50 18.— 11 Mk.

Baer-Sohn

Kleider-Werke

Deutschlands größte Fabrik der Branche.

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11
Gr. Frankfurter Straße 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Hauptkatalog auf Wunsch kostenfrei.

Zentralverband der Zivilmusiker Deutschlands.

Ortsverwaltung Berlin.

Bureau: Berlin C., Rosenthalerstr. 11/12, Restaurant Schilling, Amt III, 2438.

Achtung!
Wir empfehlen bei Veranstaltung von Vergnügen usw. den geehrten Vorständen, Komitees und Coauthors unseren **kostenlosen Arbeitsnachweis, Rosenthalerstr. 11/12.**

Geschäftszeit täglich von 10^{1/2}—1 Uhr mittags.
Kopieen vom größten bis kleinsten Orchester stehen jederzeit zur Verfügung. Der Vorstand.
NB. Unsere Mitglieder sind im Besitz einer Kontrollkarte. Dieselbe ist für das 1. Quartal grau u. muß mit dem Verbandsstempel versehen sein. Alle andere Legitimation ist ungültig und ist sofort anzuhalten.

Erstklassige Herrengarderobe
nur nach Maß anerkannt best. Ausführung, garantiert tadelloser Sitz, liefert auf Teilzahlung zu Kassapreisen monatlich 10 M., wöchentlich 2,50 M.

Martin Katz,
Schneidemeister,
76 Dresdener Straße 76
nahe Thalia-Theater.
Vom 15. März ab 2. Geschäft in Schöneberg, Hauptstr. 158.

Begleite wieder mit dem Verkauf meiner Land-, Obstbaum- u. Hochwald-
Parzellen
direkt am Wohnhof
Nassenheide.
Dahleisch schon Hunderte verkauft sind, verlaufe dennoch nach wie vor die Parzelle 4658²
von 300 M. an.
Treffpunkt täglich zu den Hägen ab Zettiner Wohnhof 10.15 und 12.40, im Nassenheider Wohnhof-Restaurant von Fischer.
Fahrzeit nur drei Viertel Stunde.
Besitzer Wolff,
Herzberg i. d. Mark.
+ Hygienische Bedarfsartikel
Drogerie Zaremba,
Weinbergsweg 1, vic. a. Rosenthaler Tor.
Beste Blüthige Beugungsquelle! Verkauf f. zur dauernden Kundschafft.

Würzburger Hühneraugenmittel
von Dr. H. Unger. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Wf. Anwendung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Wf. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
In Berlin (20 Wf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Breit-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 11/3/8

MANOLI

CIGARETTES

zu haben in den Spezial-Geschäften
DANDY-CHIC
GIBSON GIRL-LA FLEUR

Siegfrieds Pflanzen-Butter
(MARGARINE) 270/13²
Postpaket Mk. 7.80 franko per Nachnahme mit Verpackung
Versandhaus Ph. Siegfried, Braunschweig
Fernsprecher 2332 Heinrichstraße 48

Bettfedern-Gustav Lustig

BERLIN S Prinzen-Str. 46 u. 47

Fabrik mit elektrischem Betriebe

Bettfedern zu 0,55, 1,00, 1,25, 1,50, 1,75, 2,00, 2,25, 2,50, 3,00, 3,50 bis 8,00 M. pro Pfund.

Dannen zu 2,85, 3,50, 4,50, 5,00, 5,50, 6,50 bis 9,00 M.

Besonderes Angebot:

Fertige Betten bestehend aus Oberbett, Unterbett und 2 Kissen zu 12, 15, 18, 24, 28, 31,50, 45, 54, 61, 75, 90 bis 120 M.

Bettinlette vom Stück das Meter zu 0,50, 0,75, 0,90, 1,00, 1,20, 1,50, 1,70, 2,10, 2,40, 2,85, 3,60 bis 4,50 M.
Fertigenäht zu gleichen Preisen wie vom Stück.

Metall-Bettstelle
Mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder weiss lackiert, Ringe, Trillen im Kopf- und Fussende von Messing, Pfosten 33mm stark, 190 x 90 cm
26.00 M.

Nr. 1002.

Halbwoll. Jacquard-Decken 5⁷⁵ moderne Muster M.

Kamelhaardecken 9⁵⁰ 140x190 cm M.

Oberbetten 130x200 cm, echt türkisch rotes und dichtes Inlet mit Monopel-daunen gefüllt M. 17⁰⁰

Daunendecken von garantiert daunendicht. Inlet, gefüllt mit 1a federfreien Daunen, 130x200 cm M. 21⁰⁰

Dieselben 150x200 M. 25.00

Daunendecken 160x210 cm Schnittgrösse von Seidenglanz-Daunensatin in vielen Farben vorrätig M. 29⁰⁰

Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung des Inserats.

Metall-Bettstelle
Mit Zugfeder-Matratze, schwarz oder weiss lackiert, 190 x 80 cm
Mark
13.—

Nr. 1001.